

Was hält die
Gesellschaft zusammen?

Seite 4

Verheugen: „Europa –
die Schockstarre ist überwunden“

Seite 30

Afghanistan:
Umdenken erforderlich

Seite 50



Schwerpunktthema in dieser Ausgabe:

Hohe Erwartungen bei engen Spielräumen

Diskussionsbeiträge der FES
zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft

Diskussionsbeiträge der FES
im Umfeld der deutschen
EU-Ratspräsidentschaft
2007

Hohe Erwartungen bei engen Spielräumen

ZUM ZWÖLFTEN MAL SEIT GRÜNDUNG der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft übernahm Deutschland im Januar 2007 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Und wie jede andere Ratspräsidentschaft vor ihr fand auch die deutsche die meisten Aufgaben einfach vor und konnte sie sich nicht aussuchen.

Aber gerade, weil diese Einschränkung in einer so komplexen Institution wie der EU mit ihren 27 Mitgliedstaaten eine große Rolle spielt, kam es darauf an, Spielräume zu identifizieren und zu nutzen, um ausgetretene Wege etwas anders zu gestalten. Die FES hat sich in unterschiedlichen nationalen und internationalen Aktivitäten parallel zur deutschen Ratspräsidentschaft mit den vielfältigen europapolitischen Herausforderungen beschäftigt. Im Schwerpunktteil dieses Heftes (S. 30 bis S. 49) wird die breite Palette dieser Bemühungen skizziert. Zu den programmatischen Papieren, die bereits im Vorfeld entstanden waren, zählen u.a. verschiedene Publikationen des FES-Arbeitsbereichs „Internationale Politikanalyse“. Mit dem FES-Papier „Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007. Hohe Erwartun-

gen bei engen Spielräumen“ von Michael Dauderstädt, Barbara Lippert und Andreas Maurer wollten die Autoren diejenigen Korridore aufzeigen, innerhalb derer sich künftig die EU entwickeln wird. Dabei müssen die deutschen Interessen nicht versteckt werden. Mit dieser Zielrichtung plädierten die Autoren

- für eine demokratische und handlungsfähige Union: Eine verfassungsmäßige Grundlage für die Union bleibt das Ziel Deutschlands und der meisten europäischen Partner. Dafür müssen von allen Mitgliedstaaten klare und verbindliche Positionen eingefordert werden.
- für eine wohlhabende und soziale Union: Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU muss der von einer sinnlosen Wettbewerbslogik getriebenen Strategie zur Kosten- und Einkommensenkung ein Ende setzen.

- für eine offene und starke Union: Wachstum, Beschäftigung und sozialer Ausgleich gewinnen wieder an Dynamik, wenn die Märkte in geeigneter Weise gesteuert werden. Nur dann wird die Union über die Ressourcen und den politischen Konsens verfügen, um nach außen offen zu bleiben und ihre Gestaltungsinteressen durchzusetzen.

Die Vorschläge und Analysen stützen sich auf eine Reihe von Hintergrundpapieren. Im Vergleich zur Verfassungsfrage gilt die europäische Innenpolitik als eher technisches Politikfeld. Dabei ist die Ausgestaltung des einheitlichen Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts von großer Bedeutung für die demokratische Legitimierung des gesamten Projekts. Die europäische Justiz- und Innenpolitik ist aber in erster Linie sicherheitsorientiert. In der

Diskussion über die anvisierten Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung und Migrationssteuerung kommt die Frage nach deren Grundrechtsverträglichkeit und Proportionalität zu kurz. Daniela Kietz und Roderick Parkes plädierten in der FES-Zeitschrift »Internationale Politik und Gesellschaft« (IPG) für die Öffnung des bislang von Innenministerien, Polizei und Strafjustiz dominierten europäischen Gesetzgebungsprozesses und für die Teilnahme »kontrollierender« Akteure aus Parlament, Justiz, Datenschutzbehörden und NROs.

Die Außenpolitik der EU-Länder weist nach wie vor einen geringen Grad an Gemeinschaftlichkeit auf. Wenn Europa tatsächlich eine aktive Rolle bei der Gestaltung der Weltordnung spielen will, muss eine gemeinsame Sicht globaler Fragen entwickelt werden. Dirk Messner

warnte in der IPG, Europa könnte im Prozess des Übergangs von der US-dominierten westlichen Weltordnung zu einer multipolaren Machtkonstellation, mit China und Indien als neuen Weltmächten, marginalisiert werden.

Auch im Rahmen des Arbeitskreises Europa der FES standen Themen aus der Ratspräsidentschaft im Vordergrund der Debatten. Die Mitglieder des Arbeitskreises kommen aus dem Deutschen Bundestag, Parteien, Bundesministerien, Ländervertretungen, Verbänden und wissenschaftlichen Instituten. In den letzten Monaten wurden Papiere zu den Themen Nachbarschaftspolitik, „öffentliche Daseinsvorsorge“ und „europäische Energiepolitik“ vorgelegt. Das jüngste Positionspapier ging den Lösungswegen für die Sicherung des Vertrags über eine Verfassung für Europa nach und machte sich für eine Charta zum Schutz der nationalen, kulturellen und sozialen Identität der Mitgliedstaaten stark.

Was bleibt von der deutschen Ratspräsidentschaft? Einerseits ist es gelungen, das Thema Europa auf die

Artikel in dieser Ausgabe:

März – April – Mai 2007

DEUTSCHLAND

Konferenz über Ostdeutschland im Reformprozess: Was hält die Gesellschaft zusammen?	4
Umgang von Jugendlichen mit Kommunikationstechnologien: Nie mehr ohne Handy	16
Zum 25. Mal Preis „Das politische Buch“ vergeben: Nicht festlegen, sondern aufbrechen	23

SCHWERPUNKT

EU-Kommissar Günter Verheugen beim Bonner Dialog der FES: „Die Schockstarre ist überwunden“	30
Der FES-Menschenrechtspreis 2007: Zentralasien – im Zickzack zur Demokratie	34
Neues Projekt der FES zur Energiesicherheit im 21. Jahrhundert: Das globale Thema	38

INTERNATIONAL

Transatlantischer Dialog über Afghanistan: Umdenken erforderlich	50
Israel: Mediationstraining in der Knesset	52
EU und Lateinamerika: Gewerkschaften positionieren sich	62
China: Weg in die „harmonische sozialistische Gesellschaft?“	73
Hinter den Kulissen: Auslandsbüros stellen sich vor Die FES in Brüssel: Brüssel, 38 rue du Taciturne	76
Die FES in Argentinien: Die Netzwerker vom Rio de la Plata	77
Publikationen	78
Impressum	79

Tagesordnung der öffentlichen Debatten zurückzubringen, andererseits konnte sie einige wichtige, konkrete Impulse setzen:

- Die Berliner Erklärung macht deutlich, dass die EU eben nicht nur eine Wirtschafts-, sondern auch eine Wertegemeinschaft ist – ein Schritt zur Lösung der Verfassungsfrage.

- Die gemeinsamen Beschlüsse zur Energie- und Klimapolitik bieten eine gute Ausgangsbasis, um die notwendigen Problemlösungen mit weitergehenden gemeinsamen Entscheidungen für Energiesicherheit und Klimaschutz voranzutreiben.
- Die soziale Dimension der Gemeinschaft konnte wieder auf die Agen-

da gesetzt werden.

- Im außenpolitischen Bereich diskutiert die EU erstmals ernsthaft über eine Energie-Außenpolitik. Zudem konnte mit der Betonung der Schwarzmeerkooperation und einer Zentralasienstrategie die östliche Komponente der Europäischen Nachbarschaftspolitik gestärkt werden.

Konferenz über Ostdeutschland im Reformprozess

Was hält die Gesellschaft zusammen?

— „NEUE UNTERSCHICHT“ UND „PREKARIAT“ – Begriffe aus der heftigen öffentlichen Debatte vom Herbst 2006: Besonders in den Ostdeutschland betreffenden Daten der FES-Studie „Gesellschaft im Reformprozess“ war die große Gruppe derjenigen aufgefallen, die sich als Verlierer fühlen.

Ein Viertel der Menschen rechnen sich im Osten zum „abgehängten Prekariat“, in Westdeutschland sind es lediglich vier Prozent. Am anderen Ende des Spektrums stehen die „Leistungsindividualisten“ – Menschen, die sich nicht mehr in gesellschaftlicher Verantwortung sehen: dazu gehören mit 15 Prozent in Ostdeutschland fünf Prozent mehr als in Westdeutschland. Eine Konferenz des Forums Berlin der FES und des Forums Ostdeutschland der Sozialdemokratie widmete sich am 16. April erneut der Frage nach den

Bedingungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Ostdeutschland.

Wolfgang Tiefensee, Bundesminister für Verkehr, Bau und



Benannte die Bedingungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt: Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (Foto: Unger).

Stadtentwicklung, nannte als dringend notwendige Basis für gesellschaftlichen Zusammenhalt: Arbeit,

Bildung und ein bezahlbares Leben. Die Bevölkerung müsse aber auch spüren, dass sich Politik für ihre Belange interessiere, mahnte dazu Iris

Glicke, Sprecherin der ostdeutschen Bundestagsabgeordneten. Professor Heinz Bude von der Universität

Kassel betonte die Notwendigkeit besonderer Unterstützung Ostdeutschlands. Langfristig werde dies aber „für die gesamtdeutsche Gerechtigkeitsdebatte ein paar Probleme aufwerfen“.

Zum Festhalten an dem in der Diskussion zur Föderalismusreform II erneut angegriffenen Solidaripakt ermahnte Wolfgang Tiefensee. Es sei „unerträglich“, wenn dieser immer wieder in Frage gestellt werde. Auch der SPD-Vorsitzende Kurt Beck bekannte sich zu dem Vertrag: „Der Solidaripakt gilt.“

LANGZEITARBEITSLOSE IN DEUTSCHLAND, DEN NIEDERLANDEN UND DER SCHWEIZ

Ausgegrenzt und chancenlos?

Auf dem Arbeitsmarkt macht sich der Konjunkturaufschwung bemerkbar. Aber insbesondere an Langzeitarbeitslosen geht diese Entwicklung vorbei: Arbeitsmarkt-

ferne Gruppen, vor allem Menschen, die aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen, fehlender Berufsausbildung und/oder wegen ihres Alters lange arbeitslos sind,

haben fast keine Chancen auf einen neuen Arbeitsplatz. Ihre Zahl wird auf bis zu 600.000 geschätzt. Die Politik hat erkannt, dass neue Angebote für diese Men-

schen entwickelt werden müssen. Der FES-Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung hat Expertenworkshops durchgeführt sowie eine Expertise zu den Perspektiven öffent-

lich geförderter Beschäftigung in Auftrag gegeben. Im April ver­glichen eine Fachkonferenz die Überlegungen der deutschen Politik mit Konzepten und Erfahrungen aus den Niederlanden und der Schweiz.

Rolf Maegli, Vorsteher der Sozialhilfe der Stadt Basel, bezeichnet in seiner Stadt ca. 30 % der Sozialhilfeempfänger als „integrationsgefährdet“. Durch aktives Fall-Management soll auch hier eine Statussicherung, d.h. Arbeit, Existenz außerhalb der Sozialhilfe und Integration erreicht werden. In den Niederlanden ist der An-

teil der Menschen, die u.a. aufgrund von Invalidität Sozialleistungen erhalten, hoch. Jan Gerrit Schep, Geschäftsführer von „Stimulanz“, einer Einrichtung zur Unterstützung von Kommunen, die für diese Fragen zuständig sind berichtete dass bereits 150 Kommunen auf der Basis des Grundprinzips „Jeder kann etwas“ spezifische Lösungsansätze entwickelt haben.

Klaus Brandner, MdB, arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, beschrieb den neuen Ansatz, „JobPerspektive“, mit dem dauer-

hafte und gesellschaftlich anerkannte Beschäftigungsmöglichkeiten im Rahmen einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit geschaffen werden sollen, die den Zugang zum regulären Arbeitsmarkt offen halten. Geplant ist ein Programm für zunächst 100.000 Menschen, das flächendeckend umgesetzt werden soll. Christine Westphal, Vertreterin der Europäischen Kommission, betonte, dass die Langzeitarbeitslosen jedoch in vielen Ländern ausgeblendet blieben. In anderen europäischen Ländern taucht diese

Zielgruppe – im Unterschied zu Deutschland – häufig nicht in der Arbeitslosenstatistik auf, sondern wird anderen sozialen Sicherungssystemen zugeordnet.

MEHR ZUM THEMA

Materialien der Veranstaltung unter www.fes.de/wiso
Publikation: Susanne Koch/Peter Kupka: Geförderte Beschäftigung für leistungsgeminderte Langzeitarbeitslose? Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung, 2007

PEER STEINBRÜCK ZU GAST BEI DER FES IN MAGDEBURG

Sinkende Steuern, steigende Erwartungen

Große Erwartungen wurden an den Bundesminister der Finanzen Peer Steinbrück gestellt, der am 17. April zum ersten Mal in seiner Amtszeit die Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts besuchte. Sowohl große Medienpräsenz als auch die hohe Teilnehmerzahl spiegelten das Interesse an der FES-Veranstaltung „Sinkende Steuern, steigende Erwartungen – welchen Staat

wollen wir uns leisten?“ wider. Eingeladen war neben Peer Steinbrück auch der Minister der Finanzen

des Landes Sachsen-Anhalt, Jens Bullerjahn. Im Gespräch mit Bullerjahn äußerte sich Steinbrück kritisch

über den erwarteten Ausgleich der Finanzdefizite einzelner strukturschwacher Länder durch den Bund. Steinbrück beschrieb ein starkes Ungleichgewicht zwischen den Erwartungen der Bürger und deren Steuerzahlungsbereitschaft. Die Ansprüche an den Staat können weder von den Ländern, noch vom Bund gedeckt werden, so Steinbrück.



Bundesfinanzminister Peer Steinbrück wies in Magdeburg auf die Lücke zwischen Ansprüchen und Wirklichkeit hin.

Ermutigung vermisst

Viele junge Menschen sehen gegenwärtig kaum berufliche Perspektiven und müssen bereits früh Existenzängste erfahren. 120 Schüler/innen, arbeitslose Jugendliche, Gewerkschafter/innen, Sozialarbeiter/innen, Lehrer/innen und Berufsberater/innen nutzten am 2. und 3. März einen Open Space der FES und der DGB-Jugend, um Lösungsansätze zu finden. Christine Bergmann, Vorstandsmitglied der FES und ehemalige Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, ermutigte die Jugendlichen, sich mit eigenen Vorschlägen Gehör zu verschaffen. Auch Ingrid Sehbrock, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, bestärkte die Jugendlichen als Lob-

by für sich aufzutreten. „Wir wollen ernst genommen werden – als Menschen mit individuellen Fertigkeiten – nicht als Problemfall“, so ein Schüler des SOS-Berufsausbildungszentrums. Die Zusammenarbeit zwi-



Ermutigte die Jugendlichen, sich Gehör zu verschaffen: die ehem. Familienministerin Christine Bergmann (re.) (Foto: Liebe)

schen Schulen, Betrieben, Ämtern, Eltern und Jugendlichen müsse dringend verbessert werden. „Die Erwachsenen geben uns keine Ermutigung,“ kritisierte eine Schülerin. In vielen Fällen, stimmte

eine Lehrerin zu, würden sich die Eltern wenig oder gar nicht einbringen. Es müsse daher stärker versucht werden, die Eltern mit ins Boot zu holen, wenn es um Berufsorientierung und Ausbildung gehe. „Maßnahmen sind nur

erfolgreich, wenn die Jugendlichen freiwillig daran teilnehmen und nicht vom Jobcenter geschickt werden“, berichtete eine Mitarbeiterin einer Vermittlungsagentur aus ihrer Berufspraxis. Ein Be-

rufsberater beklagte aber auch, dass zwei Drittel aller in den Betrieben eingehenden Bewerbungen mangelhaft seien. Daher sei es wichtig, in der Schule frühzeitig Fähigkeiten, die für den Berufsalltag grundlegend sind, wie Kommunikation, Zuverlässigkeit und Teamarbeit, zu vermitteln. Stark kritisiert wurde, dass viele Schulen gegenwärtig darum kämpfen müssten, das Fach Arbeitslehre, das sich neben der Berufsorientierung auf eben diese Kernkompetenzen konzentriert, weiter anbieten zu können.

DOKUMENTATION

Die erarbeiteten Forderungen sind in einer Dokumentation festgehalten: www.fes.de/forumpug. Die Printversion unter forumpug@fes.de

Managerkreis zu Gast bei Bundespräsident Köhler

Nachdem Bundespräsident Horst Köhler den Managerkreis der FES in seinen Reden öffentlich bereits mehrfach hervorgehoben hatte, war der Vorstand des Managerkreises am 24. April zu einem Hintergrundgespräch ins Schloss Bellevue eingeladen. Als Thema des Gesprächs war die „Gestaltung der Globalisierung“ vereinbart. Dazu trugen zunächst der Sprecher des Managerkreises Ulrich Pfeiffer (Aufsichtsratsvorsitzender der empirica ag) und der stellvertretende

Sprecher Heik Afheldt (Publizist und Wirtschaftsberater) vor. Im Anschluss diskutierte der Bundespräsident mit den fünfzehn Vorstandsmitgliedern des Managerkreises. Insbesondere die Thesenpapiere, die der Managerkreis zur Politikberatung veröffentlicht, stießen bei Horst Köhler auf Interesse und Zustimmung. „Ich lese ihre Papiere gern“, so der Bundespräsident.

www.managerkreis.de

Nicht einseitig auf Wettbewerb setzen!

Zum 1.1.2008 ist die vollständige Öffnung des deutschen Postmarktes für den Wettbewerb geplant. Zu befürchten ist, dass die Liberalisierung zu einer erheblichen weiteren Zunahme an instabilen und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen führt. Deshalb hat die FES ein Gutachten erstellen lassen, in dessen Zentrum die Präzisierung der sozialen Lizenzauflagen § 6 Abs. 3 S.1 Postgesetz steht. Nach dieser Vorschrift ist neuen Anbietern von Briefdienstleistungen eine Lizenz zu versagen, wenn „Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass der Antragsteller die wesentlichen Arbeitsbedingungen, die im lizenzierten Bereich üblich sind, nicht unerheblich unterschreitet.“ Das von Prof. Dr. Thomas Blanke, Universität Oldenburg, angefertigte Rechtsgutachten leuchtet sowohl den verfassungsrechtlichen wie europarechtlichen Hintergrund der Liberalisierung des Postmarktes aus. Das Gutachten kritisiert, dass die Regulierungsbehörde

(Bundesnetzagentur) den Sozialschutz des § 6 Abs.3 PostG zu restriktiv ausgelegt habe. Die Bundesnetzagentur habe damit zu einseitig auf die Förderung des Wettbewerbs gesetzt und der Berücksichtigung sozialer Belange nicht ausreichend Geltung verschafft. Die FES hat am 24. Mai im Museum für Kommunikation in Berlin eine Diskussionsveranstaltung durchgeführt, bei der die „Väter“ des einschlägigen Sozialparagraphen im Postgesetz aus ihrer Kritik an den Zuständen bei vielen neuen Briefdienstleistern kein Hehl machten: Genau eine solche Entwicklung habe man 1997 zu Beginn der Liberalisierung verhindern wollen, stellte Wolfgang Bötsch als seinerzeit amtierender Bundespostminister fest. Er hatte die sozialen Lizenzauflagen damals mit Hans-Martin Bury ausgehandelt, ehemals oberster Postpolitiker der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. Bury wurde noch deutlicher: „Das, was Wille des Gesetzgebers

war, ist angesichts dessen, was sich heute in Teilen des Briefmarktes an Arbeitsbedingungen darstellt, offensichtlich nicht umgesetzt.“ Ähnlich die Sichtweise von Andrea Kocsis, Leiterin des für Post, Speditionen und Logistik zuständigen ver.di-Bundesfachbereichs: Aus gewerkschaftlicher Sicht sei die rasante Ausbreitung prekärer Beschäftigung in einer Branche, die bislang auskömmliche Einkommen ermöglicht habe, ein „riesengroßer Skandal“. Der Präsident der Bundesnetzagentur Matthias Kurth wehrte sich gegen die vehemente Kritik und kündigte an, die tatsächlichen Verhältnisse bei den Lizenznehmern künftig

im Wege einer Vollerhebung ermitteln zu lassen. Für Klaus Barthel, sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des Beirates bei der Bundesnetzagentur, stellte sich jedoch immer dringender die Frage, ob der Liberalisierungszeitplan eingehalten werden könne: „Die Voraussetzungen für eine völlige Marktöffnung ab dem 1. Januar 2008 sind allein schon deshalb nicht gegeben, weil das deutsche Postgesetz, das diese Marktöffnung regelt, auch zehn Jahre nach seinem Inkrafttreten noch immer nicht umgesetzt ist.“

DAS GUTACHTEN
www.fes.de/wiso/sets/s_dienst_vera.htm

Kein arbeitspolitischer Oldtimer

In einer globalisierten Wirtschafts- und Arbeitswelt hat die Reformperspektive „Humanisierung der Arbeit“ (HdA) im Vergleich zu früheren Epochen offenbar Nachrang. Wissenschaftliche Experten, Politiker und Betriebsräte kamen während einer Fachtagung der FES am 29. März in Berlin jedoch zu dem Ergebnis, dass neue Initiativen zur HdA dringlich und unterstützenswert sind.

Prof. Dr. Dieter Sauer, Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung, München, wies auf kritische Entwicklungen hin: es gibt nicht nur eine Re-Taylorisierung, vor allem bei geringqualifizierter Produktions- und Dienstleistungsarbeit, sondern insgesamt nehmen die Belastungen am Arbeitsplatz, verbunden mit erheblichen Existenz- und Versagensängsten, zu. Für durchaus mehr Vielfalt in der Arbeitszeitgestaltung sprach sich Dr. Steffen Lehn-dorff, Institut Arbeit und Qualifikation, Universität Duisburg/Es-sen, aus, plädierte aber auch dafür,

gleichzeitig mehr Sicherheit anzubieten. Selbstorganisierte Arbeitszeiten erfordern im Spagat zwischen kollektiver Begrenzung und individueller



Wissenschaftler, Politiker und Betriebsräte auf der Fachtagung in Berlin

Wahlfreiheit auch mehr Kontrollchancen durch den einzelnen Arbeitnehmer (über Arbeitszeitkonten, tatsächlich geleistete Arbeit).

Ist die Intensivierung von Weiterbildung zur Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsproduktivität, Karrierechancen und Beschäftigung zum Nutzen für alle Beteiligten? Ob Arbeitnehmer eine „Weiterbildungsrendite“ erzielen, hänge auch von ihren Interessenvertretungen ab, die sich dafür einsetzen sollten, betriebliche und persönliche Bildungsinteressen passgenau aufeinander abzustim-

men, berichtete Dr. Gertrud Kühnlein von der Sozialforschungsstelle Dortmund. Ottmar Schreiner, MdB, hob allerdings hervor, dass das kollektive

und individuelle Weiterbildungsmanagement Betriebsräte und besonders den einzelnen Arbeitnehmer durchaus überfordern könne. Auch die Politik

sei daher gefordert, Weiterbildung mehr als öffentliche Kernaufgabe und vierte Säule des Bildungssystems zu fördern. Die Humanisierung der Arbeit, der „arbeitspolitische Oldtimer“ aus den siebziger Jahren hat nicht ausgedient, so zeigte die Veranstaltung, sondern bleibt in modernisierter Variante eine Zukunftsaufgabe. Humanisierung bedeutet nach Auffassung von Wolfgang Grothaus, MdB, allerdings auch, dafür zu sorgen, dass Ältere in Übergangsformen schrittweise aus dem Erwerbsleben hinausgleiten können.



Eine Analyse der globalen, europäischen und nationalen Wirtschaftslage präsentierte Bundesbankpräsident Prof. Dr. Axel Weber am 22. Mai auf Einladung des Managerkreises Bayern und des Bayernforums der FES vor mehr als 130 Gästen aus der Wirtschafts- und Finanzbranche. Für die globale Wirtschaft konstatierte Weber einen „robusten, breit verteilten Wachstumskurs“. Insgesamt sieht Weber sowohl in Europa als auch in Deutschland die Situation anhaltend günstig. Im Bereich der öffentlichen Finanzen sprach er sich deutlich für Konsolidierung aus. An der bisherigen moderaten Ausgabenentwicklung der öffentlichen Finanzen solle unbedingt festgehalten werden. (Prof. Dr. Axel Weber mit Klaudia Martini, Sprecherin des Managerkreises Bayern)

Eine neue Kultur der Selbständigkeit

Nachdem im FES-Arbeitskreis Mittelstand die verschiedenen Aspekte einer Kultur der Selbständigkeit bereits detailliert herausgearbeitet wurden, erstellte eine Arbeitsgruppe aus Unternehmern, Wissenschaftlern und Politikern auf dieser Grundlage ein Memorandum, das am 26. März im Rahmen einer Podiumsdiskussion vorgestellt wurde. Die vielleicht wichtigste Aufgabe einer mittelstandsorientierten Wirtschaftspolitik ist die Schaffung eines Umfelds, in dem Menschen gern Unternehmer werden. Nach Ansicht des Gründungsforschers Prof. Dr. Rolf Sternberg von der Universität Hannover, der jedes Jahr an dem weltweit durchgeführten Global Entrepreneurship Monitor beteiligt ist, fehlt es daran aber in Deutschland. Zum einen wird den Unternehmern hier mit einer größeren Skepsis begegnet als in anderen Ländern. Zum anderen haben die Menschen in kaum einem anderen Land eine so große Angst, mit einer Selbständigkeit zu

scheitern. Während etwa in den USA, aber auch in Dänemark und den Niederlanden die Menschen in erster Linie Unternehmen gründen, um eine Idee zu verwirklichen, gründen in Deutschland verhältnismäßig viele Menschen aus der Not heraus. Solche Gründungen können im schlimmsten Fall zu prekären Lebenssituationen führen, wenn die Selbständigkeit mehr mit Kostensenkungen großer Konzerne als mit Unternehmertum gemeinhalt, wie Andrea Kocsis aus dem ver.di-Bundesvorstand zu bedenken gibt. Als besonders wichtig wurde der Austausch zwischen Unternehmen und Politik erachtet, weil der Politik

insgesamt eine zentrale Rolle bei der Schaffung der Rahmenbedingungen einer neuen Kultur der Selbstän-

derung unter Umständen die Interessen anderer Gesellschaftsgruppen entgegen.

digkeit zukommt. Dennoch, so der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Klaas Hübner, dürfe der Spielraum der Politik nicht überschätzt werden. So stehen dem Wunsch vieler Unternehmen nach Deregu-

MEHR ZUM THEMA

Das Memorandum „Eine neue Kultur der Selbständigkeit: Voraussetzung für ökonomischen und sozialen Fortschritt“ unter: <http://library.fes.de/pdf-files/fo-wirtschaft/04164.pdf> Die Print-Version kann bestellt werden bei tagung@fes.de

Kurz erklärt: Die Europäische Investitionsbank

Die Erhaltung der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit Europas ist das zentrale Anliegen der Europäischen Investitionsbank (EIB). Das betonte Dr. Matthias Kollatz-Ahnen, Vizepräsident der EIB, auf einer Veranstaltung der FES am 19. April in Leipzig. Hauptanliegen der 1958 durch den Vertrag von Rom ins Leben gerufenen und in Luxemburg ansässigen Bank sei es, Europa im weltweiten Wettbewerb mit wirtschaftlich starken Großregionen voranzubringen. Ziel der Bank sei es, vor allem strukturell benachteiligte Gebiete zu för-

dern. Sie unterstütze Unternehmen, die ohne die finanzielle Hilfe der EIB nicht imstande wären sich zu modernisieren, so Kollatz-Ahnen. Momentan liege der Schwerpunkt der Aktivitäten in den zu Beginn des Jahres neu in die Europäische Union aufgenommenen Ländern Rumänien und Bulgarien. Der Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank hob auch deren Bedeutung für die neuen Bundesländer hervor. Dies könne man anhand zahlreicher geförderter Projekte, wie zum Beispiel dem BMW-Werk in Leipzig, verdeutlichen.

BESSERE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN GEFORDERT

Förderung verdoppeln

Mit über 200.000 Arbeitsplätzen und einem für 2007 erwarteten Umsatz von 32 Milliarden Euro ist die alternative Energiewirtschaft einer der wachstumsstärksten und innovativsten Industriezweige in Deutschland. Egal ob Sonnenenergie, Wasser- oder Windkraft, Biomasse oder Geothermie, für Ulrich Kelber, stellvertretender Bundestagsfraktionschef der SPD, liegt hier die Zukunft: „Es ist überhaupt kein Problem, in diesem Jahrhundert vollständig die fossile und nukleare Energieerzeugung abzulösen“, sagte er auf der Fachkonferenz „Innovative Energieprojekte – Von der Forschung zur Anwendung“, die von der FES gemeinsam mit BonVenture und un-

terstützt durch den Bundesverband Erneuerbare Energien am 21. März in Berlin veranstaltet wurde. Die Konferenzteilnehmer forderten mehr



Plädierte für innovative Energieprojekte: Ulrich Kelber, MdB, bei einer Konferenz in Berlin (Foto: Zensen).

Unterstützung von Bund und Ländern, denn viele Unternehmen stehen auf dem Weg von der Idee zum marktreifen Produkt neben bürokratischen Hürden vor großen Finanzierungsproblemen. Eine Verdoppelung der speziell auf Anwendungsforschung

und Produktentwicklung gerichteten Förderanstrengungen von jährlich 200 auf 400 Millionen Euro hält Kelber für unumgänglich, um die ehrgeizi-

gen Ziele bei Energieeffizienz und Klimaschutz zu erreichen. Dr. Gerd Stadermann vom Forschungsverbund Sonnenenergie äußerte Unverständnis darüber, dass die EU Atomforschung intensiver fördert als regenerative Zukunftstechnologien und machte

die Notwendigkeit eines Erneuerbaren-Wärme-Gesetzes nach Vorbild des Erneuerbare-Energien-Gesetzes deutlich. Jenseits der staatlichen Förderung jedoch können junge Unternehmen mit ökologischem Geschäftszweck neuerdings auf externe Unterstützung nach dem US-Vorbild des Social-Venture-Capital hoffen. Erster alternativer Kapitalgeber im deutschsprachigen Raum ist die BonVenture-Gruppe, die nicht primär auf Renditemaximierung, sondern auf Nachhaltig- und Reproduzierbarkeit abzielt.

MEHR ZUM THEMA

www.fes.de/aktuell/ak_ruc07_Termine.htm#März

FACHVERANSTALTUNG ZU MITARBEITERBETEILIGUNGEN

Vision stärkerer wirtschaftlicher Teilhabe

Mitarbeiterbeteiligungen gelten zunehmend als ein Modell für stärkere ökonomische Integration und Identifizierung der Arbeitnehmer/innen mit dem eigenen Unternehmen.

Daher widmete sich eine Fachveranstaltung der FES am 10. Mai diesem Thema. Die Mitarbeiterbeteiligung (MAB) hat Vorteile für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Die Stellung

der Arbeitnehmer wird durch Kapitalbeteiligung und Belegschaftsaktie im Unternehmen gestärkt, da sie zu Miteigentümern werden und eine bessere Verankerung im

Unternehmen erfahren. Auf der anderen Seite wird das Eigenkapital der Unternehmen erhöht und die Bindung des Arbeitnehmers an das Unternehmen gefestigt – mit

diesen Argumenten warben Michael Lezius, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Partnerschaft in der Wirtschaft e.V. und Prof. Dr. Karl Georg Loritz von der Universität Bayreuth für das Modell. Joachim Elsholz von der Industriegewerkschaft Bergbau,

Chemie, Energie gab zu bedenken, dass dieses Modell einen Eingriff in die Tarifautonomie darstelle. Die Gewerkschaften hätten dessen Chancen jedoch erkannt und setzen sich gerade aktuell mit dem diesbezüglichen Regelungsbedarf auseinander. Ludwig

Stiegler, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, hob die Anreize des Fondsmodells in Rheinland-Pfalz (FondsRLPplus) für Arbeitgeber hervor, das die Eigenkapitalausstattung von Arbeitnehmern verbesserte und gleichzeitig

MAB in Unternehmen förderte. Ideal wäre ein Modell, das auf Grundlage des „Beck-Modells“ die Säulen Altersvorsorge, Insolvenzschutz, Mitarbeiterbeteiligung und Schaffung von Wohneigentum kombiniere.

NEUE DISKUSSIONSREIHE DER FES: TREFFPUNKT ZUKUNFT – ENERGIEFORUMNRW

Umsteigen auf erneuerbare Energien

„Menschen verbrauchen mehr, als sie unter ihrer Erde finden.“ Dieses Zitat des schwedischen Nobelpreisträgers für Chemie, Svante Arrhenius, (1903), besitzt nach Einschätzung von Dr. Hermann Scheer, MdB und Präsident von Eurosolar auch heute noch große Gültigkeit. Scheer und Dr. Alfred Tacke, Vorsitzender der Geschäftsführung der STEAG GmbH, diskutierten am 18. April in der Solarstadt Gelsenkirchen über die Frage „Energieautonomie durch heimische Energien?“ An der

Auftaktveranstaltung der neuen Diskussionsreihe der FES, Treffpunkt Zukunft – EnergieforumNRW, nahmen rund 200 Teilnehmer/innen teil. Scheer plädierte für einen zügigen Wechsel zu erneuerbaren Energien. Der Konflikt um steigende Kosten für die herkömmliche Energieversorgung aufgrund von Ressourcenknappheit kann nach seiner Auffassung nicht realistisch durch eine Liberalisierung der globalen Energiemärkte gelöst werden. Der Begriff Energieautonomie

könnte zum Leitbild der zukünftigen Energieversorgung werden, mit dem die Unabhängigkeit sowohl von technischen und politischen Faktoren als auch im Bereich der Ressourcen verbunden wird. Jeder Schritt hin zu erneuerbaren Energien stellt laut Scheer einen makroökonomischen Vorteil dar: Verringerung von Umweltschäden, regionale Wertschöpfung und Deviseneinsparung. Die optimalen Stromproduzenten der Zukunft sind nach seiner Auffassung die Wind- und Solarenergie: „Sie

sind ökonomisch unschlagbar.“ Dr. Alfred Tacke plädierte für einen Energiemix: Zum einen müssten die Anlagen von Braun- und Steinkohle modernisiert werden, damit emissionsärmer produziert werden könne. Zum anderen müssten gleichzeitig die regenerativen Energien weiter ausgebaut werden. Deutschland müsse es gelingen, Wettbewerb mit Klimaschutz zu verbinden, damit energieintensive Industrien nicht nach Osteuropa verlagert würden.



Am 26. März war Günter Verheugen, Vizepräsident der Europäischen Kommission und EU-Kommissar für Unternehmen und Industrie, Gast vor 30 geladenen Gästen aus dem Steering-Komitee des Managerkreises der FES in Berlin. Einen Tag nach den Feierlichkeiten zum 50-jährigen Jubiläum der Römischen Verträge stand die heutige Lage der Europäischen Union ganz oben auf der Tagesordnung. (Unser Bild: Günter Verheugen mit dem Moderator Reinhold Kopp)

ERNST-ULRICH VON WEIZSÄCKER UND ERHARD EPPLER BEIM FRITZ-ERLER-FORUM

Schwacher Staat setzt Gewalt frei

Die Grenzen der Privatisierung standen im Mittelpunkt des Podiumsgesprächs „Wie viel Staat brauchen wir in einer globalisierten Welt?“ beim Fritz-Erler-Forum in Stuttgart. Ute Vogt, MdL und Fraktionsvorsitzende der SPD, erinnerte vor über 300 Zuhörern zunächst an die Zeit zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als die Idee einer solidarischen Sozialsicherung noch vielen utopisch erschien. Nur ein star-

ker, durchsetzungsfähiger Staat konnte die klaren Regeln vorgeben und die erforderlichen Veränderungen durchsetzen. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Dekan der Bren School an der University of California, betonte, dass man sich Privatisierung nur bei einer strikten staatlichen Regulierung leisten könne: „In der guten alten Zeit waren Demokratie, Markt und Freiheit miteinander verbündet. Heute da-

gegen drückt der Markt die Demokratie an die Wand!“ Um eine Schwächung der Demokratie zu verhindern, solle deshalb die Koalition zwischen Freiheit, Demokratie und Markt erneuert werden: „Was wir brauchen, ist ein vernünftiges Gleichgewicht zwischen Markt und Staat, zwischen Freiheit und Ordnung, zwischen privat und öffentlich sowie zwischen Innovation und Sicherheit.“

Erhard Eppler, Bundesminister a.D., betonte, dass es Bereiche gäbe, die auf keinen Fall privatisiert werden dürften. Vor allem dürfe das staatliche Gewaltmonopol nicht angetastet werden: „Der demokratische Rechtsstaat ist die einzige funktionierende Methode, jegliche Gewalt, die private, aber auch die staatliche, dem Recht zu unterwerfen. Wer ihn schwächt, setzt Gewalt frei.“

EXPERTENGESPRÄCH IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Privatisierung von militärischen Dienstleistungen

Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts setzen Staaten zunehmend private Militär- und Sicherheitsunternehmen in bewaffneten Konflikten ein. Das aktuellste Beispiel hierfür ist die Präsenz von privaten Einsatzkräften im Irakkrieg. Neben klassischen Sicherheits- und Logistikaufgaben kommen auch nahezu militärische Kernaufgaben hinzu. Dazu zählen das Verhören von Gefangenen, die Bereitstellung von technischer Expertise für die Wartung von Waffensystemen

und gelegentlich die direkte Beteiligung an Kampfhandlungen. Mit einem Expertengespräch förderte das Referat Entwicklungspolitik der FES am 26. April im Deutschen Bundestag den ausschussübergreifenden Dialog zur Regulierung dieser Aktivitäten. In der Diskussion wurde deutlich, dass private Militär- und Sicherheitsunternehmen durchaus wichtige Beiträge zur Wahrung von Frieden und Sicherheit leisten können. Entscheidend ist aber, dass ihr Einsatz

transparent ist und einer erfolgreichen Regulierung unterliegt. So betonte Rolf Uessler, Autor des Buchs „Krieg als Dienstleistung. Private Militärfirmen zerstören die Demokratie“, dass die Abhängigkeit von privaten

Militär- und Sicherheitsunternehmen rapide zugenommen hat. Dabei sei eine schwindende parlamentarische Kontrolle und eine damit verbundene Aushöhlung des staatlichen Gewaltmonopols festzustellen.



(Foto: Himsel)

Auf dem Fachgespräch „Wege und Strategien erfolgreicher Reformkommunikation in der modernen Demokratie“ diskutierten der Vorwärts-Herausgeber Uwe-Karsten Heye, der Staatssekretär im Bundesumweltministerium Matthias Machnig, Ernst Schwanhold, MdB, und andere am 29. Mai die Bedeutung strategischer Ausrichtung und langfristiger zielorientierter Planung politischer Prozesse.

Gleiche Chancen für Zuwanderer

Mit dem neuen Zuwanderungsgesetz hat die Politik anerkannt, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Eine nachhaltige und umfassende Integrationspolitik ist nun eine der zentralen Zukunftsaufgaben. Mit Integrationskursen und Landesintegrationskonzepten beschäftigen sich deshalb der FES-Gesprächskreis Migration und Integration am 21. Mai in Berlin. Herzstück der neuen Politik sind die Integrationskurse. Sie vermitteln in 600 Stunden Grundkenntnisse der deutschen Sprache und geben in 30 Stunden eine erste Orientierung in Geschichte, Kultur und Politik Deutschlands. Dr. Albert Schmid, Präsident des

Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, bewertete die Kurse als Erfolgsmodell. 250.000 Teilnehmer/innen haben bis jetzt den Kurs besucht, der Anteil der Ausländer, die schon länger in Deutschland leben, ist überraschend hoch. Allerdings haben bis jetzt lediglich 45% der Kursteilnehmer den Abschlusstest bestanden. Ein kürzlich veröffentlichter Evaluationsbericht unterbreitet verschiedene Vorschläge, die Effektivität zu erhöhen.

Um konkrete Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, hat die Bundesregierung Vertreter des Bundes, der Länder, der Kommunen und der Zivilgesellschaft zu einem Integrationsgipfel eingela-

den. Dr. Ralf Stegner, Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, erläuterte exemplarisch drei Schwerpunkte der Integrationsaufgaben der Länder. Zum ersten Mal würden die Aktivitäten zusammengetragen und ein aufeinander abgestimmtes Maßnahmenbündel entwickelt. Ein Ziel sei eine integrierte Stadtentwicklung, wie das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“, mit dem die Lebenssituation der Bewohner besonders benachteiligter Stadtquartiere verbessert werden soll. Der zweite Handlungsschwerpunkt ist die vorschulische Förderung insbesondere von Migrantenkinder. In einer programmatischen Rede unterstrich

Fritz Rudolf Körper, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, das Ziel, die gleichberechtigte Teilhabe der Einwanderer am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben zu verwirklichen. Er plädierte außerdem für

die Einführung eines Punktesystems für die Steuerung der Einwanderung qualifizierter Arbeitskräfte.

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Die **Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus Ostdeutschland** müsse gestoppt werden, um im Wettbewerb um Neuansiedlungen von Unternehmen konkurrenzfähig zu bleiben. So der Tenor einer Podiumsdiskussion der Friedrich-Ebert-Stiftung am 17. April in Leipzig. Vor Problemen für den ostdeutschen Arbeitsmarkt warnte Dr. Michael Schädlich, Geschäftsführer des Instituts für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung in Halle. Zwischen 1991 und 2006 hätten die neuen Bundesländer bereits mehr als eine Million Einwohner verloren. In der Euphorie um den derzeitigen konjunkturellen Aufschwung dürfe nicht übersehen werden, dass schon gegen En-

de des Jahrzehnts ein massiver Fachkräftemangel zu erwarten sei. + + +

+ + + In seinem Buch **„Hoffnung säen – Lebensgeschichten von Flüchtlingen“** hat der Sänger der Popband „Die Prinzen“, Sebastian Krumbiegel, Erlebnisse von Flüchtlingen in Deutschland gesammelt. Gemeinsam mit dem Gitarristen Kristof Hahn hat er auf einem musikalischen Leseabend des Forums Politik und Gesellschaft daraus vorgetragen. Den eingeladenen Schüler/innen wurde damit ein Einblick in die Heimat der Flüchtlinge und Asylbewerber/innen sowie ihre Erfahrungen in der fremden Umgebung gegeben. + + +

WAS KANN DER RECHTSSTAAT GEGEN RECHTSEXTREMISMUS TUN?

Der Aufstand der Zuständigen

Härtere Strafen, Verbot von Aufmärschen, Abschalten von Internetseiten: Die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger an den Rechtsstaat zum Vorgehen gegen Rechtsextremismus sind konkret. Aber alle Gesetzesverschärfungen verändern die freiheitliche Demokratie. Wie weit können und sollten rechtsstaatliche Maßnahmen also gehen, ohne sie zu beschädigen? Welche Möglichkeiten hat der Rechtsstaat, haben Gerichte, Polizei und Verfassungsschutzbehörden

den beim Kampf gegen Rechtsextremismus? Diesen Fragen widmete das Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Tagung,

zu deren Beginn sich Berlins Innensenator, Dr. Erhard Körting, äußerst klar für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren aussprach.

Außerdem kündigte er eine Initiative der Innenministerkonferenz zur Kontrolle der Finanzströme der rechtsextremen Szene an. Der Jurist Prof. Dr. Felix Herzog von der Universität Bremen forderte, einen neuen Straftatbestand für Hasskriminalität einzuführen, mit dem rechtsextreme Straftaten härter verfolgt und geahndet werden könnten.



In der Diskussion waren die Meinungen zu einem erneuten NPD-Verbotsverfahren geteilt: Prof. Dr. Hans-Joachim Jentsch, Bundesverfassungsrichter a.D., Sebastian Edathy, MdB, Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses, Prof. Dr. Angela Kolb, Justizministerin von Sachsen-Anhalt und Dr. Hartwig Möller, Leiter des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen“ (Foto: Liebe)

MEHR ZUM THEMA

www.fes-forumberlin.de/Bundespolitik/Recht/

WORKSHOPS ÜBER DEN UMGANG MIT RECHTSEXTREMISMUS AN SCHULEN

Rechts – extrem – uncool

Jungen Menschen zu ermöglichen, demokratische Verfahrensweisen konkret zu erleben und mitzugestalten, war Ziel des ersten Jugendaktionstages zum Thema Rechtsextremismus in der Schule, den die FES am 31. Mai organisierte. Auch an die Adresse der Schulverwaltungen und der Politik gerichtet, formulierten 160 Schülerinnen und Schüler aus Berlin und Brandenburg in verschiedenen

Workshops konkrete Forderungen zum Umgang mit Rechtsextremismus an der Schule. Aktuelle Ereignisse

wie z.B. Nazi-Aufmärsche oder gewalttätige Übergriffe müssten im Unterricht stärker behandelt werden, es

dürfe nicht nur rigide am Lehrplan festgehalten werden, hieß es beispielsweise von Schülerseite. Aber auch interkulturelle Verständigung und der respektvolle Umgang zwischen Schüler/innen und Lehrer/innen seien grundlegend, um der Ausbreitung demokratie- und menschenfeindlicher Tendenzen an Schulen vorzubeugen, erklärten die Jugendlichen.



Im Plenum wurden die in den Workshops erarbeiteten Forderungen vorgestellt, diskutiert und schließlich abgestimmt. Dabei erlebten die Jugendlichen, was Demokratie ganz konkret bedeutet, z. B. welche Konsequenzen eine Enthaltung zeigen kann und wie knapp oft die Mehrheiten sind, die über wichtige Belange entscheiden. (Foto: Himself)

DIE SCHÜLERAGENDA

www.fes.de/forumpug und
www.fes.de/rechtsextremismus

Cool bleiben!

Mobbing gegenüber Mitschülern, Prügeleien auf dem Schulhof oder verbale Attacken in Chat-Rooms – mit einer neuen Seminarreihe reagiert die FES auf die Gewalt an Schulen und im Alltag von Schülern. In eintägigen Workshops zeigen der Diplompädagoge Martin Albers und der Weltmeister im Kickboxen Ulrich Koj mit Rollenspielen, wie ein friedlicheres Miteinander möglich ist. Im Training untersuchen die Schüler nachgespielte Gewaltszenen anhand der Frage: „Wie begann es und wann hätte es auf-

gehört?“ Denn Täter provozieren bewusst, erklären die Trainer. Gerade Jungs könnten Beleidigungen nur schwer einstecken. Aber wer selbstbewusst reagiert und die



Rollenspiele gegen Gewalt: Eine neue Seminarreihe der FES reagiert auf die Probleme an den Schulen (Foto: Lichtenscheidt).

Provokation ignoriert, durchbricht die Gewaltkette. Ein Rollen-

spiel spielt eine Erpressung auf dem Schulhof nach: Fridolin verlangt von Michael fünf Euro Schutzgeld, damit die schulbekannte Jugendgang ihn in Ruhe lässt. „Was

soll Michael tun?“, wollen die Trainer wissen. Schließlich findet

die Gruppe eine Lösung: Michael könnte seine ganze Klasse informieren, sein Klassenlehrer könnte dem Kollegium von der Erpressung erzählen und diese könnten es wiederum den Schülern ihrer Klassen mitteilen. So wüsste nach und nach jeder, dass Michael von Fridolin erpresst wird. Gemeinsam würden alle dafür sorgen, dass Michael nie alleine ist.

MEHR ZUM THEMA

Nähere Informationen zum Gewaltpräventionstraining unter: <http://www.fes.de/forumjugend>

Auf die Praxis kommt es an

Bei der Frage nach wirkungsvollen Gegenstrategien gegen die Ausbreitung von Rechtsextremismus in Deutschland lässt die Antwort „Bildung“ meist nicht lang auf sich warten. Allerdings sind rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen bereits heute weit verbreitet, wie u.a. die im Auftrag der FES entstandene Studie „Vom

Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland“ nachweist. Über hundert Mitarbeiter/innen von Rechtsextremismus-Projekten waren in der FES zusammengekommen, um über praktische Konsequenzen dieser und weiterer Studienergebnisse zu diskutieren. Demokratische Werte und

Handlungsweisen müssten schon in der Kita vermittelt werden, forderte Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Hövelmann. Ferner sollten Sportvereine, freiwillige Feuerwehren, aber auch Behörden und Vermieter öffentlicher Räume durch Bildungsarbeit für das Problem Rechtsextremismus sensibilisiert werden. Einig waren

sich die Praktiker/innen, dass insbesondere die Arbeit mit Jugendlichen dauerhaft angelegt sein müsse, damit Vertrauen wachsen könne. In der abschließenden Podiumsdiskussion wurde ergänzt, dass eine bisher vernachlässigte Zielgruppe die Eltern von rechtsextrem eingestellten Jugendlichen sind.

Tagung über den Umgang von Jugendlichen mit Kommunikationstechnologien

Nie mehr ohne Handy

— BESONDERS FÜR JUGENDLICHE ist das Handy längst nicht mehr nur ein Kommunikationsmedium, sondern dient auch der Information und Unterhaltung und wird zur Produktion und Verbreitung eigener Inhalte eingesetzt.

Neben den vielen Vorteilen, die die Technologie mit sich bringt, und pornographische Inhalte, die über das Internet bezogen wer-

Forums Politik und Gesellschaft am 17. April in Berlin mit rund 200 Interessierten.

92 Prozent der zwischen 12- und 19-Jährigen in Deutschland besitzen mindestens ein Handy, legte Albrecht Kutteroff von der Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg als Ergebnis seiner Erhebungen dar. Ein gewalttätiges oder pornographisches Video haben über 40 Prozent der Jugendlichen schon einmal auf dem Handy gesehen, berichtete die Stuttgarter Professorin für Medienwissenschaft Petra Grimm. Viele Eltern, so Professor Hartmut Warkus von der Universität Leipzig, interessierten sich jedoch kaum dafür, was ihre

Kinder auf dem Mobiltelefon gespeichert hätten. Über ihre Erfahrungen mit dem Handy-Verbot an der Ernst-Schering-Oberschule im Wedding berichteten der Schüler Roger-Jermaine Addo und der stellvertretende Schulleiter Thomas Schumann. Der restriktive Umgang mit den Geräten habe zu einem Rückgang der Ablenkung im Unterricht sowie zu einer geringeren Übertragung von externen Konflikten an die Schule geführt, erklärten Schumann und Addo. Als sehr vielversprechend sah Addo die Idee, das Handy auch als Lernmittel in den Unterricht zu integrieren.

MEHR ZUM THEMA

www.fes.de/forumpug



Berichtete über die Erfahrungen mit dem Handy-Verbot an der Schule: Der Berliner Oberschüler Roger-Jermaine Addo (2.v.l.) (Foto: Liebe)

kommt es auch immer wieder zu Missbrauch: Dazu zählen unter anderem das sogenannte Happy Slapping – das Filmen von Gewalttaten – sowie Mobbing und Erpressung anderer Jugendlicher mit erniedrigenden Aufnahmen. Aber auch gewaltverherrlichende

den, werden so verbreitet. Die These, dass nur ein verantwortlicher Umgang mit Kommunikations- und Unterhaltungstechnologien Jugendliche vor den Gefahren des Missbrauchs schützen kann, stand im Zentrum einer Tagung des

FES + + + TELEGRAMM

+++ Mit der Tagung „Gestern Erfurt, heute Emsdetten – und morgen Magdeburg? Der Umgang mit Gewalt an Schulen in Sachsen-Anhalt“ hat das FES-Landesbüro Sachsen-Anhalt Anfang März erneut ein Thema aufgegriffen, was als besonderes Phänomen der Nachwendezeit gilt. Teilnehmer waren u.a. Prof. Dr. Angela Kolb, Ministerin der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt, und Prof. Dr. Jan-Hendrik Ol-

bertz, Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt. Seit 1995 führt die FES in Sachsen-Anhalt eine Vielzahl von Seminaren zu diesem Themenkomplex durch. Einige der wichtigsten Diskussionsergebnisse sind in der Broschüre „Streitschlichtung und Umgang mit Gewalt an Schulen“ zusammengefasst, die gerade als 4. vollständig überarbeitete Auflage erschienen ist. + + +

Ist Feminismus out?

Anlässlich des 100. Jahrestags der Sozialistischen Fraueninternationalen luden das Forum Politik und Gesellschaft und der Gesprächskreis Geschichte der FES zu einer Diskussion am Internationalen Frauentag ein. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts verfolgten die Kämpferinnen um Clara Zetkin und Rosa Luxemburg große Ziele: die Einführung des Frauenwahlrechts, den Kampf gegen den imperialistischen Krieg, Arbeitsschutzgesetze wie Mutter- und Kinderschutz, gleichen Lohn bei gleicher Arbeitsleistung und die Festsetzung von Mindestlöhnen.

Bis heute sind aber noch immer nicht alle Forderungen erfüllt. Die SPD-Europaabge-

ordnete Lissy Gröner mahnte im Europäischen Jahr der Chancengleichheit die konsequente Durchsetzung frauenpolitischer Ziele wie Diskriminierungsverbot, null Toleranz gegenüber Gewalt und Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Auch für die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, Elke Ferner, fällt die Bilanz durchwachsen aus: zwar

gibt es immer mehr gut ausgebildete Frauen auf dem Arbeitsmarkt, im Vergleich zu gleich qualifizierten männlichen Kollegen verdienen sie aber noch immer weniger und erleben Karriererückschläge bei der Familiengründung. Die Diskriminierung von Frauen in der heutigen Gesellschaft tritt immer weniger offen zutage, sondern setzt subtiler in der Lohn- oder Steuerpolitik an,

meinte die ehemalige Bundesfrauenministerin Christine Bergmann. Die freie Autorin Katja Kullmann beklagt, die „Töchter der Emanzipation“ hätten sich auf den Erfolgen der Frauenbewegung ausgeruht. Die aktuelle Kraftlosigkeit der Frauenbewegung sieht sie durch die Leistungsdoktrin der Gesellschaft begründet, die eine Solidarisierung unter Frauen verhindere. In diesem Sinne sollte Lissy Gröners Appell nicht verhallen: „Lasst uns Frauen weiterhin die Avantgarde für Gleichheit und Solidarität sein, denn es bedarf all unserer Kraft, unserer Fantasie und Kreativität, um die Jahrtausende währende patriarchale Dominanz zu überwinden.“



Beklagte die geringeren Einkommen von Frauen: die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, Elke Ferner. (Foto: Liebe)

„Frauenwoche“ – nur in Brandenburg

In allen Bundesländern wird alljährlich am 8. März der „Frauentag“ begangen. Doch nur in Brandenburg gibt es eine „Frauenwoche“, in diesem Jahr mit mehr als 300 Veranstaltungen.

Die Auftaktveranstaltung dieser Frauenwoche wurde erneut vom FES-Landesbüro Brandenburg zusammen mit dem Frauenpolitischen Rat organisiert. Rund 150 Teilnehmer/innen diskutierten am 1. März in Potsdam unter dem Motto „Macht Chancen gleich!“ Brandenburgs Familienministerin Dagmar Ziegler betonte, bei allen Fortschritten in Sachen Gleichstel-

lung von Frauen und Männern gebe es „genügend Gründe, hartnäckig am Ball zu bleiben“. Obwohl Frauen und Mädchen häufig besser qualifiziert seien, hätten sie es im Beruf oft schwerer. Weit stärker als bisher müssten traditionelle Arbeitsteilungen und Rollenfestlegungen zwischen Frauen und Männern aufgebrochen werden. Die Europa-Abgeordnete Elisabeth Schroedter beklagte, dass von dem „Europäischen Jahr der Chancengleichheit“ bisher wenig bekannt sei. Die Liste der Initiativen und Maßnahmen werde auf EU-Ebene regelrecht „geheim“ gehalten.

GIRLS' DAY DER FES ZUM THEMA FRAU IM BERUF

„Berufswunsch? Fußballspielerin!“

Sie haben die besseren Noten und höhere Schulabschlüsse. Trotzdem entscheiden sich Mädchen immer noch überproportional häufig für „typisch weibliche“ Berufe oder Studienfächer. Sie arbeiten eher auf Arbeitsplätzen mit niedrigeren Qualifikationen und haben weniger Führungsverantwortung. Neue Perspektiven aufzeigen und bei Mädchen Interesse an technischen Berufen wecken soll der Girls' Day (26. April 2007), eine Initiative des

Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und des Bundesministeriums für Fami-



Vier von vielen: Zahlreiche Schülerinnen ließen sich am Girls' Day bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn informieren.

lie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Seit 2006 ist auch die Fried-

rich-Ebert-Stiftung mit dabei.

Fussballspielerin, Landwirtin und Polizistin – in

der Vorstellungsrunde überraschten die Mädchen mit ambitionierten

Berufswünschen, oft in ganz klar männlich dominierten Domänen. Klassische Frauenberufe wie Krankenschwester, Friseurin oder Flugbegleiterin wurden dagegen nur sehr selten genannt. Die Mädchen, so stellte sich im Laufe des Seminars heraus, wollen später mal „viel Geld verdienen“, „Karriere machen“ und „andere Länder kennen lernen“.

MEHR ZUM THEMA

<http://www.girls-day.de>

ZWISCHEN UNTERDRÜCKUNG UND SELBSTBESTÄRKUNG

Frauen im Islam

Zweihundert muslimische Frauen aus Afrika, Asien, den USA und Europa waren vom 7. bis 9. März auf Einladung der FES zu einer Veranstaltung anlässlich des Internationalen Frauentags nach Köln gekommen. Unter der Schirmherrschaft der SPD-Bundestagsabgeordneten und Islambeauftragten Lale Akgün berichteten und diskutierten sie zwei Tage lang über wirtschaftliche Ausbeutung, soziale, kulturelle und religiöse Diskriminierung so-

wie politische Repression in ihren Heimatländern. Allen voran legten die kritischen „Feministinnen“ Nahed Selim aus den Niederlanden und Asma Barlas aus den USA, überzeugend dar, dass patriarchalische Traditionen jahrhundertlang die Interpretationen von Koran und Sunna bestimmten und noch heute in der islamischen Welt und in vielen muslimischen Gemeinschaften in Europa dominieren. Nahed Selim, Asma Barlas, Nahide Bozkurt

(Ankara) und auch Vertreterinnen des Kölner „Zentrums für islamische Frauenforschung“ konnten zeigen, dass es neue „weibliche“ hermeneutische Ansätze gibt, die z.B. zu einer Neuinterpretation der berüchtigten Sure 4,34 führen, die bis heute von Rechtsgelehrten als Legitimation für die Züchtigung in der Ehe ins Feld geführt wird. Aber es ging nicht nur um eine neue Koran-

auslegung. Frauen aus dem Sudan, Nigeria, Malaysia, Indonesien und Europa faszinierten das Publikum mit lebendigen Präsentationen einer Fülle von ebenso kreativen wie kämpferischen Selbsthilfeprojekten, die von der Auseinandersetzung mit frauenfeindlichen Scharia-Gerichten in Nigeria bis zur Publikation eines „Arab Life Style“-Magazins in Großbritannien reichten.

Musliminnen aus aller Welt stellten in Köln vielfältige Selbsthilfeprojekte vor.
(Foto: Spiegel)



Politikerinnen stellen sich vor

Im Rahmen der Reihe „Politikerinnen stellen sich vor“ des Fritz-Erler-Forums Baden-Württemberg berichten Anke Fuchs und Gesine Schwan am 26. März im Schlossbergsaal des Südwestrundfunks in Freiburg von ihren Erfahrungen und Erlebnissen in der Politik.

Anke Fuchs erzählt davon, dass sie eigentlich Richterin werden wollte. Doch alles kommt ganz anders. Sie wird Referentin beim DGB.

„Und plötzlich begann eine Karriere, ohne dass ich mich versah“, erzählt die heutige

Vorsitzende der FES. Als einzige Frau wird sie unter 34 Männern in den Vorstand der IG Metall berufen, die weiteren Stationen: Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, SPD-Parteivorstand, Mitglied des Bundestages, schließlich Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, später Bundesgeschäftsführerin der SPD.

Nach dem Abitur will Gesine Schwan, die aus einer Pädagogenfamilie kommt, selbst Lehrerin werden. „Am Ende ist daraus eine Hochschullehrerin ge-

worden“, sagt sie. Von 1977 an lehrt sie als Professorin für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin. Bundesweit bekannt wird sie, als sie 2004 für das Amt der Bundespräsidentin kandidiert und nur knapp Horst Köhler unterliegt. Seit 2005 koordiniert sie für die Bundesregierung die deutsch-polnische Zusammenarbeit und ist Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder).

Sowohl Anke Fuchs als auch Gesine Schwan müssen Niederlagen einstecken

und unterliegen miteinander der männlichen Konkurrenz. Da drängt sich die Frage auf: Verhalten sich Männer und Frauen in der Politik grundsätzlich unterschiedlich?

„Männer genießen sich weniger, sich selbst darzustellen“, befindet Anke Fuchs. In den 70er und 80er Jahren gelingt das den Frauen in der SPD nicht.

„Wir waren uns nie einig, wer die Nummer eins sein soll. Wenn wir einen Pressetermin hatten, dann sind immer alle gekommen“, erinnert sich Anke Fuchs.

Hamburger Nachwuchsgespräche

Bunte Lampen in den Fenstern verströmen ein warmes oranges Licht. Sie geben dem sonst so kühlen Seminarraum etwas von einer modernen „Lounge“. In einer Ecke flackert ein Kaminfeuer, wenn auch nur digital. In dieser Atmosphäre lädt das Julius-Leber-Forum junge Hamburger, vor allem aus Kommunal-



politik, Gewerkschaften, Medien, und FES-Stipendiaten zu einem etwas anderen Hintergrundgespräch ein. Junge Menschen sollen mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in einer informellen Runde zusammenkommen. „Es geht uns zwar auch darum, dass der Gast viel von sich erzählt, aber es soll vor allem eine vertraute Stimmung entstehen, in der der Gast auch dem Publikum Fragen stellt“, erläutert Raphael R. Pilszczek, einer der Initiatoren das Konzept. Im März stand Dr. Michael Naumann, Zeit-Herausgeber und nun Spitzenkandidat für das 1. Bürgermeisteramt in Hamburg, den jungen Menschen zum Gespräch zur Verfügung. Ihn hat das Konzept überzeugt: Er hat sich gefreut, in einer Runde von 60 Gästen intensiv mit jungen, engagierten Hamburgern über ihre und seine politischen Visionen sprechen zu können.

Fairer Wettbewerb zwischen Hochschulen?

Ungleichgewichte zwischen den Bundesländern führen im Hochschulsektor zu massiven Fehlsteuerungen: Die Stadtstaaten und die ärmeren Länder fi-

der dort sinkenden Abiturientenzahlen. Das übergreifende nationale Interesse verlangt dagegen einen umfassenden Ausbau von Studienplätzen.

und Präsident der Kultusministerkonferenz, Prof. Jürgen Zöllner, beurteilt die 5.500 EUR, die darin jährlich für einen Studienplatz angesetzt werden, positiv: endlich es gibt eine „Währung“ für Studienplätze. Der Präsident des Stifterverbandes, Arend Oetker, hält dem entgegen, dass die Zahl deutlich unter dem Betrag liegt, der von der OECD für einen Studienplatz angesetzt wird. Es sei eine nationale Initiative nötig, damit auch Unternehmen mehr in Bildung investieren. Einige waren sich die Podiumsgäste bei der Konferenz „Fairer Wettbewerb für deutsche Hochschulen – Neue Formen der Hochschulfinanzierung“ am 30. Mai in der FES,

dass ein System erforderlich ist, bei dem die Finanzierung eines Studienplatzes nicht von der Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes abhängt. Es könne nicht sein, dass der zahlen muss, der die Studienplätze bereitstellt. Ein Fonds, der gemeinsam von den Ländern finanzierte Bildungsgutscheine für alle Studenten zur Verfügung stellt, könnte Abhilfe schaffen. Gleichzeitig würde damit der Wettbewerb der Hochschulen um Studierende gefördert.

nanzieren anteilig mehr Studienplätze als die reichen Länder. Aus Ländersicht liegt nun eine Reduzierung der Studienplätze nahe, vor allem in den ostdeutschen Bundesländern, angesichts

Der Hochschulpakt versucht, dem mit Bundesmitteln Rechnung zu tragen und bis 2010 rund 91.000 Studienplätze zu schaffen. Die Resonanz ist zwiespältig. Der Berliner Wissenschaftssenator

MEHR ZUM THEMA

Die Studie „Fairer Wettbewerb für deutsche Hochschulen“ von Dr. Uwe Thomas: <http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/03922.pdf>

„Generation Praktikum“ – Mythos oder Wirklichkeit?

Prekäre Arbeitsverhältnisse gehören zunehmend zum Alltag in Deutschland. Vor allem im sogenannten Niedriglohnsektor und bei Zeit- oder Saisonarbeit sind die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen häufig unzureichend. Als davon betroffen gilt auch die sog. „Generation Praktikum“ – Absolventen und Absolventinnen von Hochschulen, die nicht in ein reguläres Arbeitsverhältnis kommen, sondern ein Praktikum an das nächste reißen. Aber entspricht dieses Bild tatsächlich der Realität? Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, hatte das FES-Landesbüro Thüringen in

Zusammenarbeit mit den Stipendiatinnen und Stipendiaten des Freistaats am 23. Mai zu einer Informationsveranstaltung in Jena eingeladen. Als Referent konnte u.a. Dr. Dieter Grünh vom Arbeitsbereich Absolventenforschung der FU Berlin gewonnen werden. Grünh ist Mitverfasser einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung über prekäre Beschäftigungsformen von Hochschulabsolventen. Das Fazit der Veranstaltung war ermutigend für Studierende: Zwar absolvieren Hochschulabsolventen vermehrt Praktika, dies ist jedoch in aller Regel kein dauerhafter Zustand. Ein Studium ist nach wie vor die beste Versicherung vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg.

Fortschritte und offene Fragen

„Deutsche Wissenschaftler sind von der internationalen Spitzenforschung im Bereich der Stammzellforschung abgeschnitten“, so die zusammenfassende Einschätzung der Stammzellforscherinnen und -forscher, die am 19. März die Gelegenheit hatten, über ihre Erfahrungen mit dem Stammzellgesetz (StZG) zu berichten. Das Gesetz wurde 2002 nach intensiven Diskussionen verabschiedet und erlaubt die Forschung mit menschlichen embryonalen Stammzellen, die aus dem Ausland importiert und in ihrem Herkunftsland vor-

dem 1. Januar 2002 gewonnen wurden. Auf der Konferenz kristallisierten sich die zwei wesentlichen Schwierigkeiten mit den Regelungen des



Diskutierten die Schwierigkeiten mit dem Stammzellengesetz: Wolf-Michael Catenhusen, Staatssekretär a.D., Jörg Tauss, SPD-MdB und Hubert Hüppe, CDU-MdB. (Foto: Liebe)

Gesetzes heraus: Erstens seien die für deutsche Forscherinnen und Forscher zur Verfügung stehenden Zell-

linien veraltet und größtenteils unbrauchbar, so Prof. Jörg Hacker, Vizepräsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Zweitens löst die im StZG

verankerte Strafan drohung bei den Stammzellforscherinnen und -forschern Irritationen aus. Prof. Eric Hilgendorf von der Universität Würzburg wies darauf hin, dass sich deutsche Wissenschaftler bei Kontakten mit internationalen Projekten, die auch Forschung mit embryonalen Stammzellen betreffen, ebenso strafbar machen wie ausländische Forscherinnen und Forscher, wenn sie mit deutschen Kollegen kooperierten. Dies habe zur Konsequenz, dass hochqualifizierte Wissenschaftler

Deutschland den Rücken kehrten, warnte Prof. Hans Schöler vom Max-Planck-Institut für Molekulare Medizin in Münster. Ob die von den Wissenschaftlern geschilderten Probleme allerdings ausreichend sind, um das StZG dahingehend zu ändern, dass der Stichtag abgeschafft wird, stellte Prof. Ludger Honnefelder von der Universität Bonn in Frage. Auch die Vorsitzende des Ausschusses für Bildung und Forschung, Ulla Burchardt (SPD), und die Experten der Koalitionsfraktionen René Rösper, Jörg Tauss (beide SPD) und Hubert Hüppe (CDU/CSU) erinnerten daran, dass die Veränderung der Stichtagsregelung im StZG ethisch nur vertretbar sei, wenn das Grundanliegen des Gesetzes – von Deutschland aus darf es keinen Anstoß zur Zerstörung von Embryonen geben – gewahrt und eine neue Situation schlüssig dargelegt werde.

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Als erstes deutsches Bundesland hat Schleswig-Holstein mit dem neuen Schulgesetz die Gemeinschaftsschulen als neue Schulart eingeführt. Auf der **Tagung der FES „Gemeinsam gute Schule machen!“** in Neumünster erläuterte Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave am 25. April die Ziele des neuen Schulgesetzes. Durch das längere gemeinsame Lernen bis Klasse 10 soll erreicht werden, dass Kinder und Jugendliche ihre Fähigkeiten besser ausschöpfen können, ohne früh auf einen Bildungsabschluss festgelegt zu werden. Die individuelle Förderung jeder einzelnen Schülerin, jedes einzelnen Schülers wird in den Mittelpunkt gestellt. Schulen aus Schleswig-Holstein, die sich bereits auf den Reformweg gemacht haben, stellten auf der Tagung ihre innovativen Konzepte vor. + + +

MEHR ZUM THEMA
www.fes.de/biotec

Im Visier der Geheimpolizei

Das Ministerium für Staatssicherheit der



Am historischen Ort: Eine der Diskussionsrunden fand im ehemaligen Stasigefängnis von Bautzen statt. (Foto: Waldeck)

DDR war nicht etwa Staat im Staate, sondern Garant für das Überleben von SED und DDR. Die SED bezeichnete ihre Geheimpolizei ganz offiziell als „Schild und Schwert der Partei“. Darauf zu verweisen sei wichtig, betonte Dr. Jens Gieseke von der Berliner Birthler-Behörde vor den mehr als 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern des XVIII. Bautzen-Forums der FES. Denn der SED/PDS/LINKEN sei es recht elegant gelungen, Schuld und Verbrechen ihrer realsozialistischen Gewaltherrschaft den offiziellen

und inoffiziellen Mitarbeitern der Stasi zu übertragen. Überschrieben waren die beiden Veranstaltungstage am 10. und 11. Mai mit „Im Visier der Geheimpolizei. Der kommunistische Überwachungs- und Repressionsapparat 1945 – 1989“. Zum Ende hin verfügte die DDR-Staatssicherheit über etwa 90.000 hauptamtliche und bis zu 180.000 sogenannte informelle Mitarbeiter (IM). So kamen im SED-Staat auf 180 Einwohner ein hauptamtlicher Mitarbeiter und zwei IM. „In der Sowjetunion kam ein Geheim-

dienstler auf 600 Menschen“, so Gieseke. Die ursächliche Verantwortung der SED für ihren Spitzelstaat DDR komme jedoch in der öffentlichen Auseinandersetzung regelmäßig zu kurz, darauf verwies der Vizepräsident des Sächsischen Landtages Gunther Hatzsch in seinem Grußwort. Das Bautzen-Forum setzte seinen Schwerpunkt auf Strukturen und Wirkungsmechanismen der DDR-Staatssicherheit und richtete den Blick auch auf die ehemaligen Ostblockstaaten Sowjetunion, Polen und Ungarn.

POLITISCHE BILDUNG MAL ANDERS

Hier werden Sie beschimpft!

„Beschimpfungen haben eine entlastende Wirkung, und außerdem Tradition. Nicht nur im Alltag, sondern auch im Theater. Natürlich sind immer an allem die andern schuld. Beschimpfungen sind immer auch Übertreibungen und überhaupt ungerecht und eigentlich bringen sie nichts – außer einem Stück Klarheit,

das im Nachdenken liegt über den Kern Wahrheit, der dahintersteckt. Lassen Sie sich also beschimpfen.“, mit diesen Überlegungen lud das Dresdner FES-Büro zur Fortsetzung seiner Reihe „Beschimpfungen. Monologe mit dem Publikum“. Nach der „Elitenbeschimpfung“ durch Johano Strasser und der

„Bürgerbeschimpfung“ durch Werner J. Patzelt folgten in diesem Frühjahr die „Ost-West-Beschimpfung“ durch Friedrich Schorlemmer und die „Jugend- und Junggebliebenenbeschimpfung“ durch Juli Zeh. Die Publikumsresonanz hat sehr schnell solche Ausmaße angenommen, dass ein Kooperationspartner ge-

sucht und mit dem Staatsschauspiel Dresden auch gefunden wurde. Die Veranstaltungen zeigen: Bildung kann auch unterhaltsam sein, kann sogar Spaß machen, auch wenn man gelegentlich erst im Nachhinein merkt, dass man gerade über sich selbst gelacht hat.

Zum 25. Mal: Preis
„Das politische Buch“
vergeben

Nicht festlegen, sondern aufbrechen

FÜR IHR BUCH „EINFACH ABGEHÄNGT. EIN WAHRER BERICHT ÜBER DIE ARMUT IN DEUTSCHLAND“ erhielten die beiden Journalisten Nadja Klinger und Jens König am 10. Mai den jährlich vergebenen Preis „Das politische Buch“.

Der Festredner Ministerpräsident Matthias Platzeck würdigte Nadja Klinger und Jens König dafür, dass sie hinter die Kulissen der großen gesellschaftspolitischen Begriffe geschaut und sie mit der konkreten Lebenssituation von unterschiedlichen Menschen verglichen hätten. Der Sprecher der Jury Dr. Klaus Hohlfeld lobte die Anschaulichkeit der Reportagen: gradlinig und gut lesbar in der Sprache, nicht agitierend, aber äußerst engagiert in der Sache. Nadja Klinger und Jens

König dankten der Jury für die Wertschätzung ihrer Arbeit: „Sie halten ein Buch für wichtig, das nicht behauptet, die neue Armut genau zu kennen. Wir definieren nicht, sondern fragen. Wir legen uns nicht fest, sondern brechen auf. Unser Buch ist eine Exkursion an die Grenze, die es zu überwinden gilt.“ Die Vorsitzende der FES Anke Fuchs erinnerte daran, dass dieser Preis auf den Tag genau vor 25 Jahren zum ersten Mal vergeben wurde. Sie dankte drei Mitgliedern der



neunköpfigen Jury, die von Anfang an dabei sind, für ihr großes Engagement: Dr. Klaus Hohlfeld, Dr. Dieter Schuster und Wolfgang Budde-Roth.

Die beiden Preisträger mit dem Laudator Matthias Platzeck, der FES-Vorsitzenden Anke Fuchs und dem Sprecher der Jury Dr. Klaus Hohlfeld (Foto: Liebe).

DAS POLITISCHE BUCH 2007

„Einfach abgehängt“ ist im Rowohlt Verlag erschienen, 256 Seiten, 14,90 Euro

Lesung und Gespräch der Preisträger

Nadja Klinger und Jens König ist es mit ihrem Buch „Einfach abgehängt. Ein wahrer Bericht über die neue Armut in Deutschland“ gelungen, die zunehmende Armut in Deutschland einerseits schonungslos in den Blick zu nehmen und sich dabei doch einfühlsam den Lebensumständen durch Armut betroffener Menschen zu nähern. Die Texte sind zum Teil eine Zumutung im besten Wortsinne: Indem sie den Blick nicht abwenden, geben Sie den Betroffenen so etwas wie Würde zurück.

Das Projekt „Gesellschaftliche Integration“ hatte die beiden Autoren in die „KulturKonstraste“, ein neues Veranstaltungsformat der FES, zur Lesung eingeladen. Anschließend erörterten König und Klinger im

Gespräch mit Dr. Berthold Vogel vom Hamburger Institut für Sozialforschung die neuen Dimensionen von Armut und prekären Lebenslagen sowie mögliche Bewältigungsstrategien.

Armut sei nicht nur ein selbstempfundener Makel für viele Betroffene, sondern häufig auch ein Tabu. Für Vogel bedeutet Armut die große Schwierigkeit, sein Leben aus eigenen Kräften bestreiten zu können. „Wir sollten unseren Standort verlassen, genau hinschauen, keine ausgrenzende und verleumdende Kommunikation über Menschen betreiben, die von Armut betroffen sind und gemeinsam Handlungsansätze entwickeln für dieses Problem, das uns alle angeht“ – so das Schlussplädoyer der beiden Autoren.

Endspurt oder Neustart?

Die Digitalisierung wird die Fernsehlandschaft in Deutschland und Europa in den kommenden Jahren grundlegend verändern. Die dadurch notwendigen Anpassungen im europäischen Medienrecht waren das Thema einer Fachkonferenz der FES und des Instituts für Europäisches Medienrecht am 29. März in Berlin. Ruth Hieronymi, Berichterstatterin im Ausschuss für

Kultur und Medien des Europäischen Parlaments, und Christophe Forax, Vertreter der Europäischen Kommission, informierten über den Stand der Novellierung. Bereits heute regelt die Fernsehrichtlinie, dass europaweit die gleichen Standards, z.B. für die Ausstrahlung von Werbung und den Schutz von Jugend und Verbrauchern, gelten. Die zentralen Punkte der geplanten Richtlinie

für audiovisuelle Mediendienste sind neue Anwendungsbereiche und die Liberalisierung der Werbung. Kontrovers wurde die Werbeliberalisierung und besonders die geplante Zulassung von Produktplatzierungen diskutiert. Während die Wirtschaft sich neue Einnahmequellen erhofft, warnten Vertreter der öffentlich-rechtlichen Sender vor negativen Konsequenzen der Vermischung

von Programm und Werbung. Hieronymi und Forax sehen den derzeitigen Entwurf jedoch als guten Kompromiss.

MEHR ZUM THEMA

www.fes.de/medienpolitik
Die Publikation „Audiovisuelle Mediendienste heute und morgen – Die Revision der EG-Fernsehrichtlinie“ als pdf-Datei: <http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/04416.pdf>.

Qualität oder Quote?

Gewollt ist immer beides, Qualität und Quote im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Bei einer Fachkonferenz der FES am 23. April in Berlin wurde den

Mitgliedern der Rundfunk- und Verwaltungsräte ein Forum geboten, um über Qualitätssicherung und die Vereinbarkeit von Qualität und Quo-

te zu diskutieren. Uwe Kammann, Direktor des Adolf-Grimme-Instituts stellte sein im Auftrag der FES erstelltes Gutachten „Im Spannungsfeld – Zur Qualitätsdiskussion öffentlich-rechtlicher Fernsehprogramme“ vor. In der Studie wird auf die Stärken des öffentlich-rechtlichen Programms, wie z.B. die Fernsehfilme, Dokumentationen und die hohe Glaubwürdigkeit der Nachrichtensendungen, hingewiesen. Aber auch Schwachstellen, wie z.B. die seichten Pro-

gramme und das Verbannen der „Fernsehperlen“ in die späte Nacht, werden beleuchtet.

In den Augen von Fritz Raff, Vorsitzender der ARD, und Hans Janke, stellvertretender Programmdirektor des ZDF, ist das Gleichgewicht von Qualität und Quote gut austariert. Andere Referenten aus dem Bereich der Medienpublizistik betrachteten das Angebot des Öffentlich-rechtlichen deutlich kritischer. Sie mahnten eine zu starke Ausrichtung an Quo-

tenerfolgen der Privatsender an. Es fehle der Mut, innovative Programmformate auf prominenten Programmplätzen zu zeigen. Die Frage, wie

auch zukünftig die Qualität der Programme von ARD und ZDF gesichert werden könne, stand anschließend im Mittelpunkt. Bereits seit geraumer Zeit

wird dazu eine Stärkung der Gremien, also v. a. der Rundfunkräte, und die Einbeziehung externer Sachverständiger zur Beurteilung von Pro-

grammqualität vorgeschlagen.

DAS GUTACHTEN

<http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/04418.pdf>

DEUTSCH-POLNISCHE JOURNALISTINNEN-RECHERCHEN

Blicke über die Oder

Das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen ist auch 60 Jahre nach Kriegsende und drei Jahre nach dem Beitritt Polens in die EU nicht spannungsfrei. Die deutsche Öffentlichkeit akzeptiere Polen noch immer nicht als politischen Partner, so die Ansicht von Basil Kerski, Chefredakteur des deutsch-polnischen Magazins *DIALOG*, während des Auftaktseminars des

gemeinsamen Projekts der FES und des Journalistinnenbunds „Blicke über die Oder“. Kerski kritisierte aber auch die derzeitige Regierung in Polen als außenpolitisch passiv und EU-kritisch. Am 24. und 25. Mai trafen sich in Berlin Journalistinnen aus Polen und Deutschland, die – jeweils als Tandems – in den nächsten Monaten über ein für Polen und Deutschland gleichermaßen rele-

vantes Thema recherchieren und ihre Ergebnisse veröffentlichen werden. Die Themen dieser Arbeiten reichen von „Karriere oder Mutterschaft?“ über „Früher LPG-Mitarbeiterin – heute Unternehmerin?“, „Grenzfrauen“ bis zu „Frauen in Auschwitz“. Über die unterschiedliche Situation der Medien in Polen und Deutschland diskutierten die Teilnehme-

rinnen auch mit der Chefredakteurin der „tageszeitung“, Bascha Mika. Nicht nur der „Kartoffelstreit“, der sich wegen einer Satire der taz über Polens Präsidenten Lech Kaczynski letztes Jahr entwickelt hatte, mache deutlich, dass die polnischen Medien sehr national denken und wenig bereit sind, die Pressefreiheit zu verteidigen, erklärte Mika.

FORUM ZUM AUSBAU DER DEUTSCH-TSCHECHISCHEN PARTNERSCHAFT

Nachbarn im Südosten

Das zehnjährige Jubiläum der Unterzeichnung der deutsch-tschechischen Erklärung war Anlass für einen Rückblick auf die beiderseitigen Beziehungen in der vergangenen Dekade. Das FES-Büro Dresden veranstaltete dazu mit der Brücke/Most-Stiftung ein Forum, das sich auch der weiteren Gestaltung dieser Be-

ziehungen widmete. Der Botschafter der Tschechischen Republik in Deutschland, Rudolf Jindrák, 1997 Unterhändler für die Ausarbeitung der Erklärung, betonte die enorm positive Entwicklung in den letzten Jahren, sowohl auf zwischenstaatlicher wie auch auf bürgerschaftlicher Ebene. Der bevorstehende

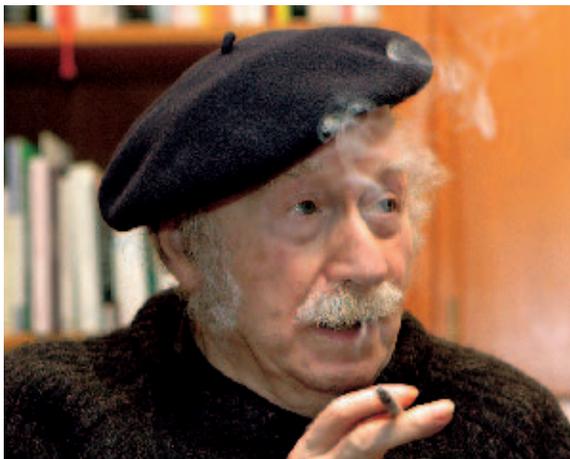
Beitritt Tschechiens zum Schengen-Abkommen und der damit verbundene Wegfall der Grenzkontrollen wird ein weiterer wichtiger Schritt zur Vereinfachung der Kontakte sein. In der anschließenden Podiumsdiskussion, an der auch die Vorsitzende der deutsch-tschechischen Parlamentariergruppe Pet-

ra Ernstberger, der Journalist Jan Sícha sowie der Geschäftsführer der Brücke/Most-Stiftung Peter Baumann teilnahmen, wurde das besondere Augenmerk auf den weiteren Ausbau und die Intensivierung des bürgerschaftlichen Engagements der deutsch-tschechischen Partnerschaft gelegt.

Völkermord an den Armeniern im Spiegel der Literatur

Der Völkermord an den Armeniern im Jahr 1915 gehört zu den unverarbeiteten Gräueln europäischer Geschichte. Die Diskussionen rund um die Verleihung des Literatur-Nobelpreises an den türkischen Schriftsteller Orhan Pamuk im Herbst 2006 und die Ermordung des türkisch-armenischen Journalisten Hrant Dink im Januar 2007 haben diesen Völkermord vor allem auch im Kontext der türkischen EU-Beitrittsverhandlungen erneut ans Licht der Öffentlichkeit gebracht. Entsprechend groß war das Interesse an dem Münstereifeler Literaturgespräch im März. Der Schriftsteller Edgar Hilsenrath, inzwischen 81-jährig, stand mit seinem Armenien-Genozid-Roman „Das Märchen vom letzten Gedanken“ im Mittelpunkt der Tagung. In Anwesenheit Hilsenraths trug der Rezitator Bodo Primus Passagen aus dem 1989 mit dem Alfred-Döblin-Preis geehrten Roman vor, anschließend führte Helmut

Braun, Herausgeber der Hilsenrath-Werkausgabe, ein Gespräch mit dem Autor. Eingeleitet wurde die Wochenendtagung mit



Mit seinem Armenien-Roman stand der Schriftsteller Edgar Hilsenrath im Mittelpunkt des Literaturgesprächs. (Foto: Hering-Heidt)

einem Vortrag von Dr. Rolf Hoffeld, Autor des Buches „Operation Nemesis. Die Türkei, Deutschland und der Völkermord an den Armeniern“. Die ersten Augenzeugenberichte stammen aus der Feder deutscher Beobachter. Johannes Lepsius' „Bericht über die Lage des Armenischen Volkes in der Türkei“ ist die erste und wichtigste Dokumentation des Völkermords. Prof. Dr. Hermann Goltz, Theologe an der Universität Halle und Gründer und Direktor des Johannes-Lepsius-Ar-

chivs, stellte den evangelischen Theologen und Humanisten vor. Den weltweit berühmtesten und erfolgreichsten Roman über

den Armenien-Genozid schrieb Franz Werfel. Dr. Martin

Hainz, Universität Wien, referierte über „Die vierzig Tage des Musa Dagh“. Edgar Hilsenraths Roman „Das Märchen vom letzten Gedanken“ erspart dem Leser keine Grausamkeit. Es ist die Geschichte des armenischen Volkes im Kopf eines alten Armeniers, der als Baby auf den Fluchtstraßen von Türken aufgelesen und gerettet wurde. So kann Hilsenraths Epos auch als Hoffnung auf eine Versöhnung zwischen Türken und Armeniern gelesen werden.

FES + + + TELEGRAMM

+ + + „Als wir noch Götter waren im Mai“ lautet der Titel des neuen Buches von Johano Strasser, das er zusammen mit der FES am 22. März zur Leipziger Buchmesse präsentierte. In seiner beeindruckenden Autobiografie behandelt Strasser über 40 Jahre Zeitgeschichte, seinen Lebensweg und verteidigt seine Werte: die Würde des Einzelnen gegen den Marktradikalismus und die Vernunft gegen jegliche Form des Fanatismus. Viele Marksteine der deutschen Zeitgeschichte sind eng mit seinem Leben und Wirken verbunden: die 68er-Bewegung, die Ostpolitik der Sozialdemokratie, die Neuorientierung der Linken in der Kohl-Ära oder die Frage des linken Humanismus. Strasser gilt als Vordenker der deutschen Linken und ist seit Jahren Präsident des deutschen PEN-Zentrums. + + +

Freundlichkeit und Kompetenz bescheinigt

„Finden Sie wirklich alles? Wie zufrieden sind Sie mit uns?“, so lauteten die Leitfragen an die Nutzerinnen und Nutzer der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, die im Februar und März 2007 in Kooperation mit dem Institut für Bibliotheks- und Informationswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin befragt wurden. Nutzer des Lesesaales in Bonn, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FES sowie die Nutzer des stetig wachsenden Online-Angebotes der FES-Bibliothek waren aufgerufen, mit ihren Antworten zu insgesamt 22 Fragen, mit ihrer Kritik und ihren Anregungen die Fortentwicklung eines

kunden- und nutzerorientierten Bibliotheksangebotes zu unterstützen.

Bei den Antworten überwogen eindeutig die positiven Bewertungen. Ein Nutzer schrieb: „Ich bin sehr zufrieden. Es gibt wohl kaum eine Bibliothek in der Bundesrepublik Deutschland, die in ähnlichem Umfang wie die FES ihre Leser betreut. Insbesondere die Bestellmöglichkeiten im Internet für Aufsätze aus Sammelbänden, Fachzeitschriften, historischen Unterlagen usw. sind sehr sinnvoll. Die Betreuung durch Ihre Mitarbeiter bei Rechercheanfragen war immer vorzüglich...“ Der Projektleiter der Humboldt-Universität fasst diese po-

sitive Resonanz in seinem Abschlussbericht so zusammen: „Besonders auffällig in den Umfrageergebnissen war die hohe Zufriedenheit mit der Freundlichkeit und der Kompetenz des Bibliothekspersonals. ... Gut zwei Drittel der Antwortenden sind mit dem Personal sehr zufrieden, nur sieben Nutzer haben hier schlechter als mit Note 2 bewertet ...“

Die Bibliothek der FES

ERGEBNISSE

Eine Auswahl der Befragungsergebnisse:
http://library.fes.de/library/index_gr.html

ist bestrebt, Kritik und die vielfältigen Anregungen zu der Gestaltung der Web-Seiten, dem Ausbau der Online-Angebote bis hin zur Erweiterung der Öffnungszeiten des Lesesaales in Bonn konstruktiv aufzugreifen und umzusetzen.



Hier wird der Nutzer nicht allein gelassen: Service der FES-Bibliothek erhält positive Bewertungen (Foto: FES)

FES + + + TELEGRAMM

+ + + **Die Gläserne Werkstatt** ist ein Forum zum Mitreden und Mitgestalten. Hier sollen Ideen entwickelt, Modelle analysiert und neue Lösungen diskutiert werden, zu dem, was zukünftig im Kultur-, Bildungs- und Forschungsland Sachsen produziert wird. Das Dresdner Büro der FES hat zu diesem Zweck gemeinsam mit dem Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst diese Veranstaltungsreihe ins Leben gerufen. Die ersten Gläsernen Werkstätten in diesem Jahr zu den Themen „Wer wählt den Rektor? – Die zukünftige Gestaltung der Hochschulen“, „Die Zukunft des Sächsischen Kulturraumgesetzes“, „Sachsens Festivals – Leuchttürme oder Feuerwerk?“ mit ihren jeweils bis zu dreihundert Teilnehmerinnen und Teilnehmern zeigen das starke Interesse an mehr Transparenz. + + +

+ + + Im Rahmen des **3. Leipziger Kongresses für Information und Bibliothek** vom 19. bis 22. März im Congress Center Leipzig informierte die Bibliothek der FES mit einem Informationsstand über ihr Dienstleistungsangebot und über die Publikationstätigkeit der Stiftung. Schwerpunktthema in diesem Jahr waren drei EFQM-Projekte, die unter dem Motto „Qualitätsmanagement – die Bibliothek der FES im Zertifizierungsprozess“ der Öffentlichkeit präsentiert wurden. Außerdem wurde auf innovative Dienstleistungen aufmerksam gemacht und das umfangreiche Angebot an digitalen und gedruckten Medien präsentiert. + + +

DEUTSCH-TÜRKISCHE FREUNDSCHAFTSPREISE 2007

Engagierte Frauen ausgezeichnet

Der erste Preisträger und Schirmherr der deutsch-türkischen Kulturwochen Münchens, Oberbürgermeister Christian Ude, verlieh im Bayerischen Landtag den deutsch-türkischen Freundschaftspreis in der Sparte Kultur an die erste weibliche und einzige türkische Standup-Comedian Senay Duzcu, die wie er Stipendiat(in) der Friedrich-Ebert-Stiftung gewesen war.

Den Preis Wirtschaft verlieh Franz Maget, in diesem Jahr ebenfalls Schirmherr der Kulturwochen, an Nina Öger, Reiseunter-

nehmerin in der zweiten Generation.

Den Freundschaftspreis in der Kategorie Politik teilten sich die Migrationsbeauftragte der SPD-Bundestags-



Münchens Oberbürgermeister Christian Ude übergibt die Auszeichnung an die Preisträgerin Senay Duzcu.

fraktion Dr. Lale Akgün, die kinder- und familienpolitische Sprecherin Ekin Deli-

göz (Bündnis 90/ Die Grünen) und die integrationspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, Sevim Dagdelen. In der Sparte Solidarität wurde

die RTL-Moderatorin Nazan Eckes ausgezeichnet. Der Freundschaftspreis wird seit

sieben Jahren abwechselnd in Deutschland und in der Türkei verliehen. „Wir wollten zeigen, wie erfolgreich viele türkischstämmige Frauen in Deutschland sind“, begründete Ali Kilic, Bundesvorsitzender der Deutsch-Türkischen Freundschaftsföderation.

Veranstalter der Kulturwochen sind die Deutsch-Türkische Freundschaftsföderation, die Stelle für interkulturelle Arbeit der Landeshauptstadt München und das BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung.

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Über die politisch brisante Frage des **EU-Beitritts der Türkei vor dem Hintergrund des Zypernkonflikts** referierte der Türkeikenner und Journalist Dr. Günter Seufert im Rahmen des 12. Länderabends der Akademie Frankenwarte. Er zeichnete vor den etwa 100 Gästen die Entstehungsgeschichte des Streits mit seinen zahlreichen Widersprüchen nach und legte dar, dass sich nicht nur die Türkei und die Südyperioten, sondern auch andere Beteiligte nicht immer konstruktiv für eine Lösung des Konflikts verhalten. Im kulturellen Teil des Abends las Dr. Tebbe H. Kleen, ehemaliger Theaterintendant in Würzburg, Passagen aus dem vieldiskutierten Roman „Schnee“ des diesjährigen Literaturpreisträgers Orhan Pamuk. + + +

+ + + Das völlig überarbeitete und ergänzte **Handbuch der Menschenrechtsarbeit (2006/2007)**, he-

rausgegeben von der FES und dem Forum Menschenrechte, steht ab sofort als Online-Version unter <http://www.fes.de/handbuchmensenrechte/> zur Verfügung. Das Handbuch beinhaltet neben Texten zur Menschenrechtsarbeit verschiedener Bundesministerien neue Kapitel zum Thema internationale Menschenrechtsarbeit. Darüber hinaus werden alle wichtigen Ansprechpartner und Kontaktdaten der aufgeführten Organisationen angegeben. + + +



FES + + + TELEGRAMM

+ + + Gemeinsam mit dem Bezirksamt Lichtenberg hat der Arbeitsbereich BerlinPolitik der FES die Möglichkeiten zur „**Entwicklung lokaler Kooperationsformen im Welse-Kiez im Rahmen einer integrierten Kiezförderung**“ erhoben und im Rahmen des Welse-Forums diskutiert. Der Kiez ist noch nicht durch gravierende Problemlagen gekennzeichnet, negative Entwicklungen deuten sich aber an: Schlafstadt, fehlendes lokales Arbeitsplatzangebot, hohe Arbeitslosigkeit gerade unter Jugendlichen und eine damit verbundene Abwanderung sind Indikatoren einer sich verschlechternden Sozialstruktur. Zugleich verfügt der Kiez jedoch über eine aktive Zivilgesellschaft sowie aktive Träger von Sozialprojekten, so dass es Ziel der Veranstaltung war, die vorhandenen Strukturen zu stärken und besser miteinander zu vernetzen.

+ + + In den letzten Monaten sind tragische Familienschicksale in der Öffentlichkeit bekannt geworden. Viele Eltern sind mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert, werden ihrer Verantwortung nicht gerecht und brauchen effektive Hilfe und Unterstützung. Wie diese Hilfe aussehen kann, wurde am 3. April auf einer gemeinsamen **Tagung des FES-Landesbüros Thüringen und der Arbeiterwohlfahrt** mit rund 50 Fachleuten aus dem Freistaat diskutiert. In Thüringen ist die Landschaft der Jugendhilfe vielfältig und nicht immer aufeinander abgestimmt. Bisherige Standardinstrumente der Jugendhilfe scheinen zudem nicht mehr zu greifen. Stattdessen setzen viele Institutionen auf individuelle Lösungen und Konzepte, die während der Tagung vorgestellt wurden.

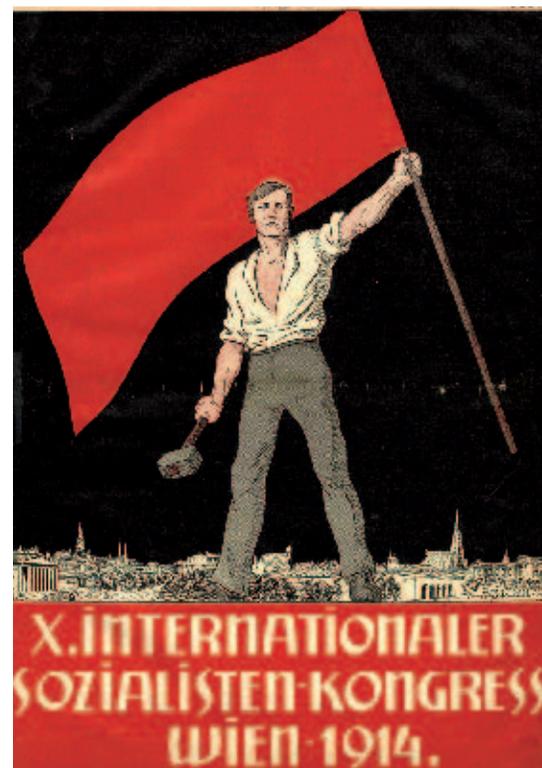
+ + + **Die besonderen Aspekte weiblicher Kriminalität** beleuchtete am 11. Mai eine gemeinsame Tagung der FES mit dem AWO-Landesverband Berlin, der Bundesarbeitsgemeinschaft Frauenvollzug Dr. Helga Einsele e.V. und dem Förderverein für den Berliner Frauenvollzug. Hasso Lieber, Staatssekretär der Senatsverwaltung Justiz in Berlin, räumte ein, dass der Frauenstrafvollzug die Lebensrealitäten von straffälligen Frauen häufig nicht umfassend berücksichtige. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Frauenstraf-

vollzug forderte daher, Frauenkriminalität als eigenständiges Phänomen zu begreifen und spezifische Behandlungskonzepte und Ausrichtungen in der Vollzugsgestaltung für Frauen.

+ + + „Rüdiger Fikentscher lebte 40 Jahre in Unfreiheit und 20 Jahre in Freiheit. In beiden Leben hat er Karriere gemacht. Im einen als Arzt, im anderen als Politiker“, so leitete Prof. Dr. Eberhard Jäckel die Lesung des Landtagsvizepräsidenten von Sachsen-Anhalt, Rüdiger Fikentscher, aus seinem Buch „**Zwischen König und Bebel**“ ein. Es ist ein Buch mit Rückblicken in die eigene Familiengeschichte Fikentschers und in die deutsche Geschichte, „ein wunderschönes Buch über Teilung und Wiedervereinigung, über Geschichte und Gegenwart.“ Nicht zuletzt sei dieses Buch ein „Triumph über die deutsche Jammerei“, so Jäckel im Haus der Geschichte Baden-Württembergs in Stuttgart.

+ + + Zum **100. Jahrestag der Gründung der Frauen- und der Jugendinternationale** präsentiert die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Online-Edition mit umfangreichen Quellen zu den Anfängen der internationalen sozialistischen Zusammenarbeit (1907 – 1919). Die Sammlung digitaler Quellen ist die Fortsetzung der von der Édition Minkoff, Genf, veröffentlichten 23 Bände der Histoire de la Deuxième Internationale, 1889 – 1914. Die Quellenedition enthielt Veröffentlichungen zu den Kongressen der Internationale zwischen 1888 und 1917. Die Themenschwerpunkte „Wien 1914“, „Frauen 1907 – 1915“ und „Jugend 1907 – 1919“ werden von Gerd Callesen knapp eingeführt. Mehr unter: <http://library.fes.de/si-online/>

Historisches Plakat aus der Sammlung des Archivs der sozialen Demokratie (Foto: AdsD)



EU-Kommissar Günter Verheugen beim Bonner Dialog der FES

„Die Schockstarre ist überwunden“

„EUROPA! WIR SIND WIEDER DA, die Schockstarre ist überwunden“, lautete die zentrale Botschaft Günter Verheugens beim „Bonner Dialog – Impulse für die Zukunft der Republik“. Der Vizepräsident der Europäischen Kommission bezog sich damit auf die neue Agenda für das neue Vertragswerk nach den gescheiterten Verfassungsreferenden in den Niederlanden und in Frankreich.

Verheugen benannte die Gründe, warum Europa wieder Tritt gefasst hat. Zum einen habe die deutsche Ratspräsidentschaft das Führungsvakuum der letzten Jahre überwunden. Zum anderen habe sich die Wettbewerbsfähigkeit Europas gegenüber anderen dynamischen Regionen in der Welt noch einmal deutlich verbessert. Erfolgreicher Ausgangspunkt für Europas Weg in die Zukunft sei die Verabschiedung der „Berliner Erklärung“, worin sich die Staats- und Regierungschefs verpflichtet haben, die

notwendigen Reformen so rechtzeitig in Kraft zu setzen, dass die Institutionen, die

Verheugen zeigte sich davon überzeugt, dass der tief greifende Wandel der globalen

aus, wie im Jahr 2000 in Lissabon geschehen, den Beschluss zu fassen, bis 2010 die wettbewerbsfähigste Wirtschaftsregion der Welt zu sein, sondern es bedürfe dazu auch einer Politik, mit der dieser Beschluss umgesetzt werden könne. Der Idee eines europäischen Superstaats erteilte Verheugen eine klare Absage. Man dürfe den Völkern Europas nicht zumuten, ihre nationale Identität aufzugeben, zugleich könne aber auf keinen Mitgliedsstaat verzichtet werden: „Alle müssen zusammengehalten werden“.



Beim Bonner Dialog der FES: EU-Kommissar Günter Verheugen wird von der Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Diekmann und dem FES-Geschäftsführer Dr. Roland Schmidt begrüßt.

im Jahre 2009 neu gewählt oder gebildet werden müssen, innerhalb des neuen Rahmens bestimmt werden können.

Machtverhältnisse Europa vor die Frage stellen wird „Wie bewahren wir unsere europäische Lebensform?“ Es reiche nicht

HOHE AMERIKANISCHE ERWARTUNGEN AN DIE DEUTSCHE PRÄSIDENTSCHAFT

Berlin – Brüssel – Washington

„Deutsche, sagt JA zu Europa.“: Dieser Satz klingt aktuell, ist tatsächlich aber fast dreißig Jahre alt. Aussagen wie diese fanden sich auf europapolitischen Plakaten, die

das Büro Washington der FES anlässlich eines Symposiums zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft zu einer Posterausstellung zusammengetragen hatte. Damit sollte nicht

nur die lange Entstehungsgeschichte, sondern auch das für viele US-Amerikaner abstrakte und komplexe Gebilde EU anschaulich gemacht werden. Das Symposium, das

gemeinsam mit der Europaparlamentarierin Erika Mann und dem Koordinator für die deutsch-amerikanischen Beziehungen, Karsten Voigt, stattfand, brachte zahlrei-

che Vertreter der Politik, der amerikanischen Regierung, der Botschaften, der Wirtschaft und auch Studierende zusammen. Während der Diskussion mit Peter Chase vom U.S. Department of State und Prof. Stephen Szabo von der Johns Hopkins University wurde deutlich, dass sowohl Europa als auch die USA aus einer Position der Schwäche agierten, beide aber Interesse an einem jeweils starken Partner haben. Die USA seien vor allem in ihrer Nahostpolitik geschwächt und hätten ihre Glaubwürdigkeit in der Region verspielt. Europa habe nach der gescheiterten EU-Verfassung mit einer geschwächten Integration zu kämpfen. Insofern war es eine der zentralen Erwar-

tungen an Deutschland, neue Möglichkeiten für die Verfassung auszuloten. Kritische Anmerkungen auf beiden Seiten gab es vor allem mit Blick auf die Sicherheitspolitik. Zwar wurde betont, dass sich Deutschland in den

vergangenen fünfzig Jahren von einem Sicherheitskonsumenten zu einem Sicherheitsexporteur entwickelt habe, aber globale Konflikte verlagerten

den sicherheitspolitischen Fokus der transatlantischen Beziehungen heute auf Gebiete außerhalb Europas. Deutschlands Weigerung, Soldaten nach Südafghanistan zu schicken wurde ebenso kritisiert wie der mangelnde Konsens in

der NATO in Bezug auf Missionen und Einsatzregeln. Karsten Voigt forderte von den amerikanischen Partnern, dass die NATO das Zentrum einer strate-

gischen Sicherheitsdebatte bleiben müsse. Beispiel dafür sei das amerikanisch-indische Atomabkommen, das Auswirkungen auf die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen habe und das die USA vorher mit ihren europäischen Partnern hätten abstimmen sollen. Zur Sprache kam aber auch das verbesserte Verhältnis zwischen beiden Ländern. Deutschland werde von den USA wieder verstärkt als Partner wahrgenommen. Allerdings müssten sich die USA laut Stephen Szabo darauf einstellen, dass Deutschland und Europa zukünftig weniger „atlantisch“ orientiert seien und dass sich viele Deutsche nicht mehr nur als „Juniorpartner“ der USA sähen.

Defizite und Erfolge – European Strategic Forum 2007

Das jährliche European Strategic Forum der FES tagte 2007 in Brüssel, nachdem es in den Jahren zuvor in London und Warschau Station gemacht hatte. Im Gelände von Val Duchesse, wo auch schon die Römischen Verträge verhandelt worden waren, konzentrierte sich der Kreis aus Experten und Entscheidungsträgern auf die Frage, wie die Europäische Union ihre Einsätze im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik verbessern kann.

Am Beispiel der Einsätze im Kongo und Kosovo konnte gezeigt werden, dass die EU schon einige Lektionen aus den bisherigen Missionen gelernt hat und in der Einbindung der lokalen Akteure und der Absprache der aus unterschiedlichen Ländern stammenden Einsatzkräfte Fortschritte gemacht

hat. Insbesondere die Mission im Kongo wurde als Erfolg der EU eingestuft. Allerdings wurde sie als „großer Schritt für die EU und kleiner Schritt für den Kongo“ bewertet, weil die Auswirkungen auf die langfristige Stabilisierung des zentralafrikanischen Landes eher gering sind. Die dennoch weiterhin vorhandenen Abstimmungsschwierigkeiten wurden auch auf die Vielzahl an Institutionen zurückgeführt, die an der Außenpolitik im breiten Sinne mitwirken. Daneben wurden in der Koordination mit Partnerorganisationen wie der Afrikanischen Union, den Vereinten Nationen und der NATO Defizite festgestellt.

Keine gemeinsame Armee

Die Diskussion um die Stationierung von Teilen eines US-Raketenabwehrsystems in Tschechien und Polen sowie das iranische Nuklearprogramm verhalfen dem Thema einer Konferenz der FES am 19. März zu besonderer Aufmerksamkeit: die Außen- und Sicherheitspolitik Europas im 21. Jahrhundert.

Mit Egon Bahr, der kurz zuvor seinen 85. Geburtstag feierte, gelang es der FES für diese Veranstaltung einen der sicherlich bedeutendsten Außenpolitiker sowohl der Bundesrepublik als auch der deutschen Sozialdemokratie zu gewinnen. Bahr formulierte

in seinem Vortrag drei Thesen, die in der anschließenden Diskussion immer wieder aufgegriffen wurden.



Von links nach rechts: Dr. Wolfgang Gerhardt, MdB, FDP; Walter Kolbow, MdB, Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion; Moderation: Dr. Rolf Mützenich, MdB, SPD-Bundestagsfraktion; Christian Schmidt, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verteidigung; Jürgen Trittin, MdB, Bündnis 90/Die Grünen (Foto: Zensen)

Demnach werden auch in den nächsten 20 Jahren die USA eine militärisch überlegene Macht bleiben, auch künftig im Nahen und Mittleren Osten Einfluss ausüben und an

einer militärischen Stärkung Europas kein Interesse zeigen. Wolle sich Europa langfristig nach den

USA, Russland, Indien und China als fünfter „Machtpol“ etablieren, so müsse es die sich stellenden Herausforderungen annehmen. Sowohl bei der Reform des UN-Sicherheitsra-

tes als auch bei der Neuausrichtung der NATO sei eine aktive Beteiligung Europas gefordert, so das Ergebnis des ersten Diskussionspanels.

Das zweite Panel war sich einig, dass es keine geschlossene Sicherheitsstruktur Europas gibt und es aufgrund der unterschiedlichen nationalen Interessen der Mitgliedsstaaten auch keine gemeinsame Armee im Europa der 27 geben wird. Beendet wurde die Konferenz durch eine Rede von Kurt Beck, in der er sich deutlich gegen die Stationierung von Teilen eines Raketenabwehrsystems in Osteuropa aussprach.

EGON BAHR IN BRÜSSEL

Ein Sprecher Europas

Der Posten des „Sprechers der Europäischen Union“ existiert zwar nicht, sollte er aber geschaffen werden, so sei Egon Bahr der aussichtsreichste Kandidat dafür. Dies war das mit viel Beifall bedachte Resümee eines Zuhörers von Bahrs Vortrag über Chancen einer „neuen

Ostpolitik“ in der FES-Brüssel. Der Bogen,



den der „Architekt der deutschen Ostpolitik“

dabei spannte, umfasste die transatlantischen Beziehungen, die innereuropäische Machtbalance sowie die globalen Verschiebungen in den internationalen Beziehungen. Die Kernaussage des „SPD-Sicherheitsdo-

Benannte Chancen und Defizite Europas: Egon Bahr im Brüsseler Gesprächskreis der FES.

yens“ (FAZ) zielte dabei auf die Selbstbesinnung Europas. Die Europäische Union müsse sich aus eigenem Antrieb und eigener Kraft für eine aktive und selbstbestimmte Außen- und Sicherheitspolitik entscheiden und dafür auch die entsprechenden

Mittel und Strukturen bereitstellen. Egon Bahr befürwortete die Herausbildung eines Kerns in der Europäischen Union, der beispielsweise bei der Schaffung einer Europäischen Armee vorgehen und damit die sicherheitspolitische Integration vor-

rantriebem könnte. Die Klarheit der globalen Konzeption im Vortrag Egon Bahrs, der dazu immer wieder Anekdoten aus seiner Zeit mit Willy Brandt einstreute, sowie seine klare Sprache, die die Defizite Europas, aber auch seine Chancen ungeschönt benannte, wur-

den von den Gästen aus den europäischen Institutionen mit Begeisterung aufgenommen. Den Job als „Sprecher der Europäischen Union“ lehnte er dennoch ab: „Mit 85 macht man keinen Neuanfang mehr.“

PODIUMSDISKUSSION ÜBER DAS TRANSATLANTISCHE VERHÄLTNIS

Nicht immer auf Augenhöhe

Die transatlantischen Beziehungen haben in jüngster Zeit so manche Krisen und Konflikte durchlebt. Und doch ist das transatlantische Verhältnis besser als sein Ruf. So zumindest der Tenor einer Podiumsdiskussion, die die FES zusammen mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin organisierte. Die transatlantische Partnerschaft wurde dabei vor allem aus zwei Perspektiven betrachtet. Die erste Perspektive stellt die Wirtschaft in den Vordergrund und wurde von Dr. Daniel W. Drezner (Associate Professor of International Politics, Tufts University), und Dr. Gerhard Sabathil (Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission, Berlin) beleuchtet. Die USA

und die EU pflegen in diesem Bereich einen Dialog auf Augenhöhe und streben gemeinsam eine stärkere wirtschaftliche Integration an. Die zweite Perspektive, vertreten durch Julianne Smith (Director und Senior Fellow, Center for Strategic and International Studies) und Karsten D. Voigt (Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt), zeigt ein anderes Bild der transatlantischen Partner: Im Bereich der Sicherheitspolitik steht der Supermacht USA ein Europa gegenüber, dass sich bei Weitem nicht auf Augenhöhe befindet. Sowohl hinsichtlich der außenpolitischen Geschlossenheit als auch mit Blick auf Ausrüstung und Um-

fang der Streitkräfte steht Europa im Schatten der USA. Gerade hier sind denn auch die Erwartungen und Hoffnungen der Europäer an die nächste US-Administration hoch. Smith mahnte

jedoch europäischen Realismus an: Auch mit jedem anderen amerikanischen Präsidenten würden einige zentrale Meinungsverschiedenheiten zwischen der EU und den USA fortbestehen.



Im Vorfeld des Europäischen Rates am 8. März tagten 15 europäische Staats- und Regierungschefs sowie verantwortliche Minister in den Räumen der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel. Die vertrauliche Diskussionsrunde erörterte die beim Europäischen Rat anstehenden Themen der Energiepolitik sowie mögliche Wege aus der Verfassungskrise. Außenminister Frank-Walter Steinmeier erläuterte als Ratspräsident den Stand der Verhandlungen zum europäischen Verfassungsvertrag. (Unser Bild: Der Bundesaußenminister wurde vom Leiter des FES-Büros Brüssel, Ernst Stetter, begrüßt.)

Der FES-Menschenrechtspreis 2007

Zentralasien – im Zickzack zur Demokratie

— ALS DR. JEVGENIJ ZHOVTIS IN DEN SIEBZIGER JAHREN SEINE MUTTER DABEI BEOBACHTETE, wie sie damals in der Sowjetunion Schriften im Ofen der Küche verbrannte, um so verbotene Lektüre vor einer anstehenden Wohnungsdurchsuchung durch Sicherheitsorgane verschwinden zu lassen, begriff er die Ungerechtigkeit eines autoritären Regimes.



Der Träger des FES-Menschenrechtspreises 2007 Dr. Jevgenij Zhovtis erhielt die Urkunde von der FES-Vorsitzenden Anke Fuchs überreicht. (Foto:Altekruse)

Der Kasache beschloss, sich für die Kritiker des Regimes einzusetzen und die in der Verfassung garantierten Menschenrechte einzufordern. Der promovierte Bergbauingenieur sattelte um und wurde Jurist. Seit der Unabhängigkeit des zentralasiatischen Staates Kasachstan gehört der Leiter des kasachischen internationalen Menschenrechtsbüros auf seinem Gebiet zu den profiliertesten Advokaten seines Landes, ja der ganzen Region. Dafür erhielt Zhovtis

den Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung 2007. Die Verleihung fällt in die Zeit, da die Europäische Union unter deutscher Ratspräsidentschaft ein neues Zentralasienkonzept vorbereitet: ein schwieriges Unterfangen. Zum einen ist die Lage der Menschenrechte in der Region problematisch, zum anderen locken die Energiereserven Erdöl und Erdgas. Staatsminister Gernot Erler, der vor über 400 geladenen Gästen im Veranstaltungssaal der

FES in Berlin die Laudatio auf den Preisträger hielt, warnte denn auch vor zuviel Geostrategie in Zentralasien: „Wo der Elefant der strategischen Interessen herumtrampelt, bleibt die Grasnarbe der Rechte des Einzelnen meist nicht unangetastet.“ Dem stimmte der Preisträger ausdrücklich zu. Denn die vier Feinde der Menschenrechte, so Zhovtis, sind Erdöl, Erdgas, Krieg gegen den Terror und geostrategische Interessen. Und Kasachstan beherberge alle vier. Und in den rohstoffreichen Republiken Turkmenistan und Usbekistan sehe es ähnlich aus. Er wies in seiner Dankesrede auf eine „Krise in den internationalen Verpflichtungen im Bereich der Rechte und Freiheiten des Menschen“ hin. Zhovtis bemängelte die Politik des doppelten Standards und den Vorrang „der staatli-

chen Interessen vor den individuellen Rechten und Freiheiten“. Stabilität sei wichtig, so der Preisträger, aber eine institutionelle Stabilität im Sinne der Rechtsstaatlichkeit und keine, die die Privilegien von Einzelpersonen zementiert. Für die Eliten Kasachstans – und der meisten anderen Länder der Region – habe aber Machterhalt die Priorität. So sei es keine leichte Aufgabe, in dieser politischen Atmosphäre eine Zentralasienstrategie zu konzipieren. Doch Zhovtis ist guten Mutes: „Dialog ist natürlich besser als kein Dialog, doch ein Dialog muss zu einem Ergebnis führen.“ Und es ist wichtig, so fährt er fort, „dass wir ungeachtet aller Zickzacks doch in Richtung Freiheit und Demokratie vorankommen und auch ankommen werden.“

Wirtschaft wichtiger als Werte?

Die Beziehungen zwischen Russland und seinen westlichen Nachbarn waren seit dem Zerfall der UdSSR selten schlechter als in der jüngsten Vergangenheit. Auf diese schwierige Situation antwortete die deutsche Ratspräsidentschaft mit einem Schwerpunkt zur neuen Ostpolitik, der auch den Rahmen für den Gesprächskreis „Partnerschaft mit Russland in Europa“ bot. In diesem Diskussionsforum kamen Ende März zum fünften Mal hochrangige Politiker, Wissenschaftler und Vertreter zivilgesellschaftlicher Institutionen zu intensiven Gesprächen zusammen. Zu den Teilnehmern gehörten neben Staatsminister Gernot Erler, der stell-

vertretenden Fraktionsvorsitzenden Angelica Schwall-Düren und dem russische Botschafter in Deutschland Wladimir Kotenew auch zahlreiche Experten und Entscheidungsträger aus Deutschland, Russland und weiteren europäischen Ländern.

In den Diskussionen wurde deutlich, dass für die russischen Teilnehmer vor allem zwei

Dinge von Bedeutung sind: zum einen die ökonomischen Aspekte der Zusammenarbeit, die möglichst frei sein sollte von den „philosophischen“ Fragen zu geteilten Werten; zum anderen eine Partnerschaft auf Augenhöhe, die durch die gewachsene ökonomische wie politische Bedeutung Russlands gerechtfertigt sei. Aber für einige europäische Teilneh-

mer sind rein ökonomische Aspekte kaum ausreichend, um eine belastbare Partnerschaft herzustellen. Vielmehr bedarf es aus ihrer Sicht einer tiefergehenden Zusammenarbeit im politischen Bereich, die auch ein gemeinsames Wertefundament mit einschließt. Ein möglicher Weg aus diesem Dilemma wurde zum Abschluss der Konferenz skizziert: Analog zur historischen Entstehung der Europäischen Gemeinschaft durch die Zusammenarbeit bei Kohle und Stahl wäre eine Zusammenarbeit im Energiesektor denkbar, von dem aus sich eine weitergehende politische Zusammenarbeit entwickeln könnte.



Plädierte für eine Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe: der russische Botschafter in Deutschland, Wladimir Kotenew. (Foto: Unger)

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Anlässlich des Jubiläums der Römischen Verträge hatte die FES-Moskau im Rahmen einer Seminarreihe mit dem Moskauer Europa-Institut zur Diskussion über die **Perspektiven der EU-Russland-Beziehungen** geladen. Im Zentrum stand die „neue Ostpolitik“ der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Man kam überein, dass gegenüber Zentralasien ein klarer Weg eingeschlagen werden müsse, der im gegenseitigen Wissen über die Ziele des anderen gegangen werden sollte. Trotz hitziger Diskussion über gemeinsame Werte und Zielvorstellungen kamen die Teilnehmer zu einer optimistischen Einschätzung der Zukunft. + + +

+ + + Im Rahmen der Deutschen Ratspräsidentschaft beteiligte sich die deutsche Botschaft in Belgrad an dem inzwischen traditionellen **1.-Mai-Empfang** der FES. Die Vorsitzenden der wichtigsten Gewerkschaftsdachverbände sowie ihrer Branchenorganisationen, die Führungsspitze der Arbeitgeberorganisation, Vertreter von Hilfsorganisationen aus Österreich, Italien und der Schweiz, einheimische NGOs sowie Frauen- und Jugendsektionen der Gewerkschaften fanden sich bald in bunt gemischten Gesprächen zusammen. + + +

Konzept „Menschliche Sicherheit“

Die künftige Sicherheitspolitik der EU muss sich am Konzept der „menschlichen Sicherheit“ („Human Security“) orientieren und auch außerhalb der Grenzen der EU den Schutz des Einzelnen und der Gemeinschaft vor existenziellen Bedrohungen för-

Group. Auf Einladung der FES in Portugal tagte die Study Group am 11. Mai in Lissabon, wo sie ihr Konzept vorstellte und ihre Ideen mit Vertretern der im Juli beginnenden portugiesischen Ratspräsidentschaft diskutierte. Die Human Security

Leben gerufen. Die Studiengruppe wird von Prof. Mary Kaldor (London School of Economics) geleitet, weitere Mitglieder sind u.a. General Dr. Klaus Reinhardt, ehemaliger Oberbefehlshaber der KFOR, und Narcis Serra, ehemaliger spanischer Verteidigungsminister. Auch die FES ist mit Stefanie Flechtner vertreten. Ziel der Study Group ist es, den Leitgedanken der „menschlichen Sicherheit“ in der europäischen Sicherheitspolitik zu stärken und das Konzept so zu gestalten, dass es auch in der sicherheitspolitischen Praxis zum Einsatz kommen kann. Auf der Tagesordnung des Seminars stand die Vorstellung des Gesamtkonzepts, aber

auch dessen Umsetzung an zwei Fallbeispielen: die Krisenregion des Nahen Ostens und der bevorstehende EU-Einsatz im Kosovo. Die gewählten Fallstudien machten deutlich, dass dem Aspekt der „menschlichen Sicherheit“ von der internationalen und europäischen Sicherheitspolitik weiterhin zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Ohne eine entschlossene Politik zur Förderung der individuellen, physischen und materiellen Sicherheit der Menschen vor Ort wird sich jedoch keine der beiden Krisenregionen nachhaltig befrieden lassen. Die EU sollte ihre noch junge Sicherheitspolitik in Zukunft entschlossen auf dieses Ziel hin ausrichten.

dern – so lautet die zentrale Botschaft der Human Security Study

Group wurde 2003 auf Anregung von Javier Solana ins

EU – CHINA

Sicherheitspolitische Ziele

Im Zeichen der Verhandlungen über ein neues Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und China, stand im Mai eine Konferenz der FES in Peking, der Internationalen Abteilung beim ZK der KPC und der

Chinese Association for International Understanding (CAFIU). Sicherheitspolitische Ziele beider Seiten wurden erörtert und Kooperationsmöglichkeiten ausgelotet. Die deutsche Expertengruppe um Walter Kol-

bow, stv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, traf auf rund 40 chinesische Spitzenvertreter aus Politik und Wissenschaft von mehr als 20 Institutionen. Beide Seiten stellten dabei ihre jeweiligen

Bedrohungsszenarien heraus. Insbesondere die Unsicherheit durch fragile Staaten für die regionale Stabilität im Mittleren Osten werteten beide Seiten mit Besorgnis. Es herrschte Einigkeit, dass nur ein erweiterter Sicher-

heitsbegriff, der die ökonomische, soziale und ökologische Dimension von Sicherheit einschlieÙe, den künftigen Herausforderungen gerecht werde. Die deutschen Experten, darunter auch die Abgeordneten Rolf Mützenich und Jörn Thießen sowie der ehemalige Verteidigungsminister Rudolf Scharping, verwiesen auf die europäische Perspektive, die unkonventionellen Risiken ein besonderes Augenmerk schenkt. Gerade im Hinblick auf Asien betrachte man deshalb mit Sorge, dass Verfahren zur friedlichen Streitbeile-

gung noch kaum institutionell verankert seien. Besonders beunru-



Der deutsche Botschafter in China, Dr. Volker Stanzel und Walter Kolbow, MdB nahmen von deutscher Seite an der FES-Konferenz in Peking teil.

higend sei, dass die regionalen Konflikte um die Koreanische Halbinsel, Taiwan und Kaschmir alle eine nukleare Dimension besäÙen. Die chinesische Seite unterstrich hingegen,

dass die Taiwanfrage, ungeklärte Grenzfragen und instabile Be-

ziehungen zu den Anrainerstaaten Japan und Nord- und Südkorea originär chinesische Probleme seien. China behalte sich deshalb weiterhin seine eigene Vorgehensweise vor. Auf der Su-

che nach Kooperationsmöglichkeiten lieÙen die Interessen eine breite Schnittmenge erkennen. Um das Wachstum der beiden Volkswirtschaften weiterhin zu garantieren, seien stabile Außenbeziehungen und der Zugang zu Energie und Rohstoffen zu gewährleisten. Die Grundlagen für die Zusammenarbeit seien zwar solide und gut, doch müssten ordnungspolitische Regelwerke ausgebaut werden. Die chinesische Seite bekräftigte ihren Willen zur vertieften Zusammenarbeit im Rahmen von internationalen Organisationen.

EU-CHINA DIALOG ZUR SICHERHEITSPOLITIK

Geteilte Besorgnisse

„In den vorhergegangenen Workshops zu Global Governance wären so offene Diskussionen über sensib-

le Aspekte der Sicherheitspolitik nicht möglich gewesen“, urteilte Gudrun Wacker von der Stiftung Wissen-

schaft und Politik anlässlich des fünften Shanghai Workshop on Global Governance. Der Workshop wurde im Rahmen der bewährten Partnerschaft gemeinsam von der FES und dem Shanghai Institute for International Studies (SIIS), einem Think Tank für internationale Beziehungen in China, veranstaltet. An der diesjährigen Konferenz beteiligten sich 50 Wissenschaftler, Parlamentarier und Repräsentanten regionaler

Organisationen aus Deutschland, China und neun anderen europäischen und asiatischen Staaten (Indien, Indonesien, Thailand, Japan, Korea, Polen, Schweden, die Niederlande und Italien), unter ihnen auch Johannes Pflug, Mitglied des deutschen Bundestags und Vorsitzender der deutsch-chinesischen Parlamentariergruppe und der ehemalige Außenminister Thailands, Dr. Surin Pitsuwan.

Internet-Focus „Europa“

Der FES-Internet-Focus „Europa“ hat die deutsche EU-Ratspräsidentschaft sechs Monate lang hindurch begleitet: Zu sieben Fragen der Ratspräsidentschaft wurden Beispiele aus der Arbeit, Publikationen sowie aktuelle Veranstaltungen präsentiert. Auf die kritische Untersuchung der Ziele des EU-Vorsitzes folgte die EU-Verfassung, passend zum 50. Jubiläum der Römischen Verträge. Im Vorfeld der entsprechenden Ministerkonferenz wurde der Schwerpunkt „Soziales Europa“ vorgestellt, während im Anschluss das Themendreieck „Energie-Nachhaltigkeit-Innovation“ behandelt wurde, gefolgt vom Querschnittsthema bürgernahes Europa. Aus Anlass des G8- und EU-Russland-Gipfels im Mai und Juni standen die „Europäische Nachbarschaft“ und „Europa in der Welt“ auf dem Programm.

Die Informationen sind weiterhin dokumentiert:

www.fes.de/aktuell/ak_ruec.htm

Neues Projekt der FES
zur Energiesicherheit im
21. Jahrhundert

Das globale Thema

— OB ERDÖL, ERDGAS ODER ANDERE ENERGIETRÄGER, die Weltwirtschaft braucht eine sichere Energieversorgung. Die weltweite Nachfrage nach Energie ist stark gestiegen, nicht jedoch die Produktion, was dazu geführt hat, dass die Energiepreise explodiert sind und die Nachfragerländer sich mittlerweile in einem Wettlauf um die Rohstoffe befinden.



Beschrieb Wege zu
mehr Energiesicherheit:
Bundesumweltminister
Sigmar Gabriel. (Foto:
Schicke)

Hinzu kommt, dass gerade bei den fossilen Energieträgern wie Erdöl und Erdgas neben die Frage der Versorgungssicherheit die Frage des Klimaschutzes tritt.

Die Länder der Europäischen Union sind als Netto-Verbraucherländer in besonderem Maße von dieser Entwicklung betroffen. Sie haben in der Vergangenheit eigene Strategien zur Sicherung ihrer Energieversorgung entwickelt und sind dabei zu unterschiedlichen Ergebnissen gekommen. Es ist aber offensichtlich, dass Energiesicherheit in

Europa im nationalen Rahmen nicht mehr zu gewährleisten ist.

Die FES hat vor diesem Hintergrund Ende 2006 das Projekt „Energiedialog Europa“ begonnen. Es räumt der Tatsache, dass Energiepolitik an der Grenze nicht aufhört, zentrale Bedeutung ein und geht der Frage nach, wie die nationalen Politiken der Versorgungssicherung durch eine europäische Energiepolitik ergänzt werden können.

Das Projekt ist vor dem Hintergrund der deutschen Doppelpresidentschaft von EU

und G8 zu sehen: In beiden internationalen Foren war und ist die Energieproblematik ein Schwerpunkt.

Als Einstieg wurden Anfang des Jahres in sieben ausgewählten europäischen Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen, Spanien und Ungarn) Studien über die jeweilige nationale Energiepolitik erstellt. Diese Studien wurden im Rahmen von Länderworkshops diskutiert. Darauf aufbauend veranstaltete die FES am 5. März eine internationale Konferenz in Berlin, auf der die Ergebnisse aus den nationalen Workshops zusammengebracht und bewertet wurden.

Hierbei wurde deutlich, dass die einzelnen Staaten auch zukünftig nur sehr eingeschränkt ihre energiepolitische Kompetenz an die europäische Ebene abzugeben bereit sind. Die Erhöhung der Energieeffizienz und des Anteils

der erneuerbaren Energien, wie sie von Bundesumweltminister Gabriel in seinem Vortrag als Schlüsselement zur Lösung der Energiesicherheit beschrieben wurde, wird auch in den meisten Ländern als zentrales Anliegen gesehen. Hier werden für die Zukunft eine stärkere Führungsrolle und weitere Rahmenseetzungen der europäischen Institutionen erwartet.

Schon zu Beginn des Projektes wurde klar, dass der Energiedialog, den es zu führen gilt, auch nicht auf Europa beschränkt werden kann. In der zweiten Hälfte des Jahres werden zusätzlich Studien in energiepolitisch bedeutenden Ländern auch außerhalb der EU erstellt und vor Ort diskutiert.

MEHR ZUM THEMA

Der aktuelle Stand des Projektes unter:
www.fes.de/international/wil/energie.htm

Europa als Vorreiter

Kann die EU eine Vorreiterrolle beim weltweiten Klimaschutz übernehmen? Wie kann es ihr dabei gelingen, die anderen wichtigen Akteure in den USA und den Schwellenländern des Südens einzubinden? Diesen Fragen widmete sich eine deutsch-britische Dialogveranstaltung, zu der Ende Mai das Londoner Büro der FES in Zusammenarbeit mit der bri-

tischen Action for Global Climate Coalition, der deutschen Botschaft und der Vertretung der Europäischen Kommission in Großbritannien eingeladen hatte. Eine Gruppe von Abgeordneten aus dem Deutschen Bundestag, dem britischen Unter- und Oberhaus, der Klimaschutzbeauftragte der Britischen Regierung, John Ashton, und weitere Experten aus der Londo-

ner City, Europäischen Institutionen, Umweltorganisationen und Wissenschaft diskutierten in drei Panels die Perspektiven einer EU-Führerschaft beim weltweiten Klimaschutz. Es existieren eine Vielzahl von sowohl technisch wie ökonomisch viel versprechende Möglichkeiten, um eine Führungsrolle in Sachen Klimaschutz und Umwelttechnik zu reali-

sieren, machten die beiden SPD-Abgeordneten Ulrich Kelber und Reinhard Schultz in ihren Beiträgen deutlich. Die hierfür notwendigen finanziellen Mittel, so ein Teilnehmer aus der Londoner City, seien vorhanden. Allerdings müsse schnell Klarheit über die Ziele und Wege geschaffen werden, damit die technische Umsetzung garantiert werden könne.

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Norwegens vorausschauende Energieaußenpolitik im europäischen Kontext war das Thema einer **Vortragsveranstaltung mit dem norwegischen Außenminister Jonas Gahr Store** (Bild) und der



stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Angelica Schwall-Düren. Norwegen profiliert sich als verlässlicher Partner der EU, dem es gleichermaßen um Energiesicherheit wie um Klimaschutz geht und der energiepolitische Interdependenz für zukunftsweisender hält als Konflikte um begrenzte Energieträger. + + +

+ + + Innerhalb der Wirtschaftskooperation der Schwarzmeerländer (BSEC) gibt es bereits eine

Zusammenarbeit im Bereich der Energiepolitik. Eine Konferenz der FES im bulgarischen Sofia, brachte Teilnehmer/innen aus den Schwarzmeeranrainerstaaten und Aserbaidschan sowie Vertreter/innen aus den europäischen Institutionen, dem diplomatischen Korps und den Medien zusammen, die Lösungsvorschläge für die zu erwartenden **Probleme bei der Energieversorgung** sowie über mögliche Formen der Kooperation diskutierten. + + +

+ + + In Großbritannien wie in den USA besteht eine gewisse Erwartung, dass Deutschland in Zukunft weniger als früher in der Lage sein wird, die EU in ihrem Sinne zu formen und Konzepte der deutschen bundesstaatlichen Struktur auf die Ebene der EU zu projizieren. So das Ergebnis eines Seminars der FES zur deutschen EU-Präsidentschaft und der **Zukunft der Europäischen Verfassung** Anfang März in Edinburgh. Die Teilnehmer der Veranstaltung in Zusammenarbeit mit dem Europe Institute der Universität Edinburgh kamen aus wissenschaftlichen Einrichtungen Deutschlands, Großbritanniens und der USA, von Medien und aus der Schottischen Exekutive. + + +

Willy-Brandt-Foren in der FES Brüssel

Spanische Sicht auf Europa

Die Demokratisierung Spaniens und seine Heranführung an Europa, die Unterstützung durch Willy Brandt auf diesem Weg in seiner Funktion als Bundeskanzler, Parteivorsitzender und Präsident der Sozialistischen Internationale, die spanische Sicht auf das Europa der Gegenwart und seine Zukunft: Der Bogen, den Alfonso Guerra González beim 6. Willy-Brandt-Forum in der FES Brüssel spannte, war breit. Der Vorsitzende des konstitutionellen Ausschusses des Spanischen Parlaments und Präsident der Fundación Pablo Iglesias berichtete wie Brandt sich für die Einbindung der spanischen Demokraten in Europa einsetzte, noch bevor die Franco-Diktatur zu Ende ging. Als Abgeordneter der

„ersten Stunde“ und Vize der Regierung, die Spanien in die Europäische Gemeinschaft führte, zeichnete er ein lebendiges Bild des intellektuell ausgebluteten Spaniens unter Franco.

Den spanischen Demokraten verdeutlichte Willy Brandt, welche Bedeutung die Beachtung fundamentaler Normen und des Rechts auf dem Weg in eine Demokratie haben und sicherte ihnen die Unterstützung Europas zu. Alfonso Guerra González betonte, dass die spanische Unterstützung für eine fortschreitende Integration Europas stabil bleiben wird. Der „Europeismo“ sei ein fester Bestandteil der politischen Kultur des Landes geworden.

Über die Tagespolitik hinaus

Das siebte Willy-Brandt-Forum im Brüsseler Europa-Büro der FES stand ganz im Zeichen der Ostpolitik. Es war eine europäische Perspektive auf Russland, die Nachbarschaftspolitik und Zentralasien. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Erler, präsentierte dazu die Ideen und Konzepte der deutschen Ratspräsidentschaft. So ist Russland als Partner in der Energiepolitik wichtig, aber auch in Konfliktfeldern wie Kosovo, Iran und dem Nahen Osten. Die Sicherung der Energiezufuhr und die Diversifizierung der Lieferbeziehungen sind auch ein zentraler Aspekt der europäischen Strategie gegenüber der Schwarzmeer-

Region und Zentralasien. Daneben hegt die EU in diesen Regionen auch Sicherheitsinteressen, da z. B. 80% der illegalen Migration durch den Schwarzmeerraum nach Europa kommt.

Was Willy Brandt gegenüber den Staaten des Warschauer Paktes erfolgreich umgesetzt hatte, bringt die deutsche Ratspräsidentschaft heute auf europäischer Ebene ein: die Strategie der Verflechtung, die Einbindung der östlichen Nachbarstaaten in strukturelle Dialoge über Werte und damit die Herstellung von Beziehungen, die unabhängig von tagespolitischen Ereignissen nachhaltig verbessert werden.

DIE EUROPÄISCHE STADT

Lebendig, bunt und nachhaltig

Die Städte Europas verfügen über einzigartige kulturelle und bauliche Qualitäten, große soziale Integrationskräfte und außergewöhnliche ökonomische Entwicklungschancen. Sie sind Wissenszentren und ihre Bewohner/innen schaffen Wachstum und Innovation. Zugleich herrschen in den

Städten aber auch soziale Ungleichheit, Ausgrenzung und Umweltprobleme. Auf Dauer können die Städte ihre Funktion als Träger gesellschaftlichen Fortschritts nur wahrnehmen, wenn es gelingt, die soziale Balance innerhalb und zwischen den Städten aufrechtzuerhalten und ihre kulturelle

Vielfalt zu schützen. Die Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt, die im Mai 2007 im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft verabschiedet wurde, fordert zur Erreichung dieser Ziele ein koordiniertes Handeln aller an der Stadtentwicklung beteiligten Personen und Institutionen ein. Auf

einer Veranstaltung des Arbeitsbereichs BerlinPolitik der FES „wurde der Entwurf der Leipzig Charta mit Vertreter/innen der Bundesregierung, der Berliner Landesregierung und Wiens mit besonderem Augenmerk für die benachteiligten Stadtquartiere beraten.“ Leipzig Charta: www.bmvbs.de

Initiativen zur Rettung der Substanz

Spanien hat als erstes Land den Europäischen Verfassungsvertrag per Referendum ratifiziert. Seit den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden hat Spanien eine Initiative zur Rettung der Substanz des Vertragswerks gestartet und die 18 Länder, die den Verfassungsvertrag bereits ratifiziert ha-

ben, zu einer Konferenz zusammengeführt. Die FES in Madrid hat diese Debatte insbesondere mit zwei Veranstaltungen unterstützt. Auf einer Podiumsdiskussion am Vortag der vom spanischen Außenministerium einberufenen Konferenz der 18 „Verfassungsfreunde“ wurde die technische Expertendebatte einer grö-

ßeren Fachöffentlichkeit zugänglich gemacht. Diese Podiumsdiskussion ebenso wie eine weitere Diskussionsveranstaltung mit dem ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments, Enrique Barón, und Barbara Lippert, stellvertretende Direktorin des Instituts für europäische Politik, machte deutlich, dass in Spa-

nien ein breiter politischer Konsens herrscht, die Substanz des Verfassungsvertrags möglichst weitgehend zu erhalten. Insbesondere von einer rechtsverbindlichen Stärkung des sozialen Europas erwarteten sich einige Diskutanten auch einen Impuls für eine stärkere Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der EU.

Blockade verhindern

Für einen schnellen Ausweg aus der Verfassungskrise plädierte das Europäische Netzwerk sozialdemokratischer Stiftungen (ENSoF) bei einer Tagung am 12. April in Brüssel. Um von den Gegnern der EU-Verfassung die Initiative

zurückzuerobern, diskutierten EU-Parlamentarier, Abgeordnete aus nationalen Parlamenten und Experten aus den Mitgliedstaaten ein von ENSoF vorbereitetes Thesenpapier. Darin wird vorgeschlagen, als Antwort auf die

Ängste der Bürger in einem separaten Vertrag die soziale Dimension und die Zukunftsaufgaben der Union stärker zu betonen. ENSoF entstand Ende letzten Jahres mit dem Ziel, unter der Koordination des Europabüros der FES gemein-

sam Projekte durchzuführen, die der europapolitischen Debatte Impulse aus sozialdemokratischer Perspektive verleihen sollen. Derzeit sind im Netzwerk 17 Stiftungen aus den alten und neuen EU-Mitgliedstaaten assoziiert.

Ein Europa der zwei Geschwindigkeiten?

Die Ausgestaltung des Europäischen Verfassungsvertrages stand im Mittelpunkt einer von der FES-Warschau in Zusammenarbeit mit der Polnischen Vereinigung für Integration „Europa“ am 11. April in Warschau veranstalteten Debatte.

Eingeladen waren u.a. Vertreter des Verfassungsausschusses des Europäischen Parlamentes sowie Vertreter der polnischen Regierung. Der Vorsitzende des Verfassungsausschusses, Jo Leinen, warb für die Notwendigkeit, einen Konsens

in der Vertragsfrage zu finden. Die Geduld der Verhandlungspartner sei begrenzt. Die Möglichkeit, dass sich eine EU der zwei Geschwindigkeiten entwickelt, sei keine gewünschte, aber durchaus mögliche Konsequenz. Die Phase der Stagnation

sei aus seiner Sicht überwindbar. Es gelte, nicht mit populistischer Rhetorik einen Keil zwischen Bevölkerung und EU zu treiben, sondern konstruktive Vorschläge zur Verbesserung der demokratischen Dimension zu machen.

EUROPÄISCHE GEWERKSCHAFTEN SCHÄRFEN IHR PROFIL

In die Offensive gehen

Die Gewerkschaften müssten stärker als bisher ihre Ideen für Soziales Europa, für Solidarität und für eine nachhaltige sozio-ökonomische Entwicklung artikulieren, daher das Motto „In die Offensive gehen“ für den 11. Kongress des Europäischen Gewerk-

Vertreter der europäischen Zusammen-schlüsse verschieden-ter Branchen, etwa dem Metall- und Bau-industrie sowie dem Dienstleistungssektor, internationale Be-obachter/innen sowie gewerkschaftsnahe Organisationen kamen im Mai in Sevilla für

Europa unter seinem Dach.

Neben den Spitzen der europäischen Gewerk-schaftsbewegung brachten EU-Kommis-sionspräsident José Manuel Barroso, Spa-niens Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero, Bundesar-beitsminister Franz Müntefering als Ver-treter der EU-Ratsprä-sidentschaft sowie der Präsident der Europäi-schen Zentralbank (EZB) Jean-Claude Tri-chet ihre Beiträge in die Debatten ein. Als Generalsekretär des im November 2006 neu gegründeten In-ternationalen Gewerk-schaftsbundes (IGB) wandte sich auch Guy Rider mit einem Gast-beitrag an die Dele-gierten. Wichtig waren auch Personalent-scheidungen: Wanja Ludby-Wedin (54) wurde mit 91% der ab-gegebenen Stimmen zur neuen Präsidentin

des EGB gewählt. Alle Mitglieder des letzten EGB-Sekretariats wur-den wiedergewählt. Wanja Lundby-Wedin formulierte in ihren Dankesworten bereits drei wesentliche Kern-themen ihrer nun vier-jährigen Amtszeit: das Engagement für die Einführung von Min-destlöhnen in Europa, die Verbreiterung der Mitgliederbasis der nationalen Gewerk-schaftsverbände sowie die Verbesserung der Gewerkschaftszusammenarbeit über euro-päische Grenzen hin-weg.

Die FES hat als eine von 50 Institutionen den Kongressteilneh-mer/innen ihre inter-nationale Gewerk-schaftsarbeit präsentiert und in kleinen Gesprächsrunden ihre Beziehungen zu deut-schen und europäi-schen Partnerorgani-sationen vertieft.

Auch die FES war auf dem 11. Kongress des Europäischen Gewerk-schaftsbundes mit In-formationen angeboten vertreten.



schaftsbundes (EGB). Europa dürfe nicht allein als Marktöff-nungsinstrument verstanden werden. Über 1.300 Gewerk-schafter/innen aus 34 europäischen Ländern,

vier Tage zusammen. Als Vereinigung von 81 nationalen Dachver-bänden und zwölf Branchenföderationen vereint der EGB insge-samt 60 Millionen Ar-beitnehmer/innen aus

KONFERENZ DER FES ÜBER EUROPÄISCHE SOZIALPOLITIK

Kein Patentrezept

Wie kann die Beteili-gung von Arbeitneh-merinnen und Arbeit-nehmern an den Un-ternehmensentschei-

dungen zu einem das Europäische Wirt-schafts- und Sozialmo-dell prägendem Ele-ment gestaltet wer-

den? Prof. Detlev Al-bers von der Universi-tät Bremen stellte be-reits in seinem Eröff-nungsvortrag einer

FES-Konferenz in Rom klar, dass das nach Os-ten erweiterte Europa trotz eines enormen Gefälles in Wirtschafts-

leistung, Wohlstand und sozialstaatlicher Versorgung Arbeitnehmerbeteiligungsformen nicht von der Überwindung dieses Gefälles abhängig machen kann: Auch das Nachkriegsdeutschland, das die Mitbestimmung einführte, war ja noch keineswegs eine reiche, prosperierende Volkswirtschaft mit hohen Löhnen. Zugleich liege aber auch auf der Hand, dass die einfa-

che Übertragung eines in einem Land erfolgreichen Partizipationsmodells nicht möglich sei. Erste Schritte sind jedoch, zum Beispiel mit den Europäischen Betriebsräten oder mit der europäischen Aktiengesellschaft, schon getan. Dass die „Kosten“ des Europäischen Sozialmodells richtig besehen Ressourcen des Modells sind, die seine hohe Kohäsion und Produktivität gewährleisten, muss ein

Leitgedanke sein, um erfolgreich gegen Versuche anzutreten, eine Abwärtsspirale zwischen den EU-Mitgliedsstaaten in Gang zu setzen.

Guido Montani (Universität Pavia) und Christian Kellermann (FES, Internationale Politikanalyse) demonstrierten in ihren Vorträgen, dass auch auf dem Feld der Fiskalpolitik große Anstrengungen zu unternehmen sind; Montani

zeigte, wie stark die Fiskalpolitik zum Feld nationaler Konkurrenzanstrengungen im europäischen Binnenmarkt geworden ist, und Kellermann entwickelte Ansätze eines Modells zur Steuerharmonisierung, das gerade dank europäischer Mindestregelungen den Nationalstaaten überhaupt erst wieder ein Mindestmaß an Handlungsfreiheit zurückgeben kann.

FORSCHUNGSPROJEKT DER INTERNATIONALEN POLITIKANALYSE

Steuern europäisch gestalten

Der Steuerwettbewerb in der EU ist in vollem Gange. Niedrige Unternehmenssteuersätze in einigen Mitgliedstaaten sorgen wiederum für Steuersenkungen in anderen Ländern und so geht die Abwärtsspirale immer weiter. Selbst wenn Steuern für Unternehmen nur eine Variable für die Kalkulation einer Investition sind, findet der Standortwettbewerb innerhalb der Europäischen Union der 27 Mitgliedstaaten zunehmend über den „Kostenfaktor“ Unternehmenssteuern statt. Die EU-Kommission und das Bundesfinanzministerium drängen

deshalb auf eine Harmonisierung der Steuersysteme in der Europäischen Union. Für dieses Projekt steht in



Mit immer kleinerer Münze gezahlt: Die Abwärtsspirale bei den Unternehmenssteuern dreht sich in Europa immer weiter. (Foto: Kintz/fotolia)

erster Linie die aktuelle europäische Reforminitiative in Gestalt einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsbemessungsgrundlage. Die Internationale Politikanalyse der FES greift

dieses sensible Thema mit einem Forschungsprojekt auf. Dessen Ausgangspunkt war eine Expertenkonferenz

im Dezember letzten Jahres. Die Beiträge der Konferenz sind in dem Sammelband „Steuern im europäischen Wettbewerb. Unterbieten oder gemeinsam gestalten?“ erschienen. Darauf

aufbauend wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben, das in der Europäisierung der Unternehmensbesteuerung den Rückgewinn nationaler Steuersouveränität sieht. Die beiden Autoren, Susanne Uhl und Thomas Rixen von der Jacobs University Bremen, argumentieren, dass es dafür eine Harmonisierung der Bemessungsgrundlagen und einen Mindeststeuersatz in Europa braucht. Nur so könne die Steuerlast in den Mitgliedsstaaten wieder fair zwischen Kapital und Arbeit verteilt werden.

ERGEBNISSE DES PROJEKTS

www.fes.de/internationalepolitik

Euromed-Sozialpartnerkonferenz in Berlin

Beschäftigungspolitik im Mittelmeerraum

„DIE PARTNERSCHAFT ZWISCHEN ZIVILGESELLSCHAFT UND REGIERUNGEN ist eine Voraussetzung für sozialen Fortschritt.“ Dies machte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier zum Auftakt der Sozialpartnerkonferenz „Beschäftigung und Sozialdialog im Rahmen der Euromediterranen Partnerschaft“ am 16. März deutlich, zu der das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, das Auswärtige Amt und die FES eingeladen hatten.

Bei dem Treffen im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsi-

anrainern darin überein, dass die bisherigen Ergebnisse hinter

schaftsbundes, Maria Helena André, dass starke Sozialpartner eine positive Rolle spielen könnten.

Europa sei ein Beispiel, kein Modell, das einfach kopiert werden könne, sagte Bundesarbeits- und Sozialminister Franz Müntefering. Die Grundbotschaft sei: „Zukunft ist gestaltbar, Fortschritt ist möglich, Rückschritt leider auch.“ Menschen müssten dazu befähigt werden, sich selbst in einen Wohlstand hineinzuzusammenschließen, so Müntefering. Die ägyptische Ministerin für Arbeitskräfte und Immigration, Aisha Abdel Hady, erklärte, ihr Land wolle alles tun, um den im März unterzeichneten Arbeitsplan mit der EU zu erfüllen. Notwendig sei in den südlichen Mittelmeerländern vor allem die Verbesserung der Ausbildung und der Be-

schäftigungssituation von Frauen. Eine Forderung, die auch der Algerier Habib Youssi als Vertreter der Vereinigung der Unternehmerverbände im Mittelmeerraum unterstrich.

„Sozialpartner müssen Verantwortung übernehmen, und Regierungen müssen sie einbeziehen“, forderte der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Gerd Andres. Die Konferenz bilde den Auftakt für weitere Initiativen. Das Beispiel der Gespräche zwischen Gewerkschaften, Unternehmensverbänden und Regierung in Marokko seit den 90er Jahren, die in die Annahme des neuen marokkanischen Arbeitsrechts mündeten, verdeutliche das Potential dieses Ansatzes.



Menschen müssen befähigt werden, sich selbst in Wohlstand hinein zu organisieren, so Bundesarbeitsminister Franz Müntefering während der Sozialpartnerkonferenz in Berlin. (Foto: Urban)

dentschaft wurde überhaupt zum ersten Mal das Thema Beschäftigung in dieser Form zwischen Ministern und Sozialpartnern der Euromed-Region erörtert. Mehr als elf Jahre nachdem die euromediterrane Partnerschaft in Barcelona aus der Taufe gehoben worden war, stimmten die rund 160 Vertreter von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Regierungen aus EU und südlichen Mittelmeer-

den Erwartungen zurückgeblieben seien. Dennoch bilde die euromediterrane Parlamentarierversammlung inzwischen eine wichtige Plattform für den Austausch. Der Barcelona-Prozess müsse nun mit Blick auf die soziale Dimension der Partnerschaft intensiviert werden. Die europäische Erfahrung zeige, so die stellvertretende Generalsekretärin des Europäischen Gewerk-

Wie finden die Türkei und Europa zusammen?

Eigentlich sollte es bei der Konferenz am 26. März weniger um das Für und Wider eines EU-Beitritts der Türkei gehen als vielmehr um den Versuch einer Analyse, durch welche Brillen sich die drei Länder Frankreich, Deutschland und die Türkei gegenseitig sehen. Das Pariser Büro der FES hatte in Zusammenarbeit mit dem außenpolitischen Think Tank IFRI und dem türkischen Unternehmerverband TÜSIAD deutsche, französische und türkische Politiker, Journalisten und Wissenschaftler nach Paris eingeladen, um die öffentlichen Debatten in den drei Ländern rund um das Thema Europa zu ergründen. Die Frage eines eventuellen EU-Beitritts der Türkei bildete

dabei unweigerlich den Bezugsrahmen für die Diskussionsrunden.

In Frankreich herrscht ein breiter Konsens darüber, dass die Türkei nicht reif für Europa und Europa nicht reif für die Türkei sei. Auch das „Nein“ zum europäischen Verfassungsvertrag wurde vielfach mit der Ablehnung einer möglichen Türkeiimitgliedschaft begründet.

In Deutschland ist das Bild komplexer, damit aber auch widersprüchlicher: zwar ist die öffentliche Meinung nicht weniger skeptisch in Bezug auf die Europareife der Türkei, doch die politischen Eliten sehen das Land aus europa-, aber auch innenpolitischen Gründen als Teil Europas, vorausgesetzt, es erledigt alle

der ihr aufgetragenen „Hausaufgaben“.

Der Motor des Aufbruchs der Türkei nach Europa ist nach der stellvertretenden TÜSIAD-Vorsitzenden Ümit Boyner die Wirtschaft; sie berichtete

men dynamischen Markt und eine junge, dynamische Bevölkerung. Fazit: Beide Seiten setzen auf den Faktor Zeit und hoffen, dass die Türkei in 10 bis 15 Jahren aus wirtschaftlichen und de-

von den enormen wirtschaftlichen Fortschritten und hob die positiven Aspekte hervor, die die Türkei als Mitgift nach Europa mitbringen würde: einen enor-

mographischen Gründen so sehr an Attraktivität für Europa gewinnt, dass sie uneingeschränkt als ein Gewinn betrachtet werden kann.

Europäische Nachbarschaftspolitik

Die Frage nach geregelten Beziehungen der erweiterten Union zu ihren neuen Nachbarstaaten im Osten und Süden rückte seit 2004 zunehmend ins Zentrum der europäischen Politik. Als ge-

meinsame Strategie aus der Taufe gehoben, zielt die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) auf die politische und ökonomische Stabilisierung sowie die Modernisierung und Demokrati-

sierung der EU-Nachbarn in Osteuropa und im Mittelmeerraum.

Die ENP stellt politisch ein Kompromissangebot zwischen Mitgliedererwartungen einerseits und einer gewissen Erweiterungs-

müdigkeit andererseits dar.

Die deutsche Bundesregierung richtet ihren Blick vorrangig auf Staaten wie die Ukraine und Georgien im östlichen Europa und auf Nordafrika, aber

auch auf die Beziehungen zur Türkei und Russland. Eine Weiterentwicklung der ENP stößt allerdings gerade innerhalb der EU auf unterschiedliche Vorstellungen. Wie also gestalten sich die Zukunftsperspektiven der europäischen Nachbarschaftspolitik; wo liegen die Übereinstimmungen, wo die

Streitpunkte? Mit diesen und weiteren Fragen beschäftigt sich das Forschungsprojekt „Europäische Nachbarschaftspolitik“, das das Referat Internationale Politikanalyse der FES seit Beginn dieses Jahres durchführt. Im Mittelpunkt dieses Forschungsprojektes steht eine empirische Untersuchung und

Auswertung der bisherigen Entwicklung der ENP aus der Sicht von ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten. Erste Ergebnisse liegen bereits vor, u.a. durch einen FES-Workshop im April in Berlin mit Experten und Abgeordneten des Deutschen Bundestages sowie mit einem im Auftrag der FES erstellten Grund-

lagen-Papier von Dr. Barbara Lippert, stellvertretende Direktorin des Berliner Instituts für Europäische Politik. In ihrer Analyse gibt die Autorin einen Überblick über Präferenzen der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten zur Weiterentwicklung der ENP und zeigt zahlreiche Interessensunterschiede auf.

KONFERENZ ÜBER WIRTSCHAFTSPARTNERSCHAFTSABKOMMEN MIT AFRIKA

Die letzten Meter und dann ...?

In 15 bis 20 Jahren sollen die afrikanischen Länder ihre Märkte der EU gegenüber fast vollständig geöffnet haben. Dies sehen die Pläne für die, im Dezember 2007 zu unterzeichnenden, Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) vor. Nachdem die EU der Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Länder (AKP) im Rahmen der Lomé- und Cotonou-Abkommen jahrzehntelang einseitig präferentiellen Marktzugang gewährt hat, sollen die neuen Abkommen Entwicklungs- und Handelspolitik verbinden. Die Handelsbeziehungen zwischen AKP und EU sollen nicht nur mit den Regeln der WTO in Einklang gebracht werden, sondern die regio-

nale Integration, die Integration der AKP-Staaten in die Weltwirtschaft und ihr Wirtschaftswachstum fördern und einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten. Doch insbesondere die entwicklungspolitische Dimension und der Beitrag zur Armutsreduzierung werden immer wieder in Frage gestellt. Kritiker fürchten den Zusammenbruch lokaler Industrien un-

ter europäischem Konkurrenzdruck und den Verlust von Staatseinnahmen. Befürworter erhoffen sich durch umsichtig gestaltete Handelsliberalisierung, flankierende Entwicklungsmaßnahmen und den Aufbau solider wirtschaftlicher Rahmenbedingungen einen entscheidenden Beitrag zur Entwicklung. Noch scheinen die EU und die afrikanischen Länder weit von einem

tragfähigen Konsens darüber, wie die Abkommen zu gestalten sind, entfernt. Vor diesem Hintergrund lud die FES am 28. März in Berlin Experten aus Europa und Afrika ein, über mögliche Folgen eines Verhandlungsabschlusses zu diskutieren. Dabei war vermehrt von Kompromisslösungen die Rede, um einen kontinuierlichen Zugang der AKP-Produzenten zu den europäischen Märkten zu sichern. Diese Rückfallposition würde zwar einen Abschluss der Verhandlungen dieses Jahr ermöglichen, doch das eigentliche Ziel, ein über Lomé/Cotonou hinausgehendes Instrument der Handels- und Entwicklungspolitik zu schaffen, würde klar verfehlt werden.



Experten aus Europa und Afrika diskutierten über die möglichen Folgen der Handelsabkommen. (Foto: Schicke)

Arbeitsteilung in der EU-Entwicklungspolitik

Zu Beginn der deutschen EU-Präsidentschaft stellte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in einer vom Europabüro der FES organisierten Podiumsdiskussion die vom Deutschen Institut für Entwicklung erstellte Studie zur Verbesserung der Arbeitsteilung in der EU-Entwicklungspolitik vor. Diese Studie zeigt Möglichkeiten der Umsetzung von neuen Leitprinzipien in der Entwicklungspolitik auf. Konkret geht es um die Reduzierung der Anzahl der europäischen Geber, die

dieselben Aktivitäten betreiben und um eine bessere Abstimmung untereinander. Dies soll allerdings nicht zu Lasten des finanziellen Volumens der Entwicklungshilfe gehen. Michael Hofmann, Abteilungsleiter im BMZ, betonte, dass die deutsche Ratspräsidentschaft in Zusammenarbeit mit der nachfolgenden portugiesischen und slowenischen Ratspräsidentschaft intensiv mit den anderen Mitgliedstaaten und der europäischen Kommission an diesem Thema arbeiten werde.

YOUNG EUROPEAN LEADERS DISKUTIEREN DIE HERAUSFORDERUNGEN DER ZUKUNFT

Das soziale Europa ist die Antwort

Die Verwirklichung einer handlungsfähigen Europäischen Union ist von jeher ein generationsübergreifendes Projekt, das auf die aktive Mitwirkung der jungen Europäerinnen und Europäer angewiesen ist. Die kommende Generation von

Entscheidungssträger/innen ist sich dieser Herausforderung bewusst und zur Übernahme politischer Verantwortung bereit, das ist die wichtigste Botschaft der Young European Leaders-Reihe, die die FES Anfang des Jahres anlässlich der

deutschen Ratspräsidentschaft initiierte. So kamen anlässlich des 50. Jahrestags der Römischen Verträge im März 30 junge Nachwuchskräfte aus ganz Europa zum Auftakttreffen in die FES nach Berlin, um eine gemeinsame Deklaration zur sozialen Zukunft des Kontinents zu erarbeiten. Angesichts der sozialen Folgen der Globalisierung und des schwindenden Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in die Gestaltungsfähigkeit der europäischen Institutionen hat die EU in den Augen der Teilnehmer/innen einen klaren sozialen Handlungsauftrag: „Das soziale Europa ist die Antwort auf die festgefahrene Situation, in der das europäische Projekt derzeit steckt“, heißt es in der

Einleitung der Deklaration. In ihr entwerfen die Young European Leaders die Rahmenbedingungen eines sozialen und fairen Europa. Daneben treibt die kommenden Entscheidungsträger/innen auch die Frage nach einer auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz ausgerichteten Energiepolitik um. Dieser Herausforderung widmeten sich die 40 Teilnehmer/innen des zweiten Young European Leaders-Treffens im Mai. Vor dem Hintergrund der Erkenntnisse des Energiedialogs Europa der FES diskutierten die Vertreter/innen aus 26 Ländern mit Staatssekretär Matthias Machnig aus dem Bundesumweltministerium die Handlungsspielräume für eine europäische Energiepolitik.

„Junge Agenda“ für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft

Zu Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft haben 60 Studierende auf einer Tagung der FES in Berlin ihre ganz persönliche junge Agenda für die Gestaltung Europas erarbeitet. Wie würde Europa aussehen, wenn die Jugend das Sagen hätte?

Von der Vermittlung europäischer Politik über das Europäische Sozialmodell, die Asyl- und Flüchtlingspolitik, Klimaschutz und Energiepolitik bis hin zur Gemeinsamen Außenpolitik und dem Aktionsbereich Jugend und Bildung: für die jungen Teilnehmer/innen liegt die Zukunft Europas eindeutig in pragmatischen Initiativen, die den Mehrwert Europas im Alltag spürbar machen. Die Themen der jungen Agenda und die des offiziellen Präsidentschaftsprogramms liegen nicht so weit auseinander, im Detail setzt die Jugend jedoch ihre ganz eigenen, innovativen Akzente.

Die „Junge Agenda“ als gedruckte Broschüre über: forumpug@fes.de oder digital unter <http://library.fes.de/pdf-files/do/04332.pdf>.

EuroVisionen

„Es ist die Möglichkeit, miteinander ohne Grenzen und ohne Zensur kommunizieren zu können. Es ist die Tatsache, sich von niemandem aufgrund politischer Widrigkeiten für immer verabschieden zu müssen. Es ist die Möglichkeit, arbeiten und leben zu können, wo wir es gerne möchten. Und es ist ganz besonders die Gewissheit, ohne Angst in einer friedvollen Welt aufwachsen und auch unseren Kindern etwas hinterlassen zu können, was lebenswert und gut ist“, mit diesen Worten beschreibt Thomas die großartigen Möglichkeiten der Europäischen Union für ihre Bürgerinnen und Bürger. Nachzulesen ist dies in seinem Artikel für das Europamagazin Eurovision aus dem Jahr 2027, das ei-

ne Schüler/innengruppe während der Veranstaltung „Ein Europa nach meinem Geschmack“ des FES-Forums Jugend und Politik Bonn in der Schreibwerkstatt erstellt hat. Am 2. und 3.



Zeichneten ihr Europa der Zukunft: 80 Schüler und Schülerinnen nahmen an den Workshops teil. (Foto:Lichtenscheidt)

Mai hatten 80 Schülerinnen und Schüler Gelegenheit, in sechs Kreativworkshops ihre Visionen eines bürgerlichen, sozialen und gerechten Europas der Zukunft zum Ausdruck zu bringen.

Wenn es nach ihnen geht, hat es die EU

2027 endlich geschafft, die EU-Verfassung zu verabschieden. Denn die EU ist dann erheblich größer geworden. Besonders mit dem Beitritt der Türkei hat die Gemeinschaft neue Gestalt angenommen.

Zudem konnte erreicht werden, dass neben den erfolgreichen ökonomischen Entwicklungen auch soziale Aspekte angemessen Berücksichtigung gefunden haben. Die EU im Jahr 2027 hat es auch geschafft, ihren Bürgerinnen und Bür-

gern näher zu kommen. Diese haben nun mehr Möglichkeiten, sich zu beteiligen und können – so zeigt es ein in der Malwerkstatt erstelltes Bild – diese Beteiligungsmöglichkeiten durch bereits in der Schule beginnende Aufklärungsarbeit besser nutzen. Die EU, die sich die Schülerinnen und Schüler für das Jahr 2027 wünschen, hat viele ihrer heute diskutierten Probleme gelöst. Im Gespräch mit Klaus Hänsch (MdEP und ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments) wurde deutlich, dass es bis zur Verwirklichung dieser Eurovisionen noch ein langer Weg ist.

WEITERE INFORMATIONEN
www.fes.de/forumjugend/
 unter dem Button „Sei dabei!“

INFORMATIONSPROGRAMM FÜR SERBISCHE JUGENDLICHE

Willkommen in Deutschland

Konzipiert von allen politischen Stiftungen und der deutschen Botschaft in Serbien sollte das Projekt „Willkommen in Deutschland“ gerade

während der deutschen Ratspräsidentschaft der jungen Generation aus Serbien ermöglichen, ihre Europa-Kenntnisse „aus erster Hand“ zu erwei-

tern. Von allen serbischen Jugendlichen haben nur rund 20 % im vergangenen Jahr eine Auslandsreise gemacht. Und nur 5 % davon haben Deutsch-

land besucht. Im Rahmen des Projekts „Willkommen in Deutschland“ wurden aus mehr als tausend Bewerbungen 58 erfolgreiche und gesell-

schaftlich aktive Studenten und Studentinnen ausgewählt. Ein wichtiges Kriterium war die Tatsache, dass die Kandidaten vorher nicht in das Schengengebiet gereist waren. Die erste Station der zweiwöchigen Studien-

reise nach Deutschland war Berlin, wo ein zweitägiges Programm von der FES organisiert wurde. Im Rahmen eines „German Café“ fand eine Expertendebatte zu verschiedenen Themen statt: Außenkul-

turpolitik Deutschlands; Studieren in Deutschland; Jugendpolitik in der Europäischen Union; Vergangenheitsbewältigung; Demokratie und Partizipation; Nichtregierungsorganisationen und politische Stiftun-

gen; Deutschland und die Globalisierung sowie Medien und Politik. Für die jungen Teilnehmer war diese Form der Kommunikation bisher unbekannt und wurde sehr gut bewertet.

VERANSTALTUNG DER FES-PARIS

Europäische Schnitzeljagd durch Paris

Rund 3000 zumeist junge Frauen und Männer gingen am 25. März auf eine Wissensreise durch Europa, die Ihnen auf spielerische Art und Weise den Europagedanken und die Funktionsweise europäischer Instanzen näher bringen wollte. Anlässlich des 50. Jubiläums der Unterzeichnung der Rö-

mischen Verträge hatte die FES-Paris mit ihren Partnern Euro-partenaires, Fondation Jean-Jaurès, Mouvement Européen und dem französischen Europaministerium zu dieser besonderen „Wettreise“ durch Paris eingeladen. Organisiert war die Reise in Anlehnung an die Spielregeln einer

Schnitzeljagd, wobei vorab sowohl auf einer Internetseite wie auch in verschiedenen Zeitungen einige Tage vor Spielbeginn Andeutungen veröffentlicht wurden, durch die die Startpositionen erraten werden konnten. Von diesen zwei Positionen aus starteten Parours, die an für Europa symbolträcht-

gen Pariser Gebäuden vorbeiführten. An jeder dieser Stationen gab es verschiedene Darbietungen zum Thema Europa. Außerdem mussten Aufgaben gelöst werden, die die Teilnehmer zum Ziel, dem Jardin du Luxembourg, führten. Hauptgewinn war eine Reise nach Rom für vier Personen.

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Die deutsche Strategie während der EU-Ratspräsidentschaft, die **Zusammenarbeit mit den östlichen EU-Nachbarstaaten** im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) zu verstärken, stand im Mittelpunkt einer internationalen Konferenz



der FES am 18. April im historischen Spiegelsaal des Außenministeriums der Tschechischen Republik in Prag. Von deutscher Seite nahmen der Bundestagsabgeordnete Michael Roth, der Beauftragte für Grundsatzfragen der EU-Außenbeziehungen im Auswärtigen Amt, Rolf Mafael, sowie Dr. Barbara Lippert vom Institut für Europäische Politik in Berlin teil. Wis-

senschaftler aus Russland, Georgien und der Ukraine legten dar, wie sie die ENP wahrnehmen. + + +

+ + + Anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft stellte das European Israeli Policy Network (IEPN) am 21. Mai in Berlin ihre nunmehr dritte **Publikation „The Middle East under Fire? EU-Israel Relations in a Region between War and Conflict Resolution“** vor. Das IEPN fungiert seit mehr als vier Jahren als Plattform für den Dialog über Themen des israelisch-europäischen Verhältnisses. Der ehemalige israelische Außenminister Prof. Shlomo Ben-Ami unterstrich in seinem Vortrag, dass im israelisch-palästinensischen Konflikt eine Einigung aus eigenen Kräften nicht möglich sei, daher sei das Engagement einer dritten Partei entscheidend. www.fes.org.il/publications.asp + + +

Transatlantischer Dialog
über Afghanistan

Umdenken erforderlich

— FÜNF JAHRE NACH DEM STURZ DER TALIBAN steht Afghanistan am Scheidepunkt. Die internationalen und die afghanischen Erwartungen, die sich an einen schnellen Aufbau und Befriedung des Landes geknüpft hatten, waren nach 30 Jahren Bürgerkrieg und Konflikt zu hoch.

Warum schickt Deutschland nicht mehr Truppen in den Süden Afghanistans? Dieser und vielen weiteren Fragen stellte sich eine Delegation

Kollegen Johannes Pflug und Rolf Kramer sowie Hellmut Königshaus (FDP) einen bisher nicht bestehenden transatlantischen Dialog über friedenskon-

andere Seite des Atlantiks. Um die transatlantische Debatte nicht nur auf den militärischen Einsatz zu beschränken, sondern die Notwendigkeit von zivilem Wiederaufbau und Entwicklung zu betonen, berichteten die deutschen Gäste von positiven Projekten und Erfolgen in den Bereichen nationaler Versöhnung, Stärkung der Zivilgesellschaft und Ausbildung der afghanischen Polizei. Es zeigte sich dabei, dass es auch in den USA seit Anfang des Jahres ein Umdenken in Richtung einer längerfristigen, mehr auf Entwicklung der Infrastruktur, Good Governance und Förderung der Zivilgesellschaft ausgerichteten Strategie für Afghanistan gibt. Insbesondere bei Gesprächen mit Experten, Journalisten

und Regierungsmitgliedern in Kanada wurde deutlich, dass neben der militärischen und der zivilen Herausforderung in Afghanistan der politische Prozess nicht vernachlässigt werden dürfe. Die Kanadier brachten deutlich ihre Anerkennung für die politische Führungsrolle, die Deutschland seit dem Petersberger Friedensabkommen zu Afghanistan im Jahr 2001 spielt, zum Ausdruck. Sie unterstrichen, dass die sinkende Unterstützung in der Bevölkerung für den Militäreinsatz nicht nur ein deutsches Problem sei. Vielmehr müsse neben der internationalen Kooperation auch die Informationsvermittlung in den eigenen Staaten verbessert werden.

von Bundestagsabgeordneten, die Mitte März Washington DC und Kanadas Hauptstadt Ottawa auf Einladung der FES besuchten. Bei dem Besuch initiierten Detlef Dzembitzki (Leiter der SPD-Task Force zu Afghanistan) und seine

solidierende Strategien für Afghanistan. Im Februar 2007 hatte sich die Gruppe bei einem Besuch in Afghanistan selbst ein Bild der Lage vor Ort machen können und brachte insofern frische Eindrücke und Analysen mit auf die

Afghanistan: Unterstützung für die Medienfreiheit

Die erste gemeinsame Konferenz von afghanischen Medien und Zivilgesellschaft fand am 28. und 29. März unter dem Titel „Media is Development – Afghanistan Media and Civil Society Forum“ im Hotel Intercontinental in Kabul statt. Unterstützt wurde die Veranstal-

tung u.a. durch die Europäische Kommission, USAid und die FES. Die Teilnehmer waren sich darüber einig, dass im Land in kurzer Zeit eine wachsende Medienlandschaft aufgebaut werden konnte: 500 Print-erzeugnisse, 55 Radiosender und sieben sendende TV-

Sender sowie etwa 150 Buchpublikationen werden derzeit gezählt. Als größte Probleme der Medienlandschaft wurden immer wieder die langfristig unsichere Finanzierung, die Sicherheitssituation der Journalisten, die unzureichende technische Ausstattung und die

mangelnde Ausbildung benannt. Da das Parlament zudem gerade über ein neues Mediengesetz diskutiert, das stark fundamentalistisch geprägt ist, wurde der erste Tag der Konferenz sehr von der Diskussion um die aktuellen Regelungen bestimmt.

KURT BECK TRIFFT AFGHANISCHE PARLAMENTARIER UND MEDIENVERTRETER

Afghanistan auf der Kippe?

Trotz des zivilen und militärischen Engagements der internationalen Gemeinschaft sind Frieden, nachhaltige Entwicklung und Stabilität in Afghanistan noch weit entfernt. Im Rahmen eines mehrtägigen Informationsbesuchs war der rheinland-pfälzische Ministerpräsident und SPD-Vorsitzende Kurt Beck Anfang April auf Einladung der FES in Kabul zu Gesprächen



Gespräche und Anregungen: Kurt Beck traf in Kabul mit Parlamentariern und Medienvertretern zusammen.

mit Parlamentariern und Medienvertretern zusammengetroffen. Neben

Dankesworten für das Engagement Deutschlands gaben die afghani-

schen Parlamentarier Beck auch eine Reihe von Vorschlägen mit auf den Weg, so u.a. die Bitte, den deutschen Einfluss bei den grenzüberschreitenden Problemen, besonders mit Pakistan, geltend zu machen, mehr Unterstützung für die Ausbildung von Armee- wie Polizeikräften und für die demokratischen Kräfte im Land und das junge Parlament.

AFGHANISTAN

Die Jugend stark machen

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung Afghanistans ist unter 20 Jahre alt. Nach drei konfliktreichen Jahrzehnten wird die junge Generation beim Aufbau des Landes eine entscheidende Rolle spielen. Diese Jugend steht im Fokus der Arbeit der FES in Afghanistan. Deshalb wurden im Frühjahr erneut aus 150 erstklassigen Bewerbungen 20 junge Männer und zehn junge Frauen zwischen 17 und 27 Jahren bei der

FES in Kabul ausgewählt, um als vierte Generation des „Young Leaders Forum“ nun eine Ausbildung zu beginnen. Im Laufe der folgenden zwölf Monate werden sie Kompetenztrainings und Workshops durchlaufen, zweimal monatlich Diskussionsveranstaltungen durchführen, und – sofern die Sicherheitslage es erlaubt – ihr neugewonnenes Wissen in ihre Heimatregionen weitertragen. Diese neuen

Young Leader und ihre Vorgänger, die bereits in Ministerien und im Parlament verantwortungsvolle Aufgaben übernommen haben, bilden mit die Basis für das neue, junge Afghanistan, das an der Verwirklichung von Menschenrechten und demokratischen Grundwerten arbeitet. Dem wurde im ersten Halbjahr durch die FES-Kabul eine zweite Säule hinzugefügt – das „Young Journalists Network“ (YJN). Jour-

nalisten fehlt es in Afghanistan an jeglicher qualifizierter Ausbildung, an Erfahrungsaustausch und Kontaktmöglichkeiten. Bislang engagieren sich 50 junge Journalisten im FES-YJN – aus Kabul und den Regionen. Von der FES erhalten sie Fortbildungsangebote und Erfahrungsaustausch mit ausländischen Journalisten, und über eine Webplattform entsteht ein landesweites Kommunikationsnetzwerk.

Israel Mediationstraining in der Knesset

— DIE SPANNUNGSGELADENE POLITISCHE KULTUR IN ISRAEL macht das Angebot eines Mediationstrainings auch und gerade an junge Assistent/innen von Knesset-Abgeordneten zu einem Wagnis.

Die FES-Israel und ihr Partner, das Center of Education, Reconciliation and Cooperation (CERC) entschlossen sich dennoch, diesen bislang im israelischen Parlament ein-

Partei, die linke Meretz und die Vereinigte Arabische Liste – fast alle in der Knesset vertretenen Parteien – schicken Teilnehmer/innen zum „Legal Mediation and Practicum For

herrscht, erschwerte selbst in diesem kleinen Rahmen ein konstruktives Arbeiten. Skepsis und Anspannung durchzogen die ersten Sitzungen und verlangten den zwei – jüdischen bzw. arabischen – Kursleiter/innen viel Geduld und Durchhaltevermögen ab. Es waren ständig wiederholte Rollenspiele und wohl auch die Hartnäckigkeit der Seminarleiter/innen, die schließlich eine konstruktive Atmosphäre schufen, die wohl niemand erwartet hatte. Grundlegendes Ziel des Workshops war, kooperative Verhandlungs- und Vermittlungsweisen aufzuzeigen und zu erproben. Das zentrale Instrument des Trainings waren Simulationen von Verhandlungs-

und Konfliktsituationen, um den Teilnehmer/innen die Möglichkeit zu geben, ihr eigenes Verhalten zu analysieren und neue Mediationsstrategien anzuwenden. Mit gruppenspezifischen Übungen wurde den Teilnehmer/innen vor Augen geführt, wie ein und dieselbe Situation von Verhandlungspartnern vollkommen gegensätzlich interpretiert werden kann – und wie man diesen Gegensatz aufbrechen kann. Nach anfänglicher Skepsis und Rivalität empfanden die Teilnehmer/innen das Seminar schließlich als eine Bereicherung und haben aus eigenem Antrieb eine Fortsetzung der Mediationsübungen – nun im Rahmen ihrer tatsächlichen parlamentarischen Arbeit – initiiert.

maligen Versuch zu unternehmen. Die Resonanz war unerwartet positiv. Nicht nur die Arbeitspartei, Kadima und der konservative Likud, sondern auch die rechtsorientierte nationalreligiöse

Parliamentary Assistants 2007“. Die ersten Treffen waren wenig ermutigend. Die politische Feindschaft, die zwischen manchen Abgeordneten und Parteien in der Knesset

Nahostdialog einmal anders

Eine persönliche Note des israelischen FES-Mitarbeiters Micky Drill zu einer gemeinsamen Weiterbildung der FES in Israel und in den Palästinensischen Gebieten:

„Nur eine Autostunde ist es von der FES-Israel zur FES in Ostjerusalem, die die Palästinensischen Gebie-

te betreut. Doch obwohl die beiden Büros in der alltäglichen Arbeit recht viel und auch sehr gut zusammenarbeiten, kannten sich bis vor kurzem die meisten Ortskräfte, wenn überhaupt, nur übers Telefon. Und es ist immer etwas mehr als bloß eine normale Konversation unter Kollegen, die für dieselbe Firma

arbeiten. Der israelisch-palästinensische Konflikt ist immer dort gegenwärtig, wo Israelis und Palästinenser direkt miteinander zu tun haben. Er bestimmt die Gefühle und Gedanken des einen über den anderen, er prägt stärker als der gemeinsame Arbeitgeber, selbst wenn dieser Werte vertritt, mit denen wir uns alle identifizieren können.

Diesmal war es eine Mischung von Neugier und der Wunsch, eigene Vorurteile auf den Prüfstand zu stellen, die dazu führte, dass der Vorschlag, eine gemeinsame Fortbildung mit den Kolleginnen aus Jerusalem zu machen, mit großem Enthusiasmus aufgenommen wurde. Neugier, nicht nur aus erster Hand über die Projektarbeit des anderen Büros zu erfahren, sondern auch Neugier, die „Palästinenser“ der FES zu treffen. Denn, Hand aufs Herz: trotz der physischen Nähe wissen die einen sehr wenig über die Lebensumstände der anderen. Ein Höhepunkt des Tages be-

stand aus einem Intensivworkshop über Methoden der Vermittlung und ihre Anwendung bei israelisch-palästinensischen politischen Verhandlungen. Hier wurde wieder deutlich, was wir ohnehin wussten, aber für ein paar Stunden zu vergessen glaubten: Wir, israelische und palästinensische Ortskräfte der FES, sind Partei und werden auch als solche wahrgenommen. Diese Einsicht ist wichtig, um sinnvoll Projektarbeit in Konfliktgebieten machen zu können. Doch noch bedeutsamer mag eine Erkenntnis sein, die zwar wie eine Binsenweisheit klingt, doch einen riesigen Kern von Wahrheit in sich birgt: Das beste Mittel gegen Vorurteile ist die Begegnung. Dazu bedarf es manchmal großen Mutes und eines Rahmens, der das Zusammentreffen ermöglicht. Dies wurde am 17. Mai von beiden FES-Büros für die jeweiligen Ortskräfte geschaffen. Eine Mitarbeiterfortbildungsmaßnahme mit unschätzbarem Mehrwert.“

TAGUNG ÜBER DEN HANDEL ZWISCHEN ISRAEL UND DEN PALÄSTINENSISCHEN GEBIETEN

Düstere Aussichten

Die politische Situation seit Beginn der zweiten Intifada im Jahre 2000 lähmt sowohl die israelische als auch die palästinensische Wirtschaft: Terroranschläge, Militäraktionen und insbesondere die Trennung durch den Bau der Sperranlage und die zeitweilige Schließung der Grenzübergänge für den Güter- und Personentransport lassen die Kooperation der beiden Wirtschaftsräume auf ein Minimum schrumpfen. Im Rahmen einer Veranstaltung des Peres Center for Peace, des Institute for Diplomacy and Regional Cooperation an der Universität Tel

Aviv und der FES-Herzliya näherten sich drei israelische und zwei palästinensische Ökonomen und Politologen diesem Thema. Solange aus dem Ausland finanzierte „Banden“ Israel bedrohten, habe das Land keine andere Wahl, als bestimmte Gebiete abzuriegeln und damit dort einen wirtschaftlichen Stillstand zu verursachen, so der stellvertretende Verteidigungsminister Ephraim Sneh. Der Vizepräsident des Verbundes Israelischer Handelskammern, Ariel Zief, sprach dagegen über den großen Nutzen enger wirtschaftlichen Zusammenarbeit

für Israel, denn: „Ein hungriger Nachbar ist ein schlechter Nachbar“. Shraga Brosh, der Präsident des Is-

schäftsleuten hin und schlug augenzwinkernd vor, man solle doch den „Friedensprozess privatisieren“.

raelischen Herstellerverbandes, wies ausdrücklich auf das gute Einvernehmen zwischen israelischen und palästinensischen Ge-

Für Basem Khoury, Präsident des Palästinensischen Industrieverbandes spielt im Gegensatz zu den israelischen Rednern in

der derzeitigen Situation nicht die Kollegialität zwischen israelischen und palästinensischen Geschäftsleuten die entscheidende Rolle, sondern die ganz konkreten Probleme der palästinensischen Wirtschaft und ihre Auswirkungen auf die

Bevölkerung. Die Checkpoints seien der „Albtraum eines jeden palästinensischen Geschäftsmannes“. Saeb Banya, der frühere stellvertretende Wirtschaftsminister, warf Israel vor, aktiv eine Diversifizierung der palästinensischen Wirtschaft – weg aus

der Abhängigkeit von Israel in Richtung Europa, Kanada und den USA – zu verhindern, indem es die entsprechenden Abkommen nicht anerkenne. Trotz der grundverschiedenen Gewichtung der Argumente der israelischen und der palästinensischen

Referenten schienen sich alle in einer Schlussfolgerung einig zu sein: eine engere wirtschaftliche Kooperation sei unumgänglich und hätte positive Konsequenzen für beide Seiten. Die Aussichten dafür sind allerdings sehr düster.

DEUTSCHE, ISRAELISCHE UND PALÄSTINENSISCHE PERSPEKTIVEN

Frauen in der Politik

Obwohl offiziell gleichberechtigt, befinden sich Männer und Frauen auch heute noch in Ländern wie Deutschland und Israel in ganz unterschiedlichen Situationen: Frauen verdienen durchschnittlich weniger, steigen seltener in leitende Positionen auf und sind in politischen Machtzentren seit jeher unterrepräsentiert. Beide Länder betreiben eine Familienpolitik, die Frauen dazu ermutigen soll, Kinder in die Welt zu setzen. Dabei wird jedoch die Situation einer berufstätigen Mutter nur unzureichend berücksichtigt: Kinderbetreuung ist in beiden Ländern Mangelware, kostenintensiv und in Israel darüber hinaus auch oft unprofessionell. Am 28. Mai trafen

sich im FES-Büro Herzliya (Israel) achtzehn Frauen und ein Mann zu einem Roundtable zum The-

ma „Frauen in der Politik in Deutschland und Israel.“ Als Gast sprach Inge Wettig-Danielmaier, die

Schatzmeisterin der SPD, über ihre Erfahrungen in Deutschland, und Esther Hertzog, Gründerin und Koordinatorin des Frauenparlaments, berichtete von der Situation in Israel. Besonders umstritten war bei der Diskussion, inwieweit eine effektivere Repräsentation von Frauen in der Politik erreicht werden könnte: durch eine Quotenregelung innerhalb der Parteien oder durch eine Frauenpartei. Inge Wettig-Danielmaier konnte von Erfolgen der Quotenregelung einiger Parteien im Deutschen Bundestag berichten und auch in Israel hat sich zumindest in einigen der linken Parteien eine minimale Quotierung von etwa zwanzig Prozent durchgesetzt.



Inge Wettig-Danielmaier mit Amal Sadou, Leiterin der Internationalen Abteilung im Präsidialamt der Palästinensischen Autonomiebehörde.)

Die Frauenquote ist erst der Anfang, hierüber waren sich auch alle Teilnehmerinnen eines runden Tisches der FES mit palästinensischen Politikerinnen zum Thema „Politische Partizipation von Frauen“ in Ramallah am Pfingstmontag einig. Aus Deutschland nahm Inge Wettig-Danielmaier teil, die betonte, dass es „starker und wütender“ Frauen bedürfe, die den Kampf um Gleichberechtigung weiterführten. Die Gesamtsituation in den Palästinensischen Gebieten, so einige der palästinensischen Teilnehmerinnen, kranke nicht zuletzt an einem Mangel an qualifizierten Frauen. Zudem seien Frauen in Palästina häufig empfänglich für national-religiöse Strömungen wie die Hamas. Frauen müssten deshalb politisch sensibilisiert und ihre Unabhängigkeit gestärkt werden.

Palästina: Nach der Wahl ist vor der Wahl

Die derzeitige Situation im Gazastreifen, aber auch in der Westbank lässt Neuwahlen in den palästinensischen Autonomiegebieten als eine mögliche Option erscheinen, um die festgefahrene politische Lage aufzulösen. Unabhängig vom tatsächlichen Nutzen von Neuwahlen müssen daher Wahlkämpfer vorbereitet werden. Wie führt man Wahlkampagnen und vor allem, wie gewinnt man sie? Diese Fragen stellten sich über das Pfingstweekenende 15 junge palästinensische Aktivist*innen gemeinsam mit dem Historiker Dr. Andreas Helle, einem politischen Berater der

Sozialdemokratischen Partei Europas. Der von der FES Jerusalem und ihrem palästinensischen Partner PAS-SIA (Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs) veranstaltete Workshop behandelte die Entwicklungsprozesse von Parteien. Helle betonte, dass grundsätzlich die besten Wahlkampftechniken wenig helfen werden, wenn eine Partei nach außen zerrissen wirkt und der Wählerschaft kaum kreative Lösungsansätze und Initiativen anbieten kann. Eine zentrale Frage während des Workshops war die Vereinbarkeit von Islam und

Demokratie. Kann eine moderate muslimische Kraft diesen scheinbaren Widerspruch auflösen, ohne gleichzei-

ruht, aber nicht als eine Ideologie zu verstehen sei. Damit müsse Demokratie nicht im Widerspruch zum Is-

tig die Grundsätze des Islams oder der Demokratie aufzugeben? Helle merkte an, dass Demokratie eher als ein Instrument, welches auf Toleranz be-

lam stehen. Auch die Rolle von Wahlen als ein Mittel, Konflikte gewaltfrei zu lösen, wurde behandelt.

Leitfaden zur konfliktensiblen Ausrichtung der Projektarbeit

Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung sind zentrale Bestandteile der Auslandsarbeit der FES. Das Team Konfliktbearbeitung arbeitet deshalb an der Umsetzung und Anpassung des „Peace and Conflict Impact Assessment“-Ansatzes (PCIA) unter Berücksichtigung der Ziele und Kooperationsmethoden einer politischen Stiftung. Auf die Analyse von Konflikten folgt die darauf ab-

gestimmte Planung der Projektarbeit sowie die ständige Beobachtung der Konfliktodynamik. Schließlich ermöglicht der PCIA-Ansatz, die Wirkung der eigenen Arbeit auf den Konfliktverlauf zu beobachten. Damit können auch nicht beabsichtigte Nebenwirkungen und Risiken, also potentiell konfliktverschärfende Faktoren, so gering wie möglich gehalten werden. Der komplette

Leitfaden zu „Peace and Conflict Impact Assessment“ bietet konkrete, praxiserprobte Handlungsanleitungen für die Arbeit vor Ort. Die FES hat damit einen in der Fachwelt breit diskutierten methodischen Ansatz praktisch umgesetzt, mit ihrer gesellschaftspolitischen Arbeit vor Ort verbunden und an ihre Erfordernisse angepasst. www.fes.de/conflictprevention

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Ende April kam auf Einladung der FES ein **Treffen palästinensischer und israelischer Abgeordneter in Ost-Jerusalem** zustande. Von palästinensischer Seite waren die Abgeordneten der Fatah Jihad Abu Zneid, Fouad Kokali und Muhammad El-Laham beteiligt, von den israelischen Knesset-Mitgliedern waren Colette Avital (Arbeitspartei) und Avshalom Vilan (Meretz) vertreten. Das Treffen bildete den Höhepunkt eines Nahost-Besuchs der Bundestagsabgeordneten Kerstin Griese und Christian Lange. Zum Abschluss vereinbarten die palästinensischen und israelischen Abgeordneten die Fortsetzung dieses Dialogs. + + +

DREI NEUE PUBLIKATIONEN DES FES-BÜROS IN PALÄSTINA

Schlüsselrolle für Jerusalem

Kein Frieden im Nahen Osten scheint denkbar, ohne dass der umstrittene Status Jerusalems geklärt wäre: ewig ungeteilte Hauptstadt Israels laut israelischem Parlamentsbeschluss und gleichzeitig nach palästinensischer Auffassung Hauptstadt ihres zukünftigen Staates.

Die Altstadt beheimatet sowohl die drittheiligste Stätte des Islams als auch die heiligste Stätte des Judentums. Die voranschreitende israelische Siedlungstätigkeit und die Streckenführung der neuen israelischen Sperranlage stellt Befürworter eines endgültigen Friedens vor neue

schwierige Fragen. Zu diesen und anderen Themen rund um die „Heilige Stadt“ hat das FES-Büro Jerusalem drei neue Publikationen unterstützt:

- *Jerusalem on the MAP III*, erschienen in der Publikationsreihe des International Peace and Cooperation Center Jerusalem (IPCC), bietet Informationen zur historischen und demographischen Entwicklung sowie zu ökonomischen und städtebaulichen Fragen. Außerdem werden die aktuelle israelische Siedlungspolitik sowie Verlauf und Auswirkungen der israelischen „Sperranlage“ thematisiert. Auf 80

Seiten finden sich zahlreiche Statistiken, Abbildungen und Karten.

- Ebenfalls in der IPCC-Reihe erschienen: Robert Brooks (Hg.), *The Wall – Fragmenting the Palestinian Fabric in Jerusalem*. Acht Wissenschaftler stellen für politische Planer und Entscheidungsträger eine solide Datenbasis zu den stadtplanerischen, sozialen, geografischen und ökonomischen Auswirkungen der israelischen Sperranlage bereit. Die Studie hat 159 Seiten, zahlreiche Abbildungen, Karten und Tabellen.

- PASSIA (Palestinian Academic Society for

the Study of International Affairs) hat im April eine 16-seitige Broschüre zur Siedlungsproblematik in Jerusalem herausgebracht. *Israeli Settlement Activities & Related Policies in Jerusalem* illustriert anschaulich und kompakt die Entwicklung der einzelnen Siedlungsprojekte auf Jerusalemer Stadtgebiet und gibt unter anderem Auskunft über die verschiedenen Siedlergruppen, ihre Methoden und Ziele.

BEZUGSADRESSE

Alle drei Publikationen können bei der FES Jerusalem bestellt werden: info@fespal.org



Vier Tage nach der Bildung der palästinensischen Einheitsregierung kam es Mitte März zu einem ersten Austausch zwischen deutschen und palästinensischen Parlamentariern und Regierungsangehörigen. Ermöglicht wurde dies durch eine von der FES-Jerusalem initiierte Informationsreise, die vier

Mitglieder des Palästinensischen Legislativrates (PLC) vom 21. bis 25. März nach Deutschland führte. Der Delegation gehörten der neue Vize-Premierminister Azzam Al-Ahmad (Fatah) (im Bild rechts), der Kultusminister Bassam Al-Salhi (Palestinian People's Party) und zwei weitere PLC-Abgeordnete der Fatah an. Das umfangreiche Programm beinhaltete u.a. Gespräche mit Kurt Beck, Heidemarie Wiczorek-Zeul, Hubertus Heil, Peter Struck sowie zahlreichen anderen Bundestagsabgeordneten.

Der Ministerpräsident des Landes Brandenburg Matthias Platzeck besuchte am 25. und 26. April die Palästinensischen Gebiete. In Ost-Jerusalem traf er mit Partnern der FES zusammen. Der Ministerpräsident unterstrich, dass es unab-



dingbar sei, dass die politisch Verantwortlichen in Palästina die bewaffneten Kräfte unter Kontrolle bringen und den politischen Konflikt auf dem Wege der Gewaltlosigkeit austragen.

Jemen: neue Einsichten zu alten Gesetzen

Obwohl der Jemen fast alle internationalen Menschenrechtsabkommen ratifiziert hat, finden sich in der auf der Scharia beruhenden nationalen Gesetzgebung immer noch einige Normen, die gegen diese Vereinbarungen verstoßen. Ziel einer Diskussionsrunde der FES-Jemen war es am 28. Mai, die internationalen Abkommen zu Frauenrechten auf der Basis von religiösen Texten zu beleuchten und zu diskutieren.

Zwei konservative Kleriker der religiösen Al-Iman-Universität übten heftige Kritik an den internationalen Abkommen und bezeichneten diese als westlichen Angriff auf den Islam. Als Gegenstimme äußerten sich drei junge, liberale Islam-Forscherinnen, Absolventinnen derselben Lehranstalt, die ebenfalls religiös, jedoch frauenfreundlich argumentierten. Im Gegensatz zu Diskussionen zwischen Säkularen und Reli-

giösen wurde hier von derselben Quellengrundlage ausgegangen – beide Parteien zitierten entsprechende Koran-Suren, um ihre Argumente zu stützen. Die Diskussionsteilnehmer erörterten die Frage, ob Frauen fähig seien, Führungspositionen zu übernehmen. Gestützt auf Beispiele aus der islamischen Geschichte wiesen die Frauen darauf hin, dass weibliche Führungspersonen in der Vergangenheit nicht in



Konflikt mit dem islamischen Recht gestanden hätten. Vor diesem Hintergrund wurde die einseitige Sicht der Gelehrten hinterfragt und eine offenere Lesart der Texte gefordert.

Diskussionsrunde im Jemen über Frauenrechte: Kleiderordnung steht nicht in Frage.

Substantielle Themen nicht vergessen

Bis Juni 2007 gab die UN-Generalversammlung dem neu gegründeten Menschenrechtsrat (MRR) Zeit, um seine Arbeitsweisen festzulegen. Die Hauptbeschäftigung des Rates ist zurzeit die Diskussion der Verfahrensfragen bei den vorgesehenen Neuerungen im Menschenrechtsschutz, wie die Universelle Periodische Überprüfung aller Staaten, die Ausgestaltung der Mandate der Sonderberichterstatter und der Expertengre-

mien. Nichts davon ist bislang geklärt. Während der Übergangsphase dürfen aber substantielle Themen nicht vergessen werden. Die Beteiligung der FES-Vertretung in Genf an der vierten Ratssitzung in der Zeit vom 12. bis 30. März konzentrierte sich auf Themen der sozialen und kollektiven Menschenrechte und der menschenrechtlichen Verantwortung von Unternehmen. In der FES-Parallelveranstaltung zu kollektiven

Rechten zeigten die drei Sonderberichterstatter, wie wichtig kollektive Aspekte von Menschenrechten sowohl in Länder- als auch in thematischen Mandaten sind. Auf der Veranstaltung zur menschenrechtlichen Verantwortung von Unternehmen, die den neuesten Bericht des Vertreters des Generalsekretärs, Prof. John Ruggie, diskutierte, präsentierten neben den UN-Vertretern auch Dwight Justice vom Internationalen

Gewerkschaftsbund, Lisa Misol von „Human Rights Watch“ und Aurret van Heerden von der „Fair Labour Association“ verschiedene Ansätze zum effektiven Schutz von Menschenrechten. Beide Veranstaltungen zeigten den Handlungsbedarf in den angesprochenen Feldern klar auf. Den globalen Problemen muss mit einem Fortschritt in „global governance“ begegnet werden, der sich aber nicht in UN-Resolutionen erschöpfen darf.

FES knüpft neue Kontakte
in Skandinavien

Finnland: nach dem Regierungswechsel

— DIE PARLAMENTSWAHLEN IM MÄRZ endeten für die Sozialdemokratische Partei Finnlands (SDP) mit einer unerwarteten Wahlniederlage. Zum ersten Mal seit 1952 wurde die SDP nur drittstärkste Partei und fand sich auf der Oppositionsbank wieder.

Diese Niederlage wird umso schmerzlicher empfunden, als sich die Bilanz der alten Koalitionsregierung aus SDP und Konservativen durchaus se-

Das World Economic Forum platzierte das Land viermal an der Spitze seines Wettbewerbsfähigkeitsrankings, die PISA-Studie der OECD bescheinigte

geringste Bevölkerungsdichte der EU, diese sind jedoch flächendeckend wohl- fahrtsstaatlich abgesichert.

Die Kalevi-Sorsa-Stiftung, ein innerhalb der sozialdemokratischen Partei Finnlands angesiedelter Think Tank, der seit 2005 nach dem Muster der FES versucht, gesellschaftliche Debatten anzustoßen, hatte in Helsinki zu einer Analyse des neuen Regierungsprogramms und einer Diskussion der Zukunft des nordischen Wohlfahrtsmodells geladen. Michael Dauderstädt, Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der FES, unterstrich in seinem Eröffnungsreferat vor allem, dass sich die Leistungen der ver-

schiedenen Wohlfahrtsstaaten weniger unterscheiden als allgemein angenommen. Nicht nur Deutschland oder Frankreich, sondern auch die nordischen Wohlfahrtsstaaten hätten Probleme, einen großen Teil ihrer arbeitsfähigen Bevölkerung in marktbezogene Beschäftigung zu bringen.

Nach Ansicht von Jaakko Kiander, Direktor des Labour Institute for Economic Research, hat die neue Regierung unter falschen Vorzeichen gewonnen, da ihr Versprechen, die wohlfahrtsstaatlichen Errungenschaften auf gleichem Niveau zu halten und trotzdem eine Verringerung des fiskalischen Drucks zu erreichen, nicht realisierbar sei.

hen lassen kann. Finnland steht heute besser da denn je, nachdem in den neunziger Jahren die Transformation zu einer führenden Wissens- und Innovationsgesellschaft gelang.

den welthöchsten Bildungsstandard und für die Weltbank ist das Land die am weitesten entwickelte Wissensgesellschaft. Finnland hat zwar mit nur 5,2 Millionen Einwohnern die

Deutsch-Britischer Dialog zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Ohne eine effiziente Zusammenarbeit in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen ist eine adäquate Präsenz der Länder Europas auf der Bühne der Weltpolitik immer weniger vorstellbar. Allerdings hat nicht zuletzt der Irak-Krieg gerade auch in diesem Bereich seine Spuren hinterlassen. Vor diesem Hintergrund organisierte die FES-London in Zusammenarbeit mit dem Royal Inter-service Institute for Defence and Security Studies (RUSI) am 15.

März eine Konferenz, auf der britische und deutsche Politiker mit Fachleuten aus beiden Ländern über aktuelle Fragen der europäischen Verteidigungspolitik u.a. mit dem britischen Europaminister Geoff Hoon und dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des Unterhauses, Bruce George diskutierten. Auf deutscher Seite nahmen u.a. die SPD-Abgeordneten Ursula Mogg, Jörn Thießen, Johannes Kahrs und Gerd Höfer teil. Bei allen Übereinstimmungen in grundsätzlichen Fragen – wie etwa der zentralen Rolle der Nato und der Bedeutung der transatlantischen Beziehungen – zeigten die Vorträge und Debatten, dass zwischen Großbritannien und Deutschland doch erhebliche Meinungsunterschiede existieren.

Moskauer Dialoge

Eine Serie energiepolitischer Gesprächsrunden zwischen Russland und der Europäischen Union stand seit Beginn des Jahres 2007 im Mittelpunkt der Aktivitäten des Moskauer Büros der FES. Ende Mai war eine elfköpfige Delegation von Europaabgeordneten unter Leitung von Martin Schulz in Moskau und diskutierte mit russischen Experten und Vertretern der Ener-

giewirtschaft. Nach den jüngsten politischen Irritationen, die die Frage der Versorgungssicherheit zum Thema werden ließen, wurden unterschiedliche Ansichten über die Ursachen deutlich: für die einen handelt es sich um einen politischen Vertrauensschwund, für die anderen auch um gestiegene wirtschaftliche Risiken. Letztere wurden in Zusammenhang gebracht mit der

Ineffizienz des russischen Energiesektors, der Aussperrung ausländischen Investitionskapitals und damit internationalen Know-hows. Im Übrigen verliefen die energiewirtschaftlichen Beziehungen reibungsloser als es die politischen Schlagzeilen vermuten ließen. Alle Teilnehmer waren sich einig, dass Europa der wichtigste Energiepartner für Russland war, ist und bleibt. Langfristig

sah der renommierte Experte Leonid Grogorjew vor allem ökologische Risiken aufgrund des Klimawandels in Sibirien, während Wladimir Milow vom Institut für Energiepolitik die viel zu niedrigen Inlandspreise und die Ineffizienz staatsnaher Energieriesen wie Gasprom als besondere Risikofaktoren einstuft.

Flexibel, aber unsicher

Eine Kombination höherer Arbeitnehmer-Flexibilität mit sozialer Absicherung ist der Kern des Flexicurity-Konzepts, mit dem die Beschäftigungsquote gesteigert, Lohndumping verhindert und die Renten- und Gesundheitssysteme abgesichert werden sollen. „Flexicurity als Teil des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells“ lautete daher der Titel einer Konferenz der Deutsch-Polnischen Juristen-Vereinigung (DPJV) mit der FES und Wissenschaftlern

und Juristen aus Deutschland, Dänemark und Polen sowie Vertretern von Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften aus Polen am 23. März in Warschau. Prof. Elzbieta Krynska (Institut für Arbeit und Soziale Angelegenheiten) beurteilte den polnischen Arbeitsmarkt als sehr flexibel, aber höchst unsicher. Problematisch seien die vielen befristeten Arbeitsverträge und die hohe Scheinselbstständigkeit. Mit 3,23 Mio. befristet Beschäftigter steht Polen hinter Spa-

nien an zweiter Stelle. Der Vizevorsitzende des Gewerkschaftsbundes NSZZ Solidarnosc, Jerzy Langer, forderte mehr unbefristete Arbeitsverträge, weil damit die Beschäftigten im Land gehalten werden könnten. Derzeit sind 59 % der polnischen Arbeitgeber von der Auswanderung von Arbeitnehmern betroffen. Der Vizevorsitzende des Arbeitgeberverbandes Business Centre Club in Warschau, Zbigniew Zurek, wünschte sich dagegen, dass Arbeitslo-

se statt Geld mehr Qualifizierungsangebote bekämen. Entlassungen und Einstellungen seien nach seiner Ansicht besser für den Arbeitsmarkt, weil das die Beschäftigten konkurrenzfähiger mache. Die polnischen Gewerkschaften präsentierten sich auf der Konferenz in einer Geschlossenheit, die man im politischen Alltag selten findet. Bogdan Grzybowski von der OPZZ: „Wir sprechen alle mit der gleichen Zunge, wenn es um den Arbeitsmarkt geht.“

PODIUMSDISKUSSION ÜBER DIE ENTWICKLUNG DES EU-NEUMITGLIEDS RUMÄNIEN

Neuer Tigerstaat in Europa?

Rumänien, seit Beginn des Jahres EU-Mitglied, lässt die Union bisher fremdeln. Arm und unterentwickelt, erscheint das Land mit seinen 20 Millionen Menschen – gemeinsam mit Nachbar Bulgarien – als neuer mezzogiorno Europas. Gleichzeitig allerdings löst Rumänien auch

zu etablieren, der ein günstiges Investitionsklima mit dem Angebot billiger Arbeitskräfte verbindet und so den Druck auf Arbeitnehmer und Gewerkschaften im Westen des Kontinents erhöht. Beide Sichtweisen entsprechen der Datenlage. Zum einen wird Rumänien

wicklungsindex der Vereinten Nationen knapp vor Brasilien und Libyen geführt. Die Analphabetenrate ist im europäischen Vergleich hoch, die Infrastruktur oft auf Vorkriegsniveau. Zum anderen allerdings verändert sich das Land dramatisch. Das Wirtschaftswachstum ist seit Jahren eines der höchsten in Europa, es herrscht Arbeitskräftemangel, und das kräftige Wachstum der Löhne und Gehälter lässt den Aufschwung mittlerweile auch bei den Menschen ankommen. Ist hier ein neuer „Tigerstaat“ im Entstehen, und was hieße das für das Alte Europa? – so fragte die FES gemeinsam mit dem Deutsch-rumänischen Forum im Berliner Haus am 2. Mai vor

250 Besuchern ein rumänisch-deutsch besetztes Expertenpanel. Teilnehmer waren u.a. Prof. Daniel Daianu, ehemaliger Finanzminister Rumäniens, und Prof. Helmut Reisen vom OECD Development Centre. Das Gespräch orientierte sich an den längerfristigen Entwicklungschancen, mit kontroversen Einschätzungen in Hinblick auf möglicherweise vergleichbare ökonomische Erfolgsgeschichten. Deutlich wurde, dass sich Rumänien weder mit Singapur noch Korea oder Irland vergleichen könne und es insbesondere gelingen müsse, endlich den Eindruck wuchernder Korruption zu korrigieren, den Rumänien bis heute vermittelt.

Nachdenklichkeit anderer Art aus: Ein neuer Konkurrent ist dabei, sich auf den europäischen Märkten

– bei einer Wirtschaftsleistung, die einem knappen Drittel des EU-Durchschnitts entspricht – vom Ent-

Rumänien verändert sich dramatisch: das Wirtschaftswachstum ist eines der höchsten in Europa (Foto: EC - Audiovisual Library)



PARLAMENTARIERSEMINAR ÜBER REGIONALEN FREIHANDEL IN SÜDOSTEUROPA

Trainingslager für Europa

CEFTA 2006 heißt das neue Freihandelsabkommen, das 32 bilaterale Abkommen in Südosteuropa zu einem einzigen regionalen Handelsabkommen verschmilzt. Im De-

zember 2006 war es von den Regierungschefs der acht betroffenen Länder und Territorien (Albanien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro, Mazedo-

nien, Kosovo und Moldawien) in Budapest unterzeichnet worden, nun liegt es den nationalen Parlamenten zur Ratifizierung vor. Welche Auswirkungen werden die neuen Li-

beralisierungsbestimmungen auf Wirtschaft, Handel und Investitionen in Südosteuropa haben? Die Abgeordneten der nationalen Parlamente stehen nicht nur vor

dem Problem, trotz allgemein eher geringerer Fachkenntnisse über die Ratifizierung dieses Abkommens beschließen zu müssen. Sie müssen es auch ihren Wählern vermitteln und die Marktteilnehmer (Landwirte, Geschäftswelt, Industrie) dazu ermutigen, die neuen Möglichkeiten auch zu nutzen. Diese stehen der Marktöffnung und dem damit verbundenen Wettbewerbsdruck jedoch zum großen Teil

skeptisch bis ablehnend gegenüber. Als sehr informativ und hilfreich wurde daher das Seminar für Parlamentarier aus den acht Ländern empfunden, das das Europabüro der FES im Rahmen des Regionalprojektes in Südosteuropa vom 18. bis 21. April in Brüssel durchführte. In enger Zusammenarbeit mit dem Stabilitätspakt für Südosteuropa wurde ein kompaktes Seminar angeboten, bei

dem Fachreferenten aus renommierten Forschungsinstituten den Abgeordneten fundierte Kenntnisse vermittelt sowie die zu erwartenden Auswirkungen mit politisch Verantwortlichen aus der EU-Kommission, dem Europäischen Parlament sowie des Stabilitätspaktes für Südosteuropa diskutiert wurden. Die Botschaft war nicht immer beruhigend, doch überwog am Ende bei den Teil-

nehmern die Einsicht, dass die regionale Öffnung der Märkte ein richtiger Schritt auf dem Weg zum angestrebten EU-Beitritt ist. CEFTA 2006 müsse von den Ländern des westlichen Balkans als „Trainingslager“ wahrgenommen werden, um sich für den sehr wettbewerbsstarken EU-Binnenmarkt fit zu machen, so der einstimmige Kanon der EU-Gesprächspartner.

JUGENDGEWERKSCHAFTEN IN UNGARN UND SERBIEN

Tag der Arbeit neu belebt

Während in vielen Ländern auf dem Westbalkan der 1. Mai immer weniger als wichtiger Tag für die Gewerkschaften wahrgenommen wird, wollen die Jugendgewerkschaften der Region mit der Unterstützung des FES-Regionalprojektes „Arbeitsbeziehungen und Sozialdialog in SOE“ diesen Tag wieder neu beleben. Natürlich suchen sie dafür nach interessanten Möglichkeiten, denn vielerorts sind klassische Demonstrationen und Kundgebungen völlig „out“. Nach zwei Jahren 1.-Mai-Konzert in Belgrad gab es in diesem

Jahr eine äußerst erfolgreiche Fortschreibung dieser Idee in Budapest. Mit Hilfe der FES hatte es dort der Jugendverband der Ungarischen Gewerkschaften SZISZ geschafft, am 30. April, dem Vorabend zum 1. Mai zwei Dinge miteinander zu kombinieren: In einem bekannten Budapester Club gab es Live-Musik mit vier Bands sowie eine Theateraufführung und Quizrunden mit Fragen aus der Arbeitswelt. Dank der Unterstützung des Archivs der sozialen Demokratie der FES in Bonn wurde zudem in der „Beton-Galerie“

des Klubs eine Ausstellung mit mehr als achtzig 1.-Mai-Plakaten aus 22 Ländern sowie zahlreichen Fotos aus dem gewerkschaftlichen Jugendle-

ben gezeigt. Wer zu dem Fragen zur Arbeitswelt hatte, konnte diese bei zwei Juristen und Vertreter/innen der Gewerkschaft anbringen.

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Über neue Möglichkeiten zur **Beilegung des Zypern-Konfliktes** tauschten sich bei der FES Brüssel türkische und griechische Zyprioten aus. Die Euroapaparlamentarier Mechtild Rothe und Hannes Swoboda betonten, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssten, um eine schleichende Institutionalisierung der Spaltung des Landes zu vermeiden. Diese Aufgabe müsse jedoch von den Zyprioten selbst geschultert werden. Auf der politischen Führungsebene wurde jedoch fehlender Wille zu einer einvernehmlichen Lösung ausgemacht. Es wurden Aktionsfelder identifiziert, auf denen über die Grenze hinweg kooperiert werden soll. Dazu zählen Projekte im Bereich Erziehung und Bildung sowie Arbeitsgruppen zu Fragen konstitutioneller Rechte, wirtschaftlicher Integration und der Medienkontrolle. + + +

Vor den Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Lateinamerika

Gewerkschaften positionieren sich

— ALS „STRATEGISCHE PARTNERSCHAFT“ deklarierte die Europäische Union (EU) vor einigen Jahren ihre Beziehungen zu Lateinamerika. Den vollmundigen Ankündigungen folgten aber kaum Taten.

Mit dem wichtigsten Integrationsbündnis Lateinamerikas, dem MERCOSUR, das Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay und Venezuela umfasst, wurden zwar vor acht Jahren Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen aufgenommen, bislang wurden allerdings keine greifbaren Ergebnisse erzielt. Dies soll sich nun ändern. 2007 will die EU nicht nur mit dem MERCOSUR, sondern auch der Comunidad Andina, welche die Andenländer umfasst, und den Ländern Zentralamerikas Assoziierungsabkommen abschließen. Es

handelt sich in allen Fällen bewusst um bilaterale Abkommen. Damit soll ein alternatives Konzept zu der US-amerikanischen Strategie, die auf bilaterale Handelsabkommen setzt, verfolgt werden. Vor diesem Hintergrund sind sich die Gewerkschaften in Lateinamerika und Europa darin einig, dass es gilt, die sozialen und gewerkschaftlichen Rechte in den Abkommen zu verankern. Die lateinamerikanischen Gewerkschaften kritisieren darüber hinaus, dass sich der handelspolitische Teil der geplanten Abkommen

kaum vom Inhalt der bilateralen Handelsabkommen der USA unterscheidet. Die Kritik der lateinamerikanischen Gewerkschaften richtet sich dabei vor allem gegen den Agrarprotektionismus der EU – sehen doch die meisten lateinamerikanischen Länder gerade in diesem Sektor ihre zentralen Exportvorteile.

Das regionale Gewerkschaftsprojekt der FES hat diese Diskussion aufgegriffen. Praktisch zeitgleich mit dem Beginn der Verhandlungen der EU mit Zentralamerika organisierte die FES in Panama eine europäisch-zentralamerikanische Ge-

werkschaftskonferenz. Ziel dieser Veranstaltung, an der die drei zentralamerikanischen Gewerkschaftszusammenschlüsse, der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB), die Regionalorganisation des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die Organización Regional Interamericana de Trabajadores sowie einige europäische Dachverbände teilnahmen, war es, gemeinsame Stellungnahmen zu entwickeln. Schon seit einigen Jahren bearbeitet die FES in Zusammenarbeit mit dem EGB und dem Verband der Gewerkschaften des südlichen Lateinamerika dieses Thema.

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Seit knapp zwei Jahren wird die **Organisation Amerikanischer Staaten**, kurz OAS, vom chilenischen Sozialisten José Miguel Insulza geleitet. Erstmals in der Geschichte der OAS gelangte mit dem Weggefährten Salvador Allendes und ehemaligen Innenminister Chiles ein Politiker ins Amt des Generalsekretärs, der zunächst von den USA strikt abgelehnt wurde. Insulzas größte Herausforderung ist es, die OAS einflussreicher und politisch bedeutsamer zu machen. Am 16. Mai war Insulza auf Einladung der FES in Berlin und sprach über die Entwicklungsperspektiven und -hemmnisse der lateinamerikanischen Staaten und die Erfolgsaussichten der regionalen Integrationsmodelle. + + +

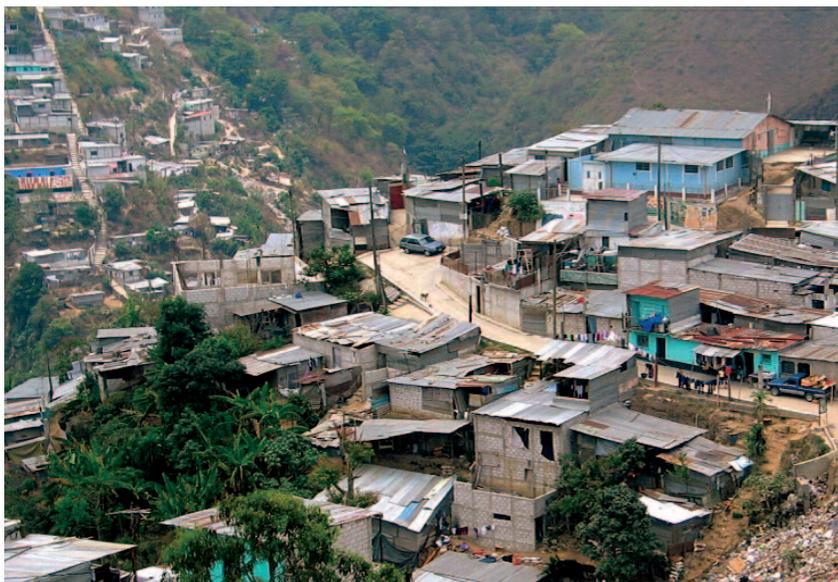
Chance für den politischen Wechsel?

Die Straßen und öffentlichen Plätze in Guatemala sind gesäumt von Wahlplakaten. 14 Präsidentschaftskandidat/innen kämpfen um die Stimmen von 5,6 Millionen Wählerinnen und Wählern. Alvaro Colom von der Unidad Nacional da la Esperanza (UNE), einer Mitte-Links-Partei, werden die besten Chancen eingeräumt. Mit großem Abstand folgen einige rechte Kandidaten und Rigoberta Menchú, die Friedensnobelpreisträgerin, die ebenfalls dem linken Spektrum

zuzuordnen ist. Nachdem in den letzten Jahren in Lateinamerika zum Großteil links gewählt wurde, könnte auch im bevölkerungsreichsten Land Zentralamerikas ein Präsidentschaftskandidat aus dem linken Lager als Sieger aus den beiden Wahlgängen im September und Oktober hervorgehen. Die Sicherheitslage im Land ist katastrophal. Die Rate der Frauenmorde ist die zweithöchste in der Welt, gleich hinter Russland. Nur zwei von zehn Verbrechen kommen zur Anzeige. Und da-

von wird nur jedes zehnte aufgeklärt. Die Bildungssituation ist nicht weniger drama-

Rahmenbedingungen und Probleme in Guatemala und der zentralamerikanischen Re-



Gravierende soziale Probleme prägen die Lebenssituation der meisten Menschen in Guatemala.

Stimme Lateinamerikas

Das lateinamerikanische Integrationsprojekt Mercosur ist die drittgrößte Handelsunion der Welt. Um den Mercosur institutionell zu stärken, wurde vor wenigen Jahren ein Komitee der ständigen Vertreter geschaffen. Vorsitzender dieses Komitees ist seit einem Jahr der frühere argentinische Vizepräsident Carlos „Chacho“ Álvarez. Seine dringlichste Aufgabe ist die Gestaltung des südamerikanischen Integrationsprozesses trotz interner Feindseligkeiten und politischer Polarisierung. Als Koordinator des Mercosur muss er eine gemeinsame Strategie auch für die Außen- und Handelsbeziehungen, so auch im Verhältnis zur Europäischen Union formulieren. Im März reiste Chacho Álvarez auf Einladung der FES nach Brüssel und Berlin, um die Zusammenarbeit zwischen Mercosur und EU voranzutreiben.



tisch. So gingen laut Interamerikanischer Entwicklungsbank über 50% der jetzt 25-Jährigen weniger als sechs Jahre zur Schule. Fast 22% der Jugendlichen desselben Alters haben niemals eine Schule besucht. Mehr als 56% der Bevölkerung leben in Armut, was bedeutet, dass sie mit weniger als einem US-Dollar am Tag auskommen müssen. Die effektive Steuerquote in Guatemala ist mit etwa 11% des BIP die niedrigste in ganz Amerika, völlig unzureichend, um der sozialen Grundversorgung gerecht zu werden. Angesichts dieser

tion insgesamt stellt sich die Frage, was die Politik tun muss, um größere soziale Gerechtigkeit herzustellen. Um Antworten darauf zu finden und über die Herausforderungen und Aufgaben der demokratischen linken Parteien Zentralamerikas zu diskutieren, hatte die FES vom 8. bis 9. Mai zu einer Konferenz in El Salvador eingeladen. Es bestand Einigkeit darüber, dass eine linke Politik besonders den Bereichen Bildung, Gesundheit und Sicherheit größere Priorität einräumen sollte.

ACHT MINISTERINNEN AUF EINEM SEMINAR DER FES

Chile: angekommen, um zu bleiben

Seit Michelle Bachelet zur Präsidentin Chiles gewählt wurde, besetzen Frauen die Hälfte aller Posten in der Regierung, sowohl auf Minister- als auch auf Staatssekretärs- und regionaler Regierungsebene. Schlägt sich diese Neuerung auch in der Politik nieder? Nach etwas mehr als neun Monaten Amtszeit der Regierung evaluierten acht Ministerinnen – von insgesamt zehn – auf einem gemeinsamen Seminar der FES mit der Stiftung Salvador Allende Erfolge und auch Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Genderkriterien in den

ihnen unterstellten Politikfeldern. Die Verteidigungsministerin, Vivianne Blanlot, wurde besonders deutlich in Bezug auf ihr Haus so-

gleiches: alle Führungspositionen waren mit Männern besetzt und in der Hierarchie unter ihnen standen Frauen, die die Arbeit

die die Ministerinnen eingegangen sind, und die gute Zusammenarbeit der Frauen untereinander deutlich; auch wurden die Herausforderungen der Regierung bei der zukünftigen Schaffung von Geschlechtergleichheit analysiert. Wie die Frauenministerin herausstrich, besteht nun eine der großen Aufgaben darin, den Reformen und Veränderungen der Ministerinnen über ihr Regierungsmandat hinaus Kontinuität zu verleihen. Mit den Worten der Präsidentin: „Wir Frauen sind angekommen, um zu bleiben.“



Chiles Ministerinnen berichteten über die Herausforderungen in ihren Politikfeldern.

wie auf die Streitkräfte, in denen es traditionell kaum Frauen in Führungspositionen gegeben hat: „Überall war die Situation die

erledigten, während die Männer ihre politische Rolle spielten.“ Die Veranstaltung machte nicht nur die Selbstverpflichtung,

KOLUMBIEN

Unterschiedliche Wege, gemeinsames Ziel?

„Wir sind ein wachsendes Land, dessen Bevölkerung hoffnungsvoll in die Zukunft blickt“, eröffnete der kolumbianische Senator Germán Vargas Lleras ein Expertengespräch der FES in Berlin. „Kolumbien ist auf dem falschen Weg!“, entgegnete ihm Carlos Gaviria Díaz von der linken Oppositionspartei Polo Demo-

crático. Kolumbianische Politiker und Gewerkschafter unterschiedlichster Couleur diskutierten zum Abschluss einer einwöchigen Delegationsreise durch das politische Brüssel und Berlin über Wege zu einer friedlichen Gesellschaft. „Wir stehen den Entwicklungen in Kolumbien in gewisser Weise hilflos gegen-

über“, bekannte Karin Kortmann, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Dennoch wolle ihr Ministerium die Kooperation mit Kolumbien intensivieren. Der politische Berater des Präsidenten Uribe, José Obdulio Gaviria Vélez, verwies vor

allem auf die wirtschaftlichen Erfolge: „Unser Wirtschaftswachstum von 7 % und die Investitionen sind hoch – und dies nicht als Folge einer Öllotterie“. Der Präsident des nationalen Gewerkschaftsdachverbands setzte dem entgegen, dass von dem gegenwärtigen Wirtschaftswachstum ausschließlich die Un-

ternehmen und der Finanzsektor profitieren, während die Arbeitslosigkeit weiter wachse. Die Verteilungsgerechtigkeit sei einer der zentralen Aspekte des kolumbianischen Konfliktes. Die Aktivitäten der Regierung zur Befriedung des Landes wurden ähnlich unterschiedlich bewertet. José Ob-

dulio Gaviria Vélez sprach von einem greifbaren Friedensprozess, der durch die Verbindung von Stärke und Verhandlungsbereitschaft möglich geworden sei. „Ich kann den Optimismus der Regierung nicht teilen“, antwortete Carlos Gaviria Díaz. Als Kern des kolumbianischen Konflikts wurde von

allen Seiten der Drogenanbau und -handeln benannt. Der deutsche Bundestagsabgeordnete Sascha Raabe (SPD) regte an, über die Legalisierung des Drogenanbaus nachzudenken, um die kriminelle Schattenökonomie auszubremsen. Ihn erfreue die prinzipielle Dialogbereitschaft der kolumbia-

nischen Politiker, betonte er.

Im Vergleich zu anderen Konfliktländern scheine eine Auseinandersetzung nach politischen Spielregeln möglich. Dadurch und durch die Verständigung auf das gemeinsame Ziel sei schon viel gewonnen.

Zwei glanzvolle Jubiläen

FES feiert jahrzehntelanges Engagement in Chile und Brasilien

Zusammen mit vielen ihrer langjährigen Partner und Freunde aus der gesamten Region feierte die Friedrich-Ebert-Stiftung Ende April zwei große Jahrestage in Lateinamerika. Das FES-Büro in Chile beging sein vierzigstes Jubiläum, die Vertretung in Brasilien blickte auf dreißig Jahre Tätigkeit im Lande zurück. Die Vorsitzende der FES, Anke Fuchs, war aus Deutschland angereist, um an zahlreichen Veranstaltungen und Diskussionen teilzunehmen und Gespräche mit Partnern aus Politik und Gewerkschaften zu führen. So traf sie in Chile mit Präsidentin Michelle Bachelet zu einem persönlichen Gespräch zusammen. Darüber hinaus führte sie in beiden Ländern Gespräche mit Ministern, Senatoren, Gewerkschaftsführern und Abgeordneten. Zu vielen von ihnen hatte die Stiftung bereits zu Zeiten der Militärdiktaturen Kontakte aufgebaut. Die Seminare im Rahmen der Jubiläumsfeierlichkeiten waren Bestandteil der regionalen Arbeitslinien im Cono Sur. So rief Anke Fuchs auf einer Veranstaltung der Regionalorganisation des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften, ORIT, zu einem größeren Konsens innerhalb der Gewerkschaftsbewegung auf.

Die Projekte in Brasilien und Chile können als exemplarisch für die Arbeitsweise der FES in Lateinameri-

ka gelten: Wo sich engagierte und mutige Partner finden, die an eine demokratische Zukunft ihres Landes glauben und sich dafür stark machen, können sie auch unter schwierigen Bedingungen auf die Unterstützung der Stiftung zählen. Langsam, aber beständig ist in den letzten Jahrzehnten sowohl in Chile als auch in Brasilien die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsbewegung und den Parteien des Mitte-Links-Spektrums gewachsen. So wurde schon in den sechziger und siebziger Jahren der Grundstock für die heute – und auch zukünftig – sehr vertrauensvolle Zusammenarbeit gelegt.



Zu Besuch in Chile: Im Umfeld der Festveranstaltung zum vierzigjährigen Jubiläum der FES in dem südamerikanischen Land war die Vorsitzende der FES, Anke Fuchs, auch mit der chilenischen Staatspräsidentin Michelle Bachelet zu Gesprächen zusammen getroffen.

Hartnäckigkeit und Pragmatismus

Was verbindet Afghanistan, Kolumbien, Guinea-Bissau und Haiti? Sie gehören zur Gruppe der „Konflikt- und Post-Konflikt-Län-

Drogenanbaus kann mit rein landwirtschaftlichen Faktoren nicht erklärt werden“, sagt Franzisco Thoumi. Er ist Professor an

mete. Das Bindeglied zwischen Drogenökonomien und gewaltsamen Konflikten ist der Faktor Illegalität. Dieser „Standortvorteil“ hat Afghanistan an die Spitze der weltweiten Opiumproduktion kaputtgeführt. Der Reiz, den Konflikt- und Post-Konflikt-Länder für die Geschäfte der internationalen Kokain- und Opiummafia haben, gilt nicht nur für die Phase der Produktion. In Guinea-Bissau beispielsweise haben Jahre des Bürgerkriegs rechtsfreie Räume hinterlassen, die das kleine Land an der westafrikanischen Küste zu einem Umschlagplatz für Kokainlieferungen von Lateinamerika nach Europa entwickelt haben. Die illegalen Strukturen des Drogenhandels durchwuchern ganze Gesell-

schaften und erschweren den Aufbau eines demokratischen Staatswesens. Nicht selten fließen illegale Einnahmen aus dem Drogenhandel indirekt alten Konfliktparteien zu. Die Länder geraten in einen Teufelskreis. Was kann getan werden, um den Teufelskreis zu durchbrechen? Christoph Berg von der Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit warb für eine entwicklungsorientierte Drogenkontrolle. Dass dafür ein langer Atem nötig ist, zeigt die Erfahrung im Norden Thailands. Dort konnte mit einem diversifizierten Ansatz nach mehr als 30 Jahren sowohl eine Region dauerhaft befriedet als auch die Produktion illegaler Drogen gestoppt werden.

der“, wie etwas euphemistisch solche Staaten genannt werden, die in schwierigen Friedensprozessen stecken. Und sie zählen zu den „Hot Spots“ der Produktion von und des Handels mit Kokain und Opium. „Die Weltkarte des illegalen

der „Universidad del Rosario“ in Bogotá und hat an einem internationalen Expertengespräch des New Yorker FES-Büros teilgenommen, das sich dem komplexen Wechselspiel zwischen gewaltsamen Konflikten und illegalen Drogen wid-

Kolumbien: Bundespräsident Horst Köhler besucht ein FES-Projekt

Im Rahmen eines Staatsbesuches in Kolumbien besuchten der Bundespräsident und seine Gattin am 15. März das Projekt „Träume und Chancen“. Das in einem Vertriebenenviertel in der Nähe Cartagenas errichtete Projekt umfasst eine bis zum Abitur führende Schule für 1050 Schüler, einen Kindergarten und eine Berufsschule für Handwerk.

„Unser Projekt ist ein Beispiel für die positiven Wirkungen unternehmerischer sozialer Verantwortung. Alles, was Sie hier sehen, wurde seit Ende 1999 möglich, dank einer großzügigen Spende der Witwe des Gründers der WAZ-Gruppe, Anneliese Brost, an

das kolumbianische Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung und durch die Initiative und Organisation von dessen Leiter, Hans Blumenthal“, erklärte die Leiterin der Schule, Ordensschwester Blanca Portilla, in ihren Begrüßungsworten. Die deutsche Spende bewirkte weitere unternehmerische Zuwendungen aus Kolumbien: vor allem von der Stiftung der größten Unternehmensgruppe, Mario Santodomingo. Microsoft sorgte für Computer und Ausbildung, die spanische Telefongesellschaft Movistar bezahlt die Mittagessen und Schulmaterialien, andere finanzieren Kurse für die Eltern und die Symphoniker von Cartagena fördern die Kunst- und Musikausbildung der Kinder. Die Stadt Cartagena kaufte das Grundstück und unterhält zusammen mit dem Bistum und der Fundacion Mario Santodomingo das Projekt.

Mofataxis werben für faire Wahlen

Das Fortbewegungsmittel Nummer eins in dem kleinen westafrikanischen Land Benin ist das Mofa. Dabei sind die meisten Mofas als Taxi unterwegs, die ihre Fahrgäste auf dem Soziussitz kostengünstig zu jedem beliebigen Ort bringen. In der beninischen Wirtschaftsmetropole Cotonou allein sind schätzungsweise 20.000 Mofataxis unterwegs, deren Fahrer an ihren gelben Hemden mit Registrierungsnummer leicht zu erkennen sind. Die Mofataxis, genannt Zémidjan, sind dabei nicht nur ein preiswertes Transportmittel, sondern gleichzeitig auch Informationsquelle für die Bevölkerung, da die Mofa-

Chauffeure immer für ein Gespräch zu haben sind. Für eine Sensibilisierungskampagne im Vorfeld der Parlamentswahlen 2007 nutzte das FES-Büro in Benin die weite Verbreitung sowie die kommunikative Rolle der Mofataxis. In den zwei Metropolen im Süden und Norden des Landes, Cotonou und Parakou, wurden insgesamt 3.000 gewerkschaftlich organisierte Mofataxifahrer mit Uniformen, die mit Slogans zur Wählersensibilisierung bedruckt waren, ausgestattet. Zusätzlich wurden Seminare organisiert, bei denen die Mofataxifahrer über die Inhalte der Slogans sowie die Grundprinzipien de-

mokratischer Wahlen informiert wurden. Die diesjährigen Parlamentswahlen waren bereits die fünften seit der demokratischen Wende im Jahr 1990.

Fahrer mit Sprüchen wie „Dein Geld kauft meine Stimme nicht!“ auf dem Rücken fielen während der Wahlkampfzeit im Straßenbild auf und provozier-



Benin gilt als demokratisches Vorzeigeland in Afrika. Trotzdem zeigten die bisherigen Wahlen, dass meist nach ethnischen Kriterien gewählt wurde und auch Geldgeschenke oft eine große Rolle bei der Wahlentscheidung spielen. Die gemeinsame Kampagne mit den Gewerkschaften zur Wählersensibilisierung versuchte daher, eine Diskussion über die Kriterien der Wahlentscheidung anzustoßen und damit auch gegen den Kauf von Wählerstimmen vorzugehen. Die vielen Zémidjan-

ten Diskussionen zwischen Fahrer und Fahrgast. Nationale und internationale Beobachter bescheinigten den Parlamentswahlen am 31. März einen demokratisch fairen Verlauf. Das Wahlergebnis zeigte, dass Stimmkauf in Benin eine abnehmende Rolle spielt. Ein hohes Wahlkampfbudget stellte keine Garantie mehr für den Einzug in das Parlament dar. Einige wohlhabende und spendierfreudige Kandidaten mussten daher am Ende ihre Niederlage eingestehen.

Benins Taxifahrer als lebende Werbeträger für die Demokratie.

FES + + + TELEGRAMM

+ + + „Wenn Sie in das Archiv der FES in Dares salaam gehen, werden Sie sehen, dass ich für die Stiftung keine Unbekannte bin“, sagte Asha-Rose Migiro im UN-Gebäude in New York. Im Februar 2007 war die frühere Außenministerin Tansanias von Ban Ki-Moon zu seiner Stellvertreterin und damit zur „Nummer zwei“ im Sekretariat der Vereinten Nationen berufen worden. Frau Migiro, arbeitete während ihrer Zeit als Juradozentin an der Universität Daressalaam intensiv mit der FES zusammen. Bei einer Veranstaltung des New Yorker Büros der Stiftung diskutierte sie nun mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen über die Frage, wie die administrativen Strukturen der UNO gestärkt werden können. + + +

GEWERKSCHAFT GEGEN NEUE FORM DER SKLAVENARBEIT

Madagaskar: Hoffnung für die Saphirstadt

„Ein Arbeiter verdient hier zwischen 1.500 und 1.800 Ariary (ca.

ner Konferenz über ihre Rechte informiert wurden.



Nicht auf eigene Rechnung: Die Suche nach den Edelsteinen erledigen Arbeiter, die rechtlos als Tagelöhner tätig sind.

0,60 - 0,75 EURO) am Tag“, erklärt der stellvertretende Präsident der kleinen Gemeinde Ilakaka im Süden Madagaskars, „das entspricht bei Weitem noch nicht dem gesetzlich festgeschriebenen Mindestlohn.“ Menschenwürdige Arbeit zu fairen Löhnen, soziale Gerechtigkeit und Informationen über Arbeitnehmerrechte stehen im Mittelpunkt einer Reihe der FES und den Gewerkschaften in Madagaskar. Im Mai wurden gemeinsam mit der Mininggewerkschaft FISEMA und Vertretern der ILO-Madagaskar die Bergarbeiter von Ilakaka besucht, die auf ei-

Wo vor wenigen Jahren nur einige Holzhütten standen, leben heute mehr als zehntausend Menschen:

FILM ZUM THEMA

Lebensbedingungen in Ilakaka

Mit Unterstützung der FES entstand im Mai 2007 eine 30-minütige Dokumentation über die Situation der Tagelöhner im Süden Madagaskars.

Eine kostenfreie Kopie unter: ebert@fes.mg.

Gesetzlosigkeit, Kriminalität, Prostitution wie auch Arbeitsunfälle sind an der Tagesordnung. Die Mehrheit sucht unter den schwierigen Bedingun-

gen das schnelle Glück: die begehrten bunten Halbedelsteine oder noch besser – den großen blauen Saphir. Für manchen endet der Traum tödlich: „Zwischen drei und fünf Tote hat Ilakaka jeden Monat zu beklagen“, bestätigt der örtliche Arzt.

„Wir erleben hier eine neue Form der Sklavenarbeit“, konstatiert José Randrianasolo, Koordinator der „Konferenz der Arbeiter“ (CTM), auf der Konferenz der FES, „die Tagelöhner erhalten lediglich Nahrung und Unterkunft, sind aber verpflichtet, ihre Funde an ihre Kreditgeber zu Niedrigpreisen zu verkaufen.“ Viele der Arbeiter, dies wurde in der anschließenden Diskussion deutlich, kennen nicht einmal den Wert ihrer Funde. Der Gewerkschafter will daher die Arbeiter

über ihre Rechte informieren: „Es ist nicht so leicht, die madagassischen Arbeiter zu überzeugen, dass ein gemeinsames Vorgehen in einer starken Gewerkschaft jedem einzelnen konkrete Vorteile und eine verbesserte Verhandlungsgrundlage bringt.“ Von den Gewinnen aus dem Edelsteingeschäft fließt so gut wie nichts in die Gemeinden zurück. Diese kämpfen mit immer größeren Problemen und sozialer Ungerechtigkeit. „Die sozialen Folgen, die die Ausbeutung der Bodenschätze mit sich bringt, sind heute noch nicht abzuschätzen. Ohne den sozialen Frieden wird sich der Traum einer besseren Zukunft für unsere Kinder jedoch nicht realisieren lassen“, so der Gewerkschafter in seinem Schlusswort.

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Die Geschichte Südafrikas zu Zeiten der Apartheid weist viele Vergleichbarkeiten mit der deutschen Geschichte während des Nationalsozialismus auf. Um diese aufzuzeigen, brachte die FES-Johannesburg eine **Ausstellung der deutschen Widerstandsgruppe „Die Weiße Rose“** nach Südafrika. Zeitzeugen wie Franz Josef Müller, der selbst Flugblätter in Ulm verteilte, oder Anneliese Knoop-Graf, deren Bruder 1943 exekutiert wurde, eröffneten zusammen mit dem deutschen Botschafter die Ausstellung im Holocaust Center Kapstadt bzw. im Goethe-Institut Johannesburg. + + +

Wahlkommissionen des südlichen Afrika beraten in Madagaskar

„Wir sind davon überzeugt, dass die Unabhängigkeit der Wahlkommissionen für die Glaubwürdigkeit von Wahlen absolut notwendig ist“, so die madagassische Justizministerin Lala Ratsiharovala auf einer Tagung der FES in Madagaskars Hauptstadt Antananarivo. Das Land im Indischen Ozean war Ende Mai zum ersten Mal Gastgeber für einen Workshop des „Electoral Commissions Forum of SADC Countries“ (ECF). Während der dreitägigen Konferenz berieten die Mitglieder von 14 Wahlkommissionen aus den Ländern des südlichen Afrika über gemeinsame Standards und

Richtlinien zur Gewährleistung der Unabhängigkeit der „Electoral Management Bodies“. Für Madagaskar ist die politische Dimension einer regionalen Zusammenarbeit noch nicht immer voll erkennbar – erst 2002 erfolgte der Beitritt zur Southern African Development Community (SADC), der Entwicklungsgemeinschaft im südlichen Afrika. Der während der Sitzung erarbeitete Text ist das Ergebnis eines zweijährigen Projektes, das vom ECF-Sekretariat in Gaborone, Botswana, zusammen mit der dortigen FES-Vertretung entwickelt wurde.

GAST AUS TANSANIA

An historische Beziehungen anknüpfen

Vor 27 Jahren legte die Nord-Süd-Kommission unter dem Vorsitz von Willy Brandt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen eine Studie mit dem Titel „Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer“ vor, die allgemein auch als Brandt-Report bekannt wurde. Wichtigster Bestandteil ist die Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung, welche auch die unterprivilegierten Länder des Südens in die Weltwirtschaft integriert. Als einer der Vertreter der Entwicklungsländer stand Willy Brandt der Gründungsvater der Vereinigten Republik Tansania, Julius Nyerere, bei der Erstellung des



Amani Abeid Karume traf im Rahmen seines Deutschlandbesuchs auch mit der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit Heidemarie Wieczorek-Zeul zusammen.

Reports zur Seite. Der Tod der beiden großen Staatsmänner hinterließ eine große Lücke, in deren Folge auch die Kontakte zwischen deren Parteien einschließen. Während eines zweitägigen Programms der FES in Deutschland konnte der stellvertretende Vorsitzende der tansanischen CCM-Partei und Präsident der Teilrepublik Sansibar, Amani Abeid Karume, an das historische Vertrauensverhältnis

anknüpfen. In Gesprächen, u.a. mit dem SPD-Parteivorsitzen-

den Kurt Beck, der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit Heidemarie Wieczorek-Zeul, der Bundestagsvizepräsidentin Dr. Susanne Kastner und der ehemaligen Justizministerin Herta Däubler-Gmelin, wurden aktuelle politische Herausforderungen diskutiert.

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Die Zahl der erwerbsfähigen Personen in Südafrika beträgt 17 Millionen, 4 Millionen davon sind arbeitslos. Immer mehr Arbeitgeber verzichten auf feste Arbeitsverträge und bieten nur noch ungesicherte Arbeitsverhältnisse an. Diese Arbeitsverhältnisse verhindern die Selbstorganisation der Beschäftigten in Gewerkschaften und verringern die Streikbereitschaft. Auswege aus diesem Dilemma zu finden, stand im Mittelpunkt einer **Diskussionsrunde der FES-Südafrika** zusammen mit der Food and Allied Workers Union und mit dem Gewerkschaftsdachverband COSATU, deren Teilnehmer unter anderem aus großen Konzernen wie Coca Cola oder Kraft kamen. + + +

Indien: Vertrieben für den Fortschritt

Die wirtschaftliche Entwicklung Indiens sorgt für neue soziale Verwerfungen in den ländlichen Regionen. Gerade im Osten des Landes sind viele Dorfbewohner gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, um für industrielle Großprojekte wie Staudämme, Bergwerke, Minen oder Kraftwerke Platz zu schaffen. Trotz der Tatsache, dass seit den fünfziger Jahren über zwanzig Millionen Menschen umgesiedelt



Beratung in einer Dorfgemeinschaft: In den ländlichen Regionen Indiens sind oft die Frauen besonders von Umsiedlungsaktionen betroffen.

wurden, fehlen in den meisten indischen Bundesstaaten rechtliche Regelungen über Entschädigungsleistungen. Die Zerstörung sozialer Bindun-

gen, der Verlust von Einkommensquellen, ausbleibende Entschädigungen und fehlende Rechtssicherheit sind nur einige der Probleme, die im Zusammen-

hang mit Umsiedlungsprogrammen entstehen. Vor diesem Hintergrund veranstaltete die FES in Zusammenarbeit mit dem Institute for Socio-Economic Development (ISED) am 28. und 29. Mai eine Konferenz zu den Umsiedlungs- und Entschädigungspraktiken in indischen Bundesstaaten. Die Auswirkungen von Umsiedlungen auf die Lebenssituation von Frauen standen dabei im Mittelpunkt.

Aufstand der Armen?

Trotz wirtschaftlicher Erfolge nehmen die gesellschaftlichen Konflikte in Indien zu. Am deutlichsten zeigt dieser Vormarsch der „Naxaliten“, einer maoistisch inspirierten Gruppierung, die vor allem im Osten des Landes mit Anschlägen und militärischen Aktionen auf sich aufmerksam macht. Der indische Premierminister Manmohan Singh hat den Naxaliten-Aufstand als „größte Bedrohung der inneren Sicherheit Indiens seit der Unabhängigkeit“

bezeichnet. Die Gruppierung findet besonders unter Unberührbaren, Landlosen und verarmten Bauern Zulauf. Viele Angehörige dieser Bevölkerungsgruppen sind von dem wirtschaftlichen Aufschwung des Landes bislang ausgeschlossen geblieben. Vor diesem Hintergrund organisierte das FES-Büro in Indien am 3. Mai eine Dialogveranstaltung, an der Parlamentarier, Medienvertreter, Wissenschaftler, Angehörige der Bundes- und Lan-

desverwaltungen sowie Vertreter des Sicherheitsapparates teilnahmen. Die Staatsrepräsentanten begriffen die Naxaliten in erster Linie als ein Sicherheitsproblem, dem mit militärischen Maßnahmen begegnet werden müsse. Diese Einschätzung stieß auf den Widerspruch vieler Abgeordneter, die auf die sozialen Ursachen des Problems verwiesen. Während einige der Anwesenden die außenwirtschaftliche Öffnung Indiens für die

Verschärfung der sozialen Probleme im ländlichen Raum verantwortlich machten, betrachteten andere Staatsversagen und Korruption als Ursachen für die Popularität der Naxaliten. So unterschiedlich wie die Diagnosen waren auch die Lösungsvorschläge. Sie reichten von einer Modernisierung des Polizeiapparats über verstärkte Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung bis zu Entwicklungsprogrammen für die betroffenen Regionen.

PHILIPPINEN

„Was Männer können, können wir Frauen auch“

Vilma Santos war eine Schauspieler Schönheit. Kaum jemand hatte ihr eine politische Karriere im Dienste ihrer Wählerschaft zuge-
traut. Heute ist sie ein Symbol für eine öffentliche Verwaltung in Lipa City, die ihr Hauptaugenmerk auf soziale Dienstleistungen legt. Irene Bringas stand nach dem Erdbeben 1990 vor den Ruinen ihres Lebens. Sie nahm ihr Schicksal und das ihrer Dorfgemein-

schaft in die Hand und setzte Wiederaufbauprojekte um. Durch ihre verantwortliche Führung haben die Bewohner von Boliney ihren Selbstrespekt und Lebenswillen wiedergefunden. Diese und acht weitere Frauen verdienten sich die „Bayi Citation“ für herausragende Frauen in Politik und Regierung. Mit der Verleihung dieser Auszeichnung haben die FES und das Institute for Politics

and Governance (IPG) ein Zeichen gesetzt: Frauen haben die Kraft und die Fähigkeit, das politische und gesellschaftliche Leben zu verändern. Sie tun dies als Parlamentsabgeordnete, Bürgermeisterin, Verteidigerin von Menschenrechten oder Führerin von Dorfgemeinschaften. Seit genau 70 Jahren dürfen Filipinas wählen. Heute sind zwar die Mehrzahl der Wähler Frauen, aber die

Ämter bekleiden zu 90 % Männer. Auch zwei Präsidentinnen haben daran wenig ändern können. Umso wichtiger ist es, dass Frauen sich zutrauen, Führungsrollen in Dorf und Stadtteil, in kommunalpolitischen Ämtern oder in nationalen Funktionen einzunehmen. „Was Männer können, können wir Frauen auch“, sagt Merlinda Lopez, eine Stadtteilverstehende von Mindanao.

THAILAND NACH DEM PUTSCH

Wichtiger Schritt zurück zur Demokratie

Seit dem Putsch am 19. September 2006 ist Thailand wieder unter der Herrschaft des Militärs. Die Militärjunta reagierte auf die politische Krise unter dem umstrittenen Premierminister Thaksin Shinawatra und versprach, Thailand in eine funktionierende Demokratie zurückzuführen. Ein halbes Jahr später wurde die Kritik der Demokratiebewegung, der Medien und der internationalen Beobachter an Zensur, Versammlungsverboten für politische Parteien und mäßigen Re-

gierungserfolgen immer lauter. Reichen eine neue Verfassung und schnelle Neuwahlen, um das Land zur Demokratie zurückzuführen? Wie wird sich die Rolle des Militärs in Zukunft gestalten? Auf einer Podiumsdiskussion der FES und der Chulalongkorn Universität am 7. März in Bangkok diskutierten Wissenschaftler, Vertreter der Regierung, politische Entscheidungsträger und Diplomaten äußerst kontrovers – im harmonieorientierten Thailand ein

untypisches Ereignis. Die Putschbefürworter verteidigten die moralische Notwendigkeit, die Demokratie durch einen Umsturz zu „retten“. Dem stand die Auffassung führender Politikwissenschaftler und Aktivisten gegenüber, ein Putsch sei als Mittel der Intervention grundsätzlich auszuschließen, da Demokratisierung nicht außerhalb demokratischer Mechanismen möglich sei. Der deutsche Südostasienexperte Prof. Dr. Aurel Croissant präsentierte wissenschaftliche Erkennt-

nisse zu Redemokratisierungsprozessen europäischer und lateinamerikanischer Länder. Er wies auf die Instabilität und die im Durchschnitt eher kurzen Herrschaftsperioden militärischer Regime hin. Die Veranstaltung war das erste öffentliche Forum seit dem Putsch, in dem die zerstrittenen Flügel zusammgekommen waren. Ein Teilnehmer würdigte die Initiative der FES: „Diese Debatte war ein kleiner, aber wichtiger Schritt auf dem thailändischen Weg zur Demokratie.“

VIETNAM

Was ist der Preis der WTO-Mitgliedschaft?

Einen historischen Meilenstein markierte der 11. Januar 2007 für Vietnam: das Land wurde offizielles Mitglied in der Welthandelsorganisation (WTO). Doch wie fair war das WTO-Beitrittsverfahren? Antworten suchte ein Workshop am 16. April in Genf, veranstaltet von der FES in Kooperation

mit der Beratungsorganisation IDEAS Centre. Der Botschafter der Sozialistischen Republik Vietnam in Genf, Ngo Quang Xuan, reflektierte kritisch den zwölfjährigen Beitrittsprozess. Vietnam wurden strengere Bedingungen abverlangt als den anderen WTO-Mitgliedern („WTO Plus“). Der einflussrei-

che vietnamesische Wirtschaftswissenschaftler Le Dang Doanh berichtete, dass vor allem die Reisbauern bereits die negativen Konsequenzen zu spüren bekämen, da im Agrarsektor eine Reihe staatlicher Beihilfen nicht mehr erlaubt seien. Gleichzeitig steige durch Zollsenkungen der Wettbe-

werb mit (teilweise subventionierten) ausländischen Produkten und gefährde die Existenz kleiner Agrarbetriebe. Aus seiner Sicht wird es für Vietnam nicht einfach sein sicherzustellen, dass die Mehrheit der Bevölkerung von den potentiellen Wohlfahrtsgewinnen der WTO-Mitgliedschaft profitiert.

PARLAMETARIER/INNEN AUS ENTWICKLUNGSLÄNDERN BEI EINEM FES-WORKSHOP IN GENF

WTO öffnet die Pforten

Alle internationalen Handelsverträge unterliegen der Zustimmungspflicht der nationalen Parlamente.

gung, Menschen- und Arbeitsrechte. Vielfach werden diese Verträge jedoch hinter verschlossenen Türen ausgehandelt und den Parlamentariern nur zur Absegnung vorgelegt. Aber diese verfügen auch nicht immer über das nötige Fachwissen, um Inhalt und Folgen der juristischen und technischen Formulierungen richtig abschätzen zu können. Vor diesem Hintergrund hat das Genfer Büro der FES in Kooperation mit dem WTO-Sekretariat einen Workshop für Parlamentarier aus Entwicklungsländern organisiert. 24 gewählte Volksvertreter/innen

aus Afrika, dem Nahen Osten, Asien und Lateinamerika verschafften sich vom 18. bis 20. März einen Überblick über die wichtigsten Verhandlungsthemen in der laufenden Doha-Runde. Was unterscheidet bilaterale und multilaterale Handelsverträge? Wieso stimmen sich die Weltbank, IWF und WTO nicht besser ab? Diesen Fragen stellten sich alle vier stellver-

tretenden WTO-Generalsekretäre und die Vorsitzenden der wichtigsten Doha-Verhandlungsgruppen. „Es ist ein symbolisches Ereignis, weil wir einen internationalen Workshop für Parlamentarier aus Entwicklungsländern zum ersten Mal im Gebäude der WTO in Genf veranstalten“, meinte Willy Alfaro, Leiter der Abteilung für externe Angelegenheiten der WTO.



Wer trägt die Last am Ende? Parlamentarierworkshop beschäftigte sich mit den Auswirkungen internationaler Handelsverträge auf die Entwicklungsländer.
Foto: Barnack/fotolia)

Oft reichen sie weit über Handelsfragen hinaus und betreffen auch Bereiche wie Umwelt, Beschäfti-

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Unter dem Titel „Globaler Arbeitsmarkt im Wandel – Herausforderungen und Chancen für Asien“ veranstaltete die International Industrial Relations Association (IIRA) vom 19. bis 21. April in New Delhi mit Unterstützung der International Labour Organization und der FES ihren vierten Regionalkongress in Asien. Der Frankfurter Arbeitsrechtler Prof. Manfred Weiss forderte dazu auf, die traditionellen Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern neu zu gestalten. + + +

FES informiert in China
über Parteienprogram-
matik und innerpartei-
liche Demokratie

Weg in die „harmonische sozialistische Gesellschaft“?

— DIE SHANGHAIER PARTEI- UND VERWALTUNGSHOCHSCHULE (Shanghai Administration Institute/SAI) ist einer der wichtigsten Partner des Shanghaier FES-Büros. Die SAI ist gleichermaßen Verwaltungshochschule und Hochschule der KPC in Shanghai.

Seit mehreren Jahren organisiert die FES gemeinsame Bildungs- und Dialogprogramme zu den Themen Partei- und -praxisforschung, Reform und Strukturen der öffentlichen Verwaltung in Deutschland und in der EU sowie zu diversen sozialpolitischen Themen.

Wenngleich die KPC weiterhin die volle und alleinige politische Macht im Staat beansprucht, sollen intern Elemente innerparteilicher Demokratie und Transparenz gestärkt sowie die Korruption massiv bekämpft werden. Die programmatische Grundlage entwickelt sich weiter: In der Plenarsitzung des Zentralkomitees der

KPC vom 11. Oktober 2006 wurde der Slogan „harmonische sozialistische Gesellschaft“ als Grundkonzept aller Politiklinien offiziell verabschiedet. Die harmonische sozialistische Gesellschaft wird definiert als eine „demokratische Gesellschaft auf der Basis von Recht und Gesetz, Gleichheit und Gerechtigkeit; eine ehrliche und fürsorgliche, stabile, vitale und gesittete Gesellschaft, in der die Menschen in Harmonie mit der Natur leben“. Vor diesem Hintergrund fand im Mai das SAI-FES-Seminar zum Thema „Parteienprogramm und innerparteiliche Demokratie“ statt. Dr. Herbert Schmalstieg,

Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover a.D., referierte über die Vorläufer sowie Schwerpunkte des neuen SPD-Grundsatzprogramms „Bremer Entwurf“. Er stellte die Beteiligung von Parteimitgliedern und Öffentlichkeit an der Programmdiskussion dar und unter-

strich die Bedeutung von Grundsatzprogrammen. Auch Dr. Markus Engels, stv. Leiter der Abteilung Internationale Politik beim SPD-Parteivorstand, vermittelte auf Einladung der Internationalen Abteilung beim ZK der KPC und der FES Grundsätze des „Bremer Entwurfs“.

China: Arbeitsrecht und Arbeitskonflikte

Als verlängerter Arm der KPC haben die chinesischen Gewerkschaften weiterhin die traditionelle Aufgabe, die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb der Unternehmen zu fördern und dabei zwischen Arbeitnehmern und Management zu vermitteln. Die chinesischen Arbeiter/innen treten mittlerweile verstärkt für ihre Rechte ein, wenngleich auch nur teilweise über die offizielle Gewerkschaftsverbandsebene.

Das FES-Büro in Shanghai arbeitet schon seit vielen Jahren eng mit den Gewerkschaftsbünden der Stadt Shanghai und der Nachbarprovinzen Zhejiang und Jiangsu zusammen. Eine neue Qualität

der Zusammenarbeit wurde nun durch die Bitte des Gewerkschaftsbunds der Provinz Zhejiang (ZPFTU) erreicht, der um die Vermittlung von zwei deutschen Experten bat, die ein Training für die Vorsitzenden des ZPFTU auf Kreisebene in der Provinzhauptstadt Hangzhou durchführen sollten. Vermittelt durch die FES hielten Wolfgang Müller, IG Metall Bayern, und Andrea Becker, ver.di Recklinghausen, Vorträge zur Struktur der Gewerkschaftsorganisation in Deutschland und zu Konfliktregelungen in den Arbeitsbeziehungen.

FES SHANGHAI UNTERZEICHNET MEMORANDUM MIT DER FUDAN-UNIVERSITÄT

Prominente Zeugen

Bereits seit mehreren Jahren arbeitet das FES-Büro Shanghai eng mit der Fudan-Universität zusammen. Diese zählt zu den bekanntesten und traditionsreichsten Schwerpunktuniversitäten Chinas. Die Universität blickt auf eine 102-jährige Tradition zurück und unterhält Kooperationsprogramme mit über 200 Hochschulen und Forschungsinstituten aus 30 Ländern. Wissenschaftler/innen der Fudan-Universität haben bereits vielfach

an internationalen FES-Foren zu sozialpolitischen Themen und Globalisierungs-

fragen teilgenommen. Zudem werden jährlich gemeinsame Konferenzen durchge-

führt. Der Wunsch der Universität, die Zusammenarbeit auf eine formale Basis zu stellen, wurde am 24. Mai in die Tat umgesetzt: aus Anlass des Besuchs von Bundeskanzler a.D. Gerhard Schröder unterzeichnete die Leiterin der FES Shanghai, Katja Meyer, gemeinsam mit dem Fudan-Vizepräsidenten Prof. Yan Shuang das Memorandum zur Einrichtung des „Fudan-FES-Forums“ am dortigen Zentrum für Europastudien.



Großer Rahmen für Vereinbarung: v.l.: Prof. Ding Chun, Direktor des Zentrums für Europastudien; Prof. Yan Shuang, Vize-Präsident der Fudan-Universität; Prof. Wang Shenghong, Präsident der Fudan-Universität; Dr. h.c. Gerhard Schröder, Bundeskanzler a.D.; Katja Meyer, Leiterin der FES Shanghai; S.E. Prof. Mei Zhaorong, Botschafter der VR China in Deutschland a.D.; Dr. h.c. Herbert Schmalstieg, Oberbürgermeister a.D. der Landeshauptstadt Hannover

CHINA

Willkommene Rechtsberatung

Seit Beginn der chinesischen Reform- und Öffnungspolitik Ende der 70er Jahre haben zahlreiche deutsche Politiker/innen zur Brückenbildung und zur deutsch-chinesischen Freundschaft, auch über weltanschauliche Grenzen hinweg, beigetragen. Wenige jedoch haben derart intensiv vertrauensbildend gewirkt und gleichermaßen offene Worte gesprochen wie die ehemalige Bundesjustizministerin Prof. Dr.

Herta Däubler-Gmelin, MdB, die u.a. 1999 den Menschenrechtsdialog zwischen der Internationalen Abteilung der Kommunistischen Partei Chinas und der FES initiierte und bei zahlreichen FES-Bildungsprogrammen in China als Expertin zur Verfügung stand. So auch im April 2007: auf Einladung der FES-Shanghai und der renommierten Shanghai-Tongji-Universität, deren Ehrenprofessorin Frau Däubler-Gmelin ist, bestritt sie eine

zweiwöchige rechtspolitische Vortragsreihe. Die ehemalige Bundesministerin referierte über die Verfassungsgeschichte Deutschlands und den EU-Verfassungsprozess, über die rechtlichen Herausforderungen des gemeinsamen Marktes, über Struktur und Kompetenzen von Bundestag und deutscher Justiz sowie Deutschlands Reformvorschläge für China. Mit Vortragsveranstaltungen zu „Rechtlichen Rahmenbedingungen

für zivilgesellschaftliche Organisationen“ sowie „Verbraucherschutzrecht und Verbraucherschutzpolitik in Deutschland und der EU“ wurde vor Partnern aus dem universitären Umfeld und dem der Politikberatung ein noch sensibles Thema behandelt. Die chinesische Regierung versucht, die Menschen für die Beteiligung an sozialen Aufgaben zu mobilisieren. Auf Ebene der Entscheidungsträger in Partei, Regierung

und Nationalem Volkskongress gibt es jedoch kontroverse Debatten darüber, welche Rollen zivilgesellschaftliche Organisationen erfüllen sollen. Die FES in China bemüht sich kontinuierlich, die gesellschaftspolitische Relevanz von zivilgesellschaftlichen Organisationen und deren Beiträge zur Entwick-

lung hervorzuheben. Nichtregierungsorganisationen (NRO) spielen in China eine zunehmende Rolle in den Bereichen der Umweltpolitik, der Frauenrechte und in der Frage sozialer Rechte. In den letzten 15 Jahren hat sich deren Anzahl nach offiziellen Angaben auf 320.000 gesteigert. Um die sozia-

len, ökonomischen und ökologischen Folgen der Reformpolitik zu kompensieren, braucht die Regierung einerseits die NRO; andererseits sind die politischen und gesetzlichen Regelungen, denen NRO bisher unterworfen sind, nicht ausreichend definiert. Prof. Gu Jianjian, Direktor des Research Center of

Urban Society des Shanghai Administration Institute (SAI), führt derzeit ein Forschungsprojekt über NRO durch. Vor diesem Hintergrund besuchte er mit Unterstützung der FES die Bundesrepublik und Belgien, um sich über die neuesten Entwicklungen von NRO in Europa zu informieren.

Die Orestie auf der Seidenstraße

Überspitzt formuliert symbolisiert die Orestie des Aischylos die Geburt der Politik. Es war 458 vor Christi Geburt eine Sensation, ein Werk der Weltliteratur auf die Bühne zu bringen und die Bürger der griechischen Polis zur Diskussion und zum Nachdenken zu bringen. Sie erkennen, dass jede organisierte Gesellschaft von Menschen abhängt und sie selbst über ihr Schicksal entscheiden. Damit ist das antike Theaterstück besonders geeignet, in Zeiten der Transformation Denkanstöße zu geben. Das dreiteilige Stück behandelt die unheilvolle Abfolge von Mord und Rache und deren Überwindung durch eine zivile Gerichtsbarkeit.

Bis heute heißt es in den Demokratien der Welt: im Zweifel für den Angeklagten. Rache ist ein schlechter Ratgeber der Politik, umso mehr, wenn wie in Usbekistan und allen Staaten Zentralasiens ein kleiner Kreis Auserwählter, nicht Gewählter, die politische Macht in den Händen hält. Die griechische Tragödie Orestie bietet sich als ideales Instrument an, um in Usbekistan und den zentralasiatischen Anrainerstaaten die Gedanken und Überzeugungen von Demokratie, Gerechtigkeit und Selbstverantwortung vorzustellen.



Kriegsberichterstattung in der Antike: die Inszenierung der Orestie im Ilchom-Theater in der usbekischen Hauptstadt Taschkent stellt nicht nur formale Bezüge zur Gegenwart her. (Foto: Evdokimov)

Die Bühne verwandelt sich in eine kleine Insel der Freiheit, auf der politische Widersprüche und Kritik vorgebracht werden können. Partner der FES bei diesem Experiment war das Ilchom-Theater, eine Oase der freien Gedanken nicht nur in der usbekischen Hauptstadt Taschkent, sondern in ganz Zentralasien. Seit über dreißig Jahren führt Intendant Mark Weil Theaterstücke auf, die provozieren. Da das Stück in russischer Sprache aufgeführt wird, wird es möglich sein, es auch in den Nachbarländern Kasachstan und Kirgisistan, möglicherweise auch in Tadschikistan und Turkmenistan zu zeigen. Die Inszenierung ist Teil der Arbeitslinie der FES „Eine neue politische Kultur hat sich durchgesetzt“. So diskutierten Studenten und Wissenschaftler das gesellschafts- und kulturpolitische Projekt schon vor der Aufführung und hatten die Chance, mit dem Regisseur und den Schauspielern zusammenzukommen.

Die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wiecek-Zeul und der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz diskutierten im April bei einer Veranstaltung der FES in New York in der UN über die Agenda der G8 in Heiligendamm (Bildmitte: der Leiter des FES-Büros New York, Jürgen Stetten.



AUSLANDSBÜROS STELLEN SICH VOR: DIE FES IN BRÜSSEL

Brüssel, 38 rue du Taciturne

Seit 1973 ist die Friedrich-Ebert-Stiftung mit einem Büro in Brüssel vertreten. Dessen Ursprünge liegen in der Entwicklungszusammenarbeit der EU im Zusammenhang mit dem ersten Lomé-Abkommen. Inzwischen ist das Büro mit einer Vielzahl von Themen und Angeboten zu einem engen Partner der EU-Institutionen gewachsen. Mit dem vorhandenen FES-Netzwerk der weltweit über 90 Büros stellt die Brüsseler Vertretung auch spürbaren Nutzen für die Arbeit der Brüsseler Institutionen bereit.



Ganz nah an der EU:
Das Team der FES in
Brüssel.

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Büros kommen wöchentlich zu einem Team Jour fixe zusammen, um die Planungen für die kommenden Wochen zu besprechen.

Ein Bericht vom Jour fixe des 18. April 2007:
„Nächste Woche tagt das Europäische Parlament in Straßburg. Janett-Li Schrader, Referentin für die Zusammenarbeit mit dem EP, berichtet, dass das Europabüro zehn Besuchergruppen mit ca. 400 Multiplikatoren aus ganz Deutschland betreuen wird, die mit Europaabgeordneten diskutieren und die Plenarsitzungen mitverfolgen werden. Projektassistent Christos Katsioulis berichtet von den Vorbereitungen für die weiteren Veranstaltungen im Rahmen der Ausstellung, die das Europabüro während der Ratspräsidentschaft organisiert. Danach gibt er einen Überblick über den Stand der Vorbereitungen für das 2. Euro-

pean Strategic Forum. Sidonie Wetzig, Referentin für europäische Nachbarschaftspolitik, beschreibt die aktuellen Entwicklungen in der Ukraine. Angesichts der unklaren Lage wird beschlossen, einen geplanten Ukraine-Roundtable auf das zweite Halbjahr 2007 zu verschieben. Nächstes Thema ist Südosteuropa: Im Rahmen der Vorbereitung der Länder des westlichen Balkan auf den angestrebten EU-Beitritt reisen 15 Parlamentarier der Region zu einer Fortbildung über das neue regionale Freihandelsabkommen an. Stefanie Ricken, Referentin für Erweiterung, schlägt vor, den nächsten „Gesprächskreis Südosteuropa“ zum Thema wirtschaftliche Integration des Kosovo durchzuführen.

Der Büroleiter Ernst Stetter informiert, dass die Gesprächsserie *Bundestag – Europa* am 2. Mai mit den beiden stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden des Bundestages, Angelica Schwall-Düren und Ludwig Stiegler, zur EU-Verfassung fortgeführt wird. Stephan Thalhoffer, Referent für Deutschland und Europa, wird die Organisation koordinieren. Er wird die Gesprächspartner der Bundestagsabgeordneten über den Stand der Diskussion in Deutschland informieren. Im Projekt der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit sind die Studienaufenthalte von Journalisten aus Tansania vorzubereiten. Sie werden sich mit dem Cotonou-Abkommen zwischen der EU und den AKP-Staaten beschäftigen. Kerstin Roeske, Referentin für Entwicklungskooperation, berichtet von den bereits feststehenden Terminen. Die neue Büromanagerin, Véronique Kieffer, gibt einen Überblick über die vorliegenden Bewerbungen von Praktikanten für das 2. Halbjahr 2007 und Daniela Iller, Finanzreferentin im Europabüro, fasst den laufenden Mittelbedarf zusammen. Der letzte Punkt auf der Tagesordnung: Am 30. Mai werden etwa 20 FES-Stipendiaten der Universität Heidelberg kommen. Die Gruppe trifft sich u.a. mit ehemaligen FES-Stipendiaten, die nun in den EU-Institutionen tätig sind. Geregelt wird, wer das Büro danach abschließt: Kein Detail ist so unwichtig, dass man es dem Zufall überlassen könnte!“

AUSLANDSBÜROS STELLEN SICH VOR: DIE FES IN ARGENTINIEN

Die Netzwerker vom Rio de la Plata

Mit der Rückkehr Argentiniens zur Demokratie nahm die FES Ende 1983 ihr Engagement in diesem Land wieder auf. Nach knapp acht Jahren Militärdiktatur zielte die Tätigkeit des FES-Büros in Buenos Aires vor allem darauf ab, die Demokratisierung zu unterstützen.

In Folge der Wirtschafts-, Finanz- und politischen Krise Ende 2001/Anfang 2002 stand die Unterstützung des wirtschaftlichen und politischen Neuanfangs im Vordergrund. Heute beschäftigt sich das FES-Büro schwerpunktmäßig mit Entwicklungs- und Reformprozessen, regionaler Integration, bürgernaher Kommunalpolitik, Gendergerechtigkeit, Jugendpolitik und gewerkschaftlicher Handlungskompetenz.

Im Rahmen einer engen regionalen Kooperation mit den FES-Büros in Brasilien, Chile und Uruguay werden regionale Themen bearbeitet. Dazu zählen die Vertiefung des regionalen Integrationsprozesses MERCOSUR und die Förderung des Dialogs zwischen progressiven Parteien ebenso wie die Diskussion von Fragen der öffentlichen Sicherheit, der regionale Austausch zwischen politischen Nachwuchskräften und die Debatte über Konzepte der Genderpolitik. Ein umfangreiches Tätigkeitsfeld für ein kleines Team:

neben dem Büroleiter Alfred Stoll sind die Projektkoordinator/innen Pablo Bustos, María Rigat-Pflaum und Sergio Balardini sowie die Fremdsprachensekretärin Mercedes Varela, der Buchhalter und Büroverwalter Néstor Sassone und sein Bruder Christian Sassone als Webmaster und Bürogehilfe in einem Altbau im Zentrum von Buenos Aires tätig.

Pablo, von Haus aus Ökonom, nahm seine Tätigkeit bereits im Mai 1985 auf. In den letzten Jahren hat er sich intensiv mit Fragen der regionalen Integration und internationalen Finanzinstitutionen befasst und kümmert sich z.B. um die Zusammenarbeit mit dem argentinischen Außenministerium zur Förderung der MERCOSUR-Integration. Auf regionaler Ebene ist er seit 2003 für ein Forum mit führenden Vertretern von progressiven Parteien des Cono Sur zuständig. Daneben koordiniert Pablo Arbeitslinien zur politi-

schen Bildungsarbeit in den Provinzen Córdoba und Buenos Aires sowie die gesellschaftspolitische Kooperation in Paraguay.

María kam nach einem Politologie-Studium in Freiburg und Berlin Ende 1985 zur Stiftung. Zu ihren Arbeitsbereichen gehören heute die Frauenförderung und die Genderarbeit. Sie hat ein Netzwerk politisch engagierter Frauen aufgebaut. Sergio kam erst Anfang 2006 ins Team. Er hat ein sozialwissenschaftliches Studium absolviert und sich seit Jahren sowohl im wissen-



Für Argentinien und die Region: Sechs Ortskräfte und ein Auslandsmitarbeiter.

schaftlichen Bereich als auch in der praktischen Politik auf Jugendarbeit spezialisiert. Auf kommunaler Ebene hat er ein Weiterbildungsprogramm für die Verantwortlichen der Jugenddezentrate entwickelt. Auf der subregionalen Ebene des Cono Sur wird diese Arbeit durch einen kommunalen Erfahrungsaustausch zwischen Städten in Argentinien, Brasilien, Chile, Paraguay und Uruguay begleitet.

Mercedes ist seit 1992 dabei – formal zwar als Fremdsprachensekretärin, schwerpunktmäßig ist sie jedoch eher als Eventmanagerin tätig. Zu ihrer Arbeit gehört vor allem die logistische Vorbereitung der jährlich über 70 Seminare, Konferenzen und Workshops. Christian, seit 1992 im Team, ist als Webmaster zuständig für die Gestaltung und Pflege der Website des Büros (www.fes.org.ar).

Néstor ist seit 1992 Verwaltungsleiter des Büros.

Internationale Politikanalyse

Aus der Reihe „Politikinfo“

Michael Sommer – *Ein soziales Europa braucht Arbeitnehmermitbestimmung*

Bert Hoffmann – *Kuba in der Nach-Fidel-Ära*

Blanke, Svenja – *Mexikos junge Demokratie zwischen Stagnation und Krise*

Christian Kellermann (Hg.) – *Chancen für eine nachhaltige Energiepolitik in der EU/Arbeitskreis Europa*

Christian Kellermann (Hg.) – *Zur Zukunft des Vertrags über eine Verfassung für Europa*

Christian Kellermann (Hg.) – *Gefahr für die nationale Daseinsvorsorge im EU-Binnenmarkt?*

Hällhag, Roger – *New Sweden: Crushing or Confirming a Social Democratic Model?*

Wadsworth, Jonathan – *Flexible Arbeitsmärkte und Beschäftigungseffekte?: Ein Blick auf britische Erfahrungen*

Diverse Publikationen

Neue Publikationen der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik – Stand: 5. Juni 2007

Vom Stabilitäts- und Wachstumsgesetz zum Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt – WISO Diskurs

Rechte Orientierungen bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – WISO Diskurs

Schule in der Einwanderungsgesellschaft – WISO Diskurs

Perspektiven der Erwerbsarbeit. Einfache Arbeit in Deutschland – WISO Diskurs

Polen auf dem Weg zum Euro – Was kommt auf Polen und Deutschland zu? – WISO Diskurs

Wettbewerb, Prekarität und Sozialschutz – Die sozialen Lizenzanforderungen im Postgesetz von 1997 – WISO Diskurs

Geförderte Beschäftigung für leistungsgeminderte Langzeitarbeitslose? – WISO-Diskurs

Aufschwung 2007: Die Verantwortung der Lohnpolitik – WISO direkt

Nicht so einfach! Situation und Perspektiven der einfachen Arbeit – WISO direkt

Die Neuordnung des Niedriglohnsektors in Deutschland – WISO direkt

Vorsorgender Sozialstaat aus der Geschlechterperspektive – WISO direkt

Kurzberichte aus der intern. Entwicklungszusammenarbeit

Langer, Michael – *Ecuador unter Rafael Correa: Chancen und Risiken des Regierungswechsels* (Ref. Lateinamerika und Karibik)

Wachendorfer, Achim – *Der Mercosur in der Ära progressiver Regierungen* (Ref. Lateinamerika und Karibik)

Mboeik, Tia – *Präsidentchaftswahl in Timor Leste: ein Schritt zum inneren Frieden?* (Ref. Asien und Pazifik)

Mund, Horst – *Gewerkschaften vor der Herausforderung Europa: nach der EU-Ratspräsidentschaft ist vor der Ratspräsidentschaft*

Jana Zitzler – *Plea for a European Minimum Wage Policy*

Aus der Reihe „Europäische Politik“

Galbraith, James K. – *Maastricht 2042 and the Fate of Europe. Toward Convergence and Full Employment*

Plädoyer für ein europäisches Sozialprotokoll/Arbeitsgruppe Europäische Integration

Schwarzer, Daniela – *Spannungen im Club der 13: Reformbedarf der Eurozone*

Wissenbach, Uwe – *The EU's effective multilateralism – but with whom?: Functional multilateralism and the rise of China* (Europäische Politik)

Weitere Publikationen finden Sie unter <http://www.fes.de/internationalepolitik>; Sie können die Printversionen bestellen bei Ursula.Mueller@fes.de.

Joseph E. Stiglitz / Stephany Griffith-Jones – *Growth with Responsibility in a Globalized World* – Findings of the Shadow G-8 (Occasional Paper Nr. 31)

Aileen Kwa – *Rethinking the Trading System* (Occasional Paper Nr. 32)

Pang Zhongying – *Some Approaches to Boosting China's Pivotal Role in Tackling Global Challenges* (Briefing Paper 06)

Hans J. Giessmann – *„ChIndia“ and ASEAN: About National Interests, Regional Legitimacy, and Global Challenges* (Briefing Paper 07)

Lapins, Wulf-W. – *Demokratieförderung in der deutschen Außenpolitik* (Abt. Internat. Dialog)

Mayer, Sebastian – *Der Südkaukasus als Nachbar der erweiterten EU: Problemlagen, Entwicklungslinien und Kooperationspotentiale* (Abt. Internat. Dialog)

Bajohr, Frank – *„Unser Hotel ist judenfrei“: Alltagsantisemitismus in Bade- und Kurorten im 19. und 20. Jahrhundert*; Vortrag vom 7. November 2006 im Studienzentrum Karl-Marx-Haus in Trier (Gesprächskreis Politik und Geschichte im Karl-Marx-Haus; 10)

Beyer-Kutzner, Amina – *Stammzellforschung in Deutschland: Fortschritte und offene Fragen fünf Jahre nach Verabschiedung des Stammzellengesetzes* (Bio- und Gentechnologie)

Birsl, Ursula – *Das Bildungssystem im „Kaukasischen Kreidekreis“: Hemmnisse und Perspektiven in der Bildungspolitik* (Büro Niedersachsen)

Buhse, Matthes – *Grundzüge einer deutschen Russland-Strategie* (Referat Entwicklungspolitik; Kompass 2020)

Achim Bachem – *Frischer Wind für Hidden Champions: Förderung von Forschung und Innovation aus Sicht des Mittelstandes*

Jürgens-Pieper, Renate – *Für eine Gemeinsame Schule in Niedersachsen: Gegen den deutschen Sonderweg in Europa* (Büro Niedersachsen)

Konferenz Frauen – Migration – Lebenswelten (Büro Niedersachsen)

Wehler-Schöck, Anja – *Gender budgeting: neue Perspektiven für die Gleichstellungspolitik* (Forum Politik u. Gesellschaft)

Gleich am Ziel?: Chancengleichheit in der Privatwirtschaft durch die freiwillige Vereinbarung und das AGG; Dokumentation einer Fachtagung der FES und des Bereichs Gleichstellungs- und Frauenpolitik des DGB-Bundesvorstandes

Howse, Robert – *Beyond the Divide: The Covenant on Economic, Social and Cultural Rights and the World Trade Organization* (Dialogue on globalization; 30: Occasional papers – Geneva)

Jann, Werner – *„Bürokratisierung“ und Bürokratieabbau im internationalen Vergleich: wo steht Deutschland?* (Forum Berlin)

Janus, Anja – *Wir bringen Europa auf Kurs!: Eine junge Agenda für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft*; Ergebnisse einer Tagung in der FES (Forum Politik und Gesellschaft)

Kammann, Uwe – *Im Spannungsfeld – zur Qualitätsdiskussion öffentlich-rechtlicher Fernsehprogramme* (Medien- und Technologiepolitik)

Kleist, Thomas – *Audiovisuelle Mediendienste heute und morgen: die Revision der EG-Fernsehrichtlinie* (EU-Medienpolitik)

Mansury, Homaira – *„Auf Augenhöhe“: Integration zum kommunalen Thema machen* (KommunalAkademie)

Thomas Meyer (Red.) – *Parteiprogramm und politisches Handeln: der „Bremer Entwurf“ für ein neues Grundsatzprogramm der SPD in der Debatte* (Policy – Politische Akademie; 15)

Range, Steffen – *Klicks, Quoten, Reizwörter: Nachrichten-Sites im Internet, wie das Web den Journalismus verändert; Gutachten* (Medien- und Technologiepolitik)

Reddies, Bernd – *China: Kampf um Augenhöhe und Stabilisierung* (Referat Entwicklungspolitik)

Mayer, Florian – *Regionale Vernetzung von Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft: Innovationsschub für Deutschland?* (Berliner Forum Wissenschaft und Innovation)

Uwe Kerkow (Red.) – *Reicht uns das Wasser?! Wasser – ein primäres Menschenrecht*; Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung (Abt. Intern. Entwicklungszusammenarbeit)

Martin Albrecht – *Technikgeschichte kontrovers: zur Geschichte des Fliegens und des Flugzeugbaus in Mecklenburg-Vorpommern* (Reihe Geschichte Mecklenburg-Vorpommern; 13)

Thomas, Uwe – *Das fabelhafte 3%-Ziel: Perspektiven von Forschung und Entwicklung in Deutschland* (Arbeitskreis Forschung und Innovation)

Vinnai, Volker – *Demokratieförderung in Afrika: die Zusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung mit politischen Parteien und Befreiungsbewegungen in Afrika* (Schriftenreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung)

Wick, Ingeborg – *Werbegag oder Hebel für Beschäftigte? Ein Leitfaden für intern. Kodizes der Arbeitspraxis*

Textbeiträge in dieser Ausgabe des FES-Info:

Achim Baatzsch; Sonja Bill; Svenja Blanke; Hans Blumenthal; Benjamin Braden; Ruth Brandherm; Max Brändle; Nicole Breyer; Natalie Cardeira; Olaf Dahlmann; Oliver Dalichau; Knut Dethlefsen; Claudia Detsch; Uta Dirksen ; Micky Drill; Sina Dürrenfeldt; Jürgen Ehrke; Matthias Eisel; Stefanie Elies; Helmut Elischer; Jan Niklas Engels; Florian Evenbye; Roland Feicht; Stefanie Flechtner; Alina Fuchs; Peter Gey; Steffen Grammling; Rainer Gries; Constantin Grund; Stefanie Hanke; Frank Hantke; Mirko Herberg; Sabine Hietzke; Jana Hilgenfeld; Ernst Hillebrand; Daniela Hinze; Katharina Hofmann; Heinz-Albert Huthmacher; Miriam Imesch; Matthias Jobelius; Marei John; Johannes Kandel; Türkan Karakurt; Christos Katsioulis; Anna Kierzkowska; Felix Kirchmeier; Christian Kellermann; Ursula Koch-Laugwitz; Reinhard Krumm; Helmut Kurth; Isabel Lich; Berthold Leimbach; Flo-

rentine Lempp; Annette Lohmann; Gero Maass; Beate Martin; Katrin Matuschek; Ralf Melzer; Katja Meyer; Irina Mohr; Dietmar Molthagen; Helmut Mörchen; Julia Mueller; Nicole Nestler; Sylvia A. Niewiem; Barbara Obele; Uwe Optenhögel; Yesko Quiroga; Werner Rechmann; Björn Richter; Franziska Richter; Stefanie Ricken; Vesna Rodić; Ingrid Ross; Kerstin Roeske; Heiner Sassenfeld; Arne Schildberg; Catharina Schläger; Felix Schmidt; Horst Schmidt; Severin Schmidt; Birgit Schultz; Günther Schultze; Hans Schumacher; Anne Seyfferth; Jürgen Stetten; Ernst Stetter; Alfred Stoll; Peer Teschendorf; Maria Unrau; Achim Wachendorfer; Ringo Wagner; Helmut Weber; Isabella Weber; Anja Wehler-Schöck; Carsten Werner; Frederic Werner; Sidonie Wetzig; Almut Wieland-Karimi; Christoph Wielepp; Petra Wilke; Nicole Zeuner; Gisela Zierau; Maike Ziesemer; Jana Zitzler

Impressum

Herausgeber:
Friedrich-Ebert-Stiftung
Kommunikation und Grundsatzfragen
✉ D-53170 Bonn
📦 Godesberger Allee 149
D-53175 Bonn
Telefon: 0228 883-213/214

Internet:
www.fes.de
E-mail: presse@fes.de

Redaktion: Peter Donaiski
Pressestelle Berlin
Hiroshimastraße 17, D-10785 Berlin
Telefon: 030 26935924
Telefax: 030 26935951
E-mail: peter.donaiski@fes.de

Herstellung, Satz & Layout: Publix, Harald Eschenbach, Berlin
Druck: braunschweig druck GmbH, Braunschweig
Titelfoto: European Community, Audiovisual Library
Printed in Germany, Juli 2007
Gedruckt auf 90 g matt gestrichen chlorfrei gebleicht Offset
ISSN 0942-1351



Ronald Schettkat/Jochem Langkau (Hg.)

Aufschwung für Deutschland

Plädoyer international renommierter Ökonomen
für eine bessere Wirtschaftspolitik

242 Seiten, Broschur
Euro 16,80
ISBN 978-3-8012-0376-4

Neuerscheinung

Acht weltweit prominente Ökonomen, darunter Nobelpreisträger Robert M. Solow, haben die deutsche Wirtschaftspolitik kritisch unter die Lupe genommen. Ihr Urteil schockiert: Falsche Ziele, krisenverstärkende Politiken und eine einseitige Fixierung auf die Angebotsseite haben Deutschland schlechter gemacht als es sein müsste.

Deutschlands Wirtschaftswachstum ist seit langem unterdurchschnittlich, die Arbeitslosigkeit – vor allem im Osten – hoch, der Staatshaushalt defizitär und die Armut nimmt zu. In der deutschen wirtschaftspolitischen Debatte und Praxis dominiert die Ansicht, nur durch Strukturreformen am Arbeitsmarkt und beim Sozialstaat sei eine nachhaltige Verbesserung zu erreichen. Dieser einseitigen Vorstellung treten acht international bekannte Wirtschaftswissenschaftler in sechs Beiträgen entgegen. Sie zeigen die realwirtschaftliche Bedeutung von Geld- und Fiskalpolitik auf, fordern deren aktiveren Einsatz, eine Abkehr von der Exportfixierung und insgesamt einen ausgewogeneren Einsatz nachfrage- und angebotsseitiger Maßnahmen. Makrosteuerung ist notwendig. Strukturpolitik muss sie ergänzen, insbesondere, um mittels Förderung von Forschung und Bildung die gesamtwirtschaftliche Produktivität zu steigern. Panisches Sparen und Kostensenken bremsen dagegen den erwarteten Aufschwung in Deutschland.